

G 2/66 EX



MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

11'77 November



Bessere Führung im Katastrophenschutz

1.

Die Stellungnahme des Herrn Voss zu meinen kritischen Betrachtungen über seinen Vorschlag zur Führung im Katastrophenschutz kann den Eindruck erwecken, als gäbe es kaum noch Meinungsunterschiede, und als sei der von mir vorgebrachte Vorschlag für eine Neuordnung der Führungskonzeption an einen Stadtstaat gebunden; beides ist nicht richtig.

2.

Die praktischen Erfahrungen der Großeinsätze der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, bei denen die Feuerwehr Hamburg in vielen Fällen beteiligt war, zeigen eindeutig auf, daß das bisher propagierte Führungskonzept des Katastrophenschutzes mit einem einzigen Stab, nämlich dem Stab des Hauptverwaltungsbeamten sowohl die Verwaltung als auch Einsatzkräfte führen zu wollen, nicht realisierbar ist.

3.

Die Aufteilung der Aufgaben und die entsprechende Delegation von Verantwortung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung einer Katastrophe oder eines katastrophenähnlichen Zustandes. Dies wird nicht nur aus Erfahrungen in Hamburg deutlich, sondern z. B. auch im Bericht des Herrn Kreis-

verwaltungsdirektors von Germar über den Großbrand im Landkreis Celle vom 10. 5. 1976 bestätigt. Aus diesem Bericht geht nämlich klar hervor, daß die Einsatzführung der Katastrophenschutz-Einsatzkräfte und der Bundeswehr in Lutterloh erfolgte, während der Stab in der Kreisverwaltung die anderen notwendigen Aufgaben wahrnahm. Daß der Hauptverwaltungsbeamte in diesem Fall die Führung der Einsatzkräfte selbst übernahm, ändert schließlich nichts an der Tatsache, daß auch bei diesem Großeinsatz die von Hamburg vertretene „Truppenführung“ durch einen von der Katastrophenschutzleitung des Kreises abgesetzten Stab praktiziert worden ist.

4.

Im übrigen freue ich mich darüber, daß Herr Voss in seiner Erwiderung Delegation von Aufgaben und Verantwortung als etwas Selbstverständliches darstellt und sich damit gegenüber seinen ursprünglichen Äußerungen distanziert, daß mit einer Delegation der Hauptverwaltungsbeamte Kompetenzen verliert, auf die er nicht verzichten kann.

5.

Der Begriff „Technische Einsatzleitung“ hat bei der Diskussion um die Führung im Katastrophenschutz

grundsätzlich einige Mißverständnisse bewirkt. Einige verstehen unter „Technische Einsatzleitung“ den auch von mir vertretenen obersten Fachführungsstab für die Katastrophenschutz-Einsatzkräfte, andere eine örtliche Einsatzleitung an einer Schadensstelle. Während der Führungsstab für die Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes grundsätzlich einen stabsmäßigen Unterbau braucht, genügt es sicherlich bei einer örtlichen Einsatzleitung je nach Größe des Einsatzbereiches, mit einer kleineren oder größeren Führungsgruppe zu arbeiten. Es kann jedoch auch hier notwendig sein, mit einem vollständigen Stab zu arbeiten.

6.

Abschließend ist festzustellen, daß es unumgänglich notwendig ist, die Führung von Katastrophenschutz-Einsatzkräften von der übergeordneten Katastrophenschutzleitung auf einen nachgeordneten Stab zu delegieren, dem ggf. mehrere örtliche Einsatzleitungen nachgeordnet sein können. Nur dadurch wird es möglich, die Effektivität und die Arbeitsfähigkeit der Gesamtführung in einem Katastrophenfall in dem Maße zu verbessern und die Umsetzung der Abwehrmaßnahmen so zu beschleunigen, wie es notwendig ist, um einer Katastrophe Herr zu werden.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist bei der

BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK

Geschäftsführerbereich Bremen-West
(Landesverband Bremen)

die Stelle des

GESCHÄFTSFÜHRERS

kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT.

Der Geschäftsführer ist für die Bearbeitung aller verwaltungsmäßigen und organisatorischen Maßnahmen, für die Sicherstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Ortsverbände und für die Betreuung der freiwilligen Helfer des Geschäftsführerbereiches zuständig.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen Verwaltungs- oder kaufmännischen Ausbildung (möglichst mit Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst) und langjähriger Verwaltungstätigkeit, vorzugsweise im öffentlichen Dienst. Technisches Verständnis ist erwünscht. Organisationstalent, Erfahrungen in der Menschenführung und Bereitschaft für den in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten abwechslungsreichen Dienst werden vorausgesetzt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **28. November 1977** unter Angabe der **Kennzahl 372** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1



MAGAZIN

11/77



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Horst Pieper

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Auf gutem Kurs“

6

Der Bundesverband für den Selbstschutz beging sein 25jähriges Bestehen.



„Ein neuer Abschnitt beginnt“

14

Wechsel in der Leitung des THW: Hermann Ahrens folgte Hans Zielinski im Amt des THW-Direktors und Vizepräsidenten des BZS.

„Durch leistungsstarkes System der Ausbildung eine integrationsfördernde Klammer schaffen“

19

Parl. Staatssekretär Andreas von Schoeler zu den beabsichtigten Maß-



nahmen des Bundes zur Konsolidierung des Katastrophenschutzes.

„Schutzraumbau in Niedersachsen muß verstärkt werden“

21

Innenminister Groß antwortete auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Mdl Rau.

„Das Engagement der Jugend lebt“

24

50 000. MHD-Schwesternhelferin ausgebildet.

„Bestandsaufnahme“

26

Organisation und Aufbau des Katastrophenschutzes im Landkreis Schwandorf.

Lehrgangszeitplan I. Halbjahr 1978 der Katastrophenschutzschule des Bundes

35

„Das Minimagazin“

U 3

In diesem Monat: Feiertage sind Feuertage.



UMSCHAU

Leiter des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr verabschiedet

Wegen Erreichens der Altersgrenze trat am 31. Oktober 1977 der langjährige Leiter des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr des Landes Schleswig-Holstein, Regierungsdirektor Günther Habermann, in den Ruhestand. Damit schied einer der dienstältesten Beamten der Landesregierung aus dem Bereich des Katastrophenschutzes aus dem aktiven Dienst aus. Habermann trat 1953 in den Dienst des Landes Schleswig-Holstein ein und wurde fünf Jahre später Referent für den Luftschutzhilfsdienst. Nach Gründung des Amtes für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr im Jahre 1969 war er zunächst als Dezernent und seit 1973 als dessen Leiter tätig. Anlässlich der Verabschiedung Habermanns würdigte Innenminister Rudolf Titzck insbesondere seinen Einsatz während der schweren Januar-Sturmfluten 1976. Hier habe er einen eindrucksvollen Beweis seiner Bemühungen um den Aufbau einer funktionsgerechten Katastrophenorganisation im Lande Schleswig-Holstein geben können.

Ministerialdirektor Menke-Glückert im BVS-Vorstand

Ministerialdirektor a. D. Hans-Arnold Thomsen ist am 31. Oktober 1977 als Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes für den Selbstschutz ausgeschieden. Auf Vorschlag des Bundesministers des Innern wurde Ministerialdirektor Peter Menke-Glückert, Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ des Bundesinnenministeriums, als neuer Vertreter des Bundes im BVS-Vorstand durch die Mitglieder einstimmig gewählt.

Großfeuer in Kölner Automobilwerk

Am Donnerstagmittag, dem 20. Oktober, brach im zentralen Ersatzteillager der Automobilfirma Ford in Köln ein Großbrand aus: Über 200 Feuerwehrleute kämpften mit 30 C-Rohren, Wasserwerfern und Wenderohren gegen das Feuer in der mit 109 000 Quadratmetern größten Lagerhalle Deutschlands. Ein riesiger, 60 Meter hoher Rauchpilz stand über der Halle, in der Ölfässer und Farbspray-Dosen ein Inferno verursachten. Das Feuer

war ziemlich in der Mitte der Halle – die so groß ist wie elf Fußballfelder – entstanden, die automatische Sprinkleranlage hatte nur wenige Sekunden funktioniert und war nach einer Verpuffung ausgefallen. Begünstigt durch starken Wind breitete sich das Feuer rasch über die ganze Halle aus. Der Sachschaden beträgt – wie eine Kölner Zeitung schrieb – etwa 200 Millionen DM.

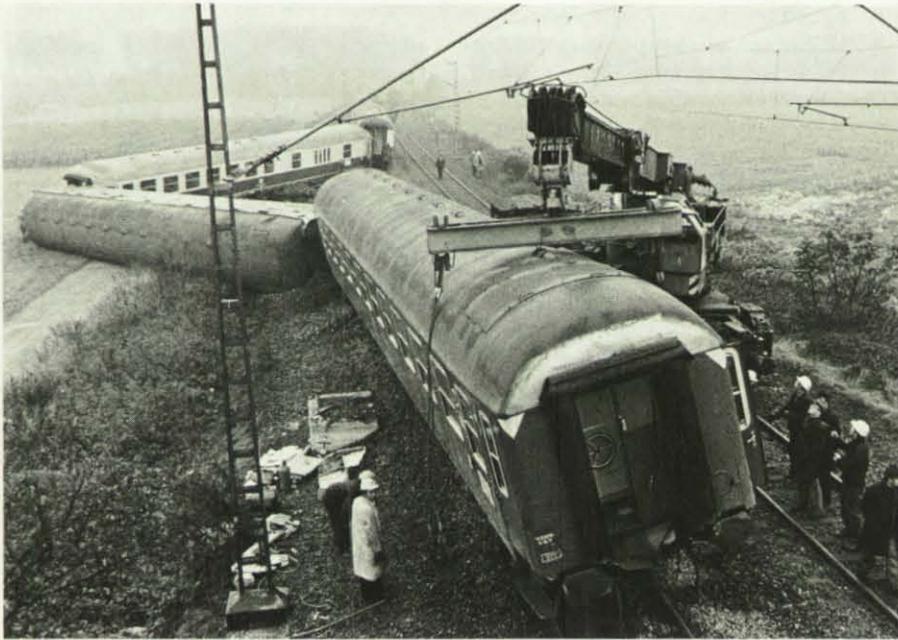


Über 200 Feuerwehrmänner kämpften gegen den Großbrand in der riesigen Lagerhalle eines Kölner Automobilwerkes, der über 200 Millionen DM Schaden angerichtet haben soll.

Italia-Expresß entgleist

Neunzehn Verletzte und rund zwei Millionen DM Sachschaden hat ein Anschlag auf den Italia-Expresß Kopenhagen – Rom in der Nacht zum 18. Oktober gefordert. Der mit etwa 100 Reisenden besetzte und mit einer Geschwindigkeit von 140 Stundenkilometern fahrende Zug entgleiste gegen Mitternacht in der Nähe von Emmendingen (Baden). Die Ermittlungsbehörden verdächtigen einen

noch unbekanntes „Mister X“, der seit zwei Jahren auf der Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Freiburg insgesamt zwölf Anschläge auf Gleisanlagen und Züge verübt haben soll, als Täter: An 33 Gleisschwellen waren 132 Schrauben gelöst und die Schienen auseinandergewuchtet worden. Der Attentäter hinterließ an einem Fahrleitungsmast einen Zettel mit „herzlichen Grüßen“.



Bei Tempo 140 entgleist – der Italia-Expresß, besetzt mit 100 Reisenden.



Die größte computergesteuerte Feuerwehr-Einsatzzentrale Europas wurde am 9. November in Hamburg in Betrieb genommen. Das mit einem Kostenaufwand von 12 Millionen DM errichtete Einsatzsystem nimmt automatisch Notrufe entgegen und alarmiert ebenso selbsttätig die entsprechenden Wehren und Hilfskräfte.

Explosion in Fernheizkanal

Wie nach einem schweren Bombenangriff sah es am Morgen des 19. Oktobers im Industriegebiet von Heilbronn aus, nachdem ein Fernheizkanal explodiert war. Durch die Explosion – vermutlich durch eingeströmtes Gas verursacht – riß die Straße auf einer Länge von 700 Metern auf. Vier Menschen wurden bei dem Unglück verletzt, der Sachschaden beträgt mehrere Millionen DM.



Auf einer Länge von 700 Metern aufgerissen: Straße im Industriegebiet von Offenbach nach der Explosion des Fernheizkanals.

Auch Finnland gibt Sondermarke für den Zivilschutz heraus

Die finnische Postverwaltung hat am 14. September eine Sonderbriefmarke für den Zivilschutz herausgegeben. Die Marke ist zugleich dem Katastrophendienst, der Ersten Hilfe und der Fürsorge gewidmet. Der Wert beträgt 90 Penniä.



Seminar „Aufbau einer betrieblichen Katastrophenorganisation“

Der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU) führt am 28. und 29. November ein weiteres Seminar „Aufbau einer betrieblichen Katastrophenorganisation – Katastrophenschutz – Führungs-

grundsätze" durch. Folgende Themen werden behandelt:

Anleitung zu einer Betriebs- oder Werkanalyse,
 Brandbelastung,
 Alarmpläne,
 Anweisung für den KS-Fall,
 Aufbau einer Betrieblichen Katastrophen-Organisation (BKO),
 Ausrüstung,
 Kosten.

Verhalten von Menschen in Gefahrensituationen und Panik,
 Führungssystem, Gliederung von Stäben und Aufgaben,
 Führungsmittel,
 Führungsstil,
 Entwicklung einer Lage, Beurteilung und rationelle Entschlußfassung,
 Planspiel-Besprechung, Bildung eines Stabes, Führungsaufgaben.

Seminarleiter ist Rudolf Mischler, Esslingen; das Seminar findet statt im IHK-Bildungszentrum 8152 Feldkirchen-Westerham 3. Anmeldungen sind zu richten an: Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft, Nymphenburger Str. 147, 8000 München 19.

THW zu Gast beim Bonner Botschafter Saudi-Arabiens

Der Botschafter von Saudi-Arabien, Seine Exzellenz Mohamed Nouri Ibrahim, lud zu einem Empfang aus Anlaß des Nationalfeiertages seines Landes am 29. September 1977 in die Bad Godesberger Redoute ein. Weil einige Helfer des THW-Ortsverbandes Bad Godesberg für die Botschaft eine technische Hilfeleistung erbracht hatten – sie erstellten ein Zelt – erhielten der THW-Ortsbeauftragte und vier Helfer eine Einladung zu diesem diplomatischen Empfang.



Der Botschafter war auch gern zu einem Gruppenbild mit den THW-Helfern bereit. Auf dem Foto von links nach rechts: THW-Ortsbeauftragter Gottmann mit Gattin, Seine Exzellenz Mohamed Nouri Ibrahim, eine Sekretärin und die vier Helfer des THW.

Veranstaltungsplan der BVS-Bundesschule

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im 1. Halbjahr 1978 an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der BVS-Bundesschule mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen.

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit	
		vom	bis
1	Arbeitsseminar „Leiter und Lehrkräfte der Fahrbaren Schulen“	10. 1.	13. 1.
2	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	10. 1.	13. 1.
3	BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil I	17. 1.	20. 1.
4	BVS-Fachlehrgang „Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde“	17. 1.	20. 1.
5	Arbeitsseminar „Sanitätsstaffel“	17. 1.	20. 1.
6	BVS-Fachlehrgang „Weiterführende Se- und BVS-Ausbildung“	24. 1.	27. 1.
7	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	24. 1.	27. 1.
8	BVS-Fachlehrgang „BVS-Fachbearbeiter“, Teil I	31. 1.	3. 2.
9	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil I	31. 1.	3. 2.
10	BVS-Fachlehrgang „BVS-Bauberater“, Teil I	8. 2.	9. 2.
11	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	7. 2.	10. 2.
12	Sonderlehrgang „Filmvorführer THW“	8. 2.	10. 2.
13	BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil II	14. 2.	17. 2.
14	Arbeitsseminar „Fahrbare Zivilschutz-Ausstellungen“	14. 2.	17. 2.
15	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	14. 2.	17. 2.
16	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	21. 2.	24. 2.
17	BVS-Fachlehrgang „BVS-Dienststellenleiter“	21. 2.	24. 2.
18	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	21. 2.	24. 2.
19	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	28. 2.	3. 3.
20	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	28. 2.	3. 3.
21	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil I	7. 3.	10. 3.
22	BVS-Fachlehrgang „Bergung“	7. 3.	10. 3.
23	Arbeitsseminar „Rhetorik“	7. 3.	10. 3.
24	BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil I	14. 3.	17. 3.
25	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	14. 3.	17. 3.
26	Arbeitsseminar „Leiter und Lehrkräfte der Schulen des BVS“	21. 3.	23. 3.
27	BVS-Fachlehrgang „BVS-Bauberater“, Teil II	29. 3.	30. 3.
28	Arbeitsseminar „ha. BVS-Fachbearbeiter, II 4 und Bürohilfskräfte“	28. 3.	31. 3.
29	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	28. 3.	31. 3.
30	BVS-Fachlehrgang „Allgemeine Staats- und Verwaltungskunde“	4. 4.	7. 4.
31	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	4. 4.	7. 4.
32	BVS-Fachlehrgang „Bergung“	11. 4.	14. 4.
33	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	11. 4.	14. 4.
34	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil I	18. 4.	21. 4.
35	BVS-Fachlehrgang „Brandschutz“	18. 4.	21. 4.
36	Arbeitsseminar „Zivile Verteidigung“	18. 4.	21. 4.
37	BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil II	25. 4.	28. 4.
38	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	25. 4.	28. 4.
39	BVS-Fachlehrgang „BVS-Fachbearbeiter“, Teil I	9. 5.	12. 5.
40	BVS-Fachlehrgang „ABC-Schutz“, Teil I	9. 5.	12. 5.
41	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil II	9. 5.	12. 5.
42	BVS-Fachlehrgang „Bergung“	16. 5.	19. 5.
43	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	16. 5.	19. 5.
44	Sonderlehrgang „Filmvorführer THW“	16. 5.	19. 5.
45	BVS-Fachlehrgang „BVS-Redner“, Teil I	30. 5.	2. 6.
46	Arbeitsseminar „Bergungsstaffel“	30. 5.	2. 6.

47	Arbeitsseminar „Rhetorik“	30. 5.	2. 6.
48	BVS-Fachlehrgang „Weiterführende Se- und BVS-Ausbildung“	6. 6.	9. 6.
49	Arbeitsseminar „BVS-Redner“	6. 6.	9. 6.
50	Arbeitsseminar „Sanitätsstaffel“	13. 6.	16. 6.
51	Informationsseminar „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	13. 6.	16. 6.
52	Arbeitsseminar „Strahlenschutz“	20. 6.	23. 6.
53	Arbeitsseminar „Bergungsgruppe“	20. 6.	23. 6.
54	Informationsseminar „Zivile Verteidigung“	20. 6.	23. 6.
55	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Redner“	27. 6.	30. 6.
56	BVS-Fortbildungslehrgang „BVS-Fachlehrer“	27. 6.	30. 6.

Jetzt: „Zivilschutzverband“

Einen neuen Namen hat sich bei seiner diesjährigen Delegiertenversammlung der bisherige Schweizerische Bund für Zivilschutz gegeben: Nach einmütigem Votum der Delegierten soll der Bund nunmehr den Namen „Zivilschutzverband“ tragen. Gleichzeitig gab es in der Spitze der Organisation eine personelle Veränderung. Der bisherige Präsident, Staatspräsident Henri Schmitt, trat zurück; sein Nachfolger wurde der Solothurner Professor Dr. Reinhold Wehrle.

Dem neuen Vorstand der Organisation gehören auch Fachvertreter des Schweizerischen Roten Kreuzes, des Schweizerischen Samariterbundes, der Schweizerischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz und des Bundesamtes für Zivilschutz an.

Nach weiteren Beschlüssen der Delegiertenversammlung, die Mitte Oktober am Genfer See stattfand, soll vor allem der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes mehr Bedeutung beigemessen werden.

Bremer Innensenator Fröhlich: Stellenwert des Zivilschutzes verbessern

Auf den unzureichenden Stellenwert des Zivilschutzes in der Gesellschaft hat Bremens Innensenator Helmut Fröhlich in der Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre BVS“, die in der oberen Halle des Rathauses der Hansestadt stattfand, hingewiesen. Sowohl im Verhältnis der militärischen zur zivilen Verteidigung als auch generell im politischen Raum, besonders aber im Hinblick auf die Haltung der Bevölkerung müsse die Bedeutung des Zivilschutzes deutlicher gemacht werden. Dies könne jedoch nur dann gelingen, wenn sich die politischen Parteien dafür verstärkt einsetzen. Die Ansicht, Zivilschutzmaßnahmen

ständen im Gegensatz zur Entspannungspolitik, sei unzutreffend und werde auch nicht von der Bundesregierung geteilt, betonte Senator Fröhlich. Bei allen Planungen der Verteidigungsstrategie der NATO müsse berücksichtigt werden, daß die zivile Verteidigung ein unverzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung ist.

Die Bundesregierung hat im Juli einen Staatssekretärausschuß mit dem Auftrag eingesetzt, bis zum 1. Dezember zu prüfen, wie die Schutzbauprogramme intensiviert werden können. Dazu Innensenator Fröhlich: „Ohne diesen Empfehlungen vorzugreifen, ist jedenfalls festzustellen, daß der Bau öffentlicher Schutzräume allein nicht ausreicht und die derzeitigen Regelungen für freiwillige Schutzbauprogramme keine befriedigenden Ergebnisse gebracht haben.“ Über eine Verstärkung des den Gemeinden vorbehaltenen Potentials des friedensmäßigen Katastrophenschutzes werde gegenwärtig noch mit dem Bund verhandelt. Nach Ansicht des Bremer Innensenators dürfte mit jährlichen Bundesmitteln in Höhe von etwa 150 Millionen Mark zu rechnen sein. Die Verteilung werde angesichts der unterschiedlichen Interessenlage in den Ländern zwar einige Schwierigkeiten bereiten, letztlich aber einvernehmlich geregelt werden können, da es allen Beteiligten um die Sache gehe, betonte Fröhlich. Er schloß seine Ausführungen mit einem Dank an die Angehörigen des BVS für deren Arbeit. Diesem Dank hat sich Bürgermeister Hans Koschnick ausdrücklich angeschlossen.

Der Leiter der BVS-Landesstelle Bremen, Diethelm Singer, wies in seinem Grundsatzreferat auf die Notwendigkeit der Aufklärung der Bevölkerung hin. Diese Schwerpunktaufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz werde heute von allen Behörden und politischen Parteien aner-



Feier zum 25jährigen Bestehen des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Bremen. Innensenator Fröhlich (erste Reihe, Dritter von links) forderte die verstärkte Unterstützung der politischen Parteien für die Belange des Zivilschutzes.

kannt. In den letzten Jahren und Monaten könne man feststellen, daß diese Aufklärungsarbeit, die sich mit den in der Öffentlichkeit oft nicht gern gesehenen Themen Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten beschäftigt, nun ihre Früchte trägt.

Gleichzeitig, so betonte Singer, habe der zweite Schwerpunkt der Verbandsarbeit, die Unterstützung der Gemeinden, Betriebe und Behörden bei der Ausbildung im Selbstschutz, wesentliche Erfolge gebracht.

Auf vielfältige Aktivitäten konnte der Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Bremen, Heinz-Günter Freese, in seinem Leistungsbericht über Entwicklung und Stand der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung hinweisen. Allein im vergangenen Jahr wurden in Bremen 70 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit fast 1500 Teilnehmern, weitere 13 Selbstschutz-Fachlehrgänge mit mehr als 200 Behördenmitarbeitern sowie über 200 Informationsveranstaltungen mit gut 7300 Besuchern durchgeführt. Hinzu kamen 27 Ausstellungen, 8 Zivilschutz-Informationseminare und die BVS-Ausstellung „Bürger helfen Bürgern“, die allein von über 30 000 Interessenten besichtigt wurde. Sein Bericht schloß mit dem Appell an die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, die Arbeit des BVS zu unterstützen, „damit Hilfe kein Zufall bleibt“.

Auf gutem Kurs

Der Bundesverband für den Selbstschutz beging sein 25jähriges Bestehen mit einem Festakt

Der Schauplatz war die alte Kaiserstadt Aachen. Hier, im kürzlich eröffneten Eurogress-Zentrum, einer modernen Tagungsstätte von internationalem Zuschnitt, versammelten sich am Nachmittag des 29. Oktober rd. 1200 Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS), um in einer festlichen Jubiläumsveranstaltung dem 25jährigen Bestehen des Verbandes zu gedenken. Diesem Ereignis war ein Empfang im ehrwürdigen Rathaus der Stadt

vorausgegangen, den der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Kurt Malangré, für die Ehrengäste gab. Im „Weißen Saal“ des im 14. Jahrhundert im gotischen Stil auf Fundamenten der karolingischen Königspfalz errichteten Rathauses konnte das Stadtoberhaupt mehrere ausländische Delegationen, Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesamtes für Zivilschutz, den BVS-Vorstand, Vertreter der Bundesländer und befreundeter Hilfsorganisationen

sowie die BVS-Landesstellenleiter begrüßen.

Der Festakt im Eurogress-Zentrum

Noch bevor sich die Tore zum großen Saal des Eurogress-Zentrums öffneten, versammelten sich die aus allen Ländern der Bundesrepublik angereisten Helfer vor dem repräsentativen Gebäude und in seinem weiträumigen Foyer. Unter den flotten Rhythmen eines Platzkonzertes der „Aachener Bürgerwehr“ gab es ein großes inoffizielles Begrüßungszeremoniell. Langjährige Helfer und Mitarbeiter des Verbandes, deren Wege sich im Laufe ihrer Tätigkeit für die Verbreitung der Selbstschutz-Idee oft gekreuzt, oder die längere Zeit gemeinsam diese Wege beschritten hatten, feierten fröhliches Wiedersehen. Es gab ein herzliches Händeschütteln und Schulterklopfen und manch' ein „Weißt du noch, damals –?“. Erinnerungen wurden ausgetauscht an gemeinsame Veranstaltungen der Ausbildung oder der Öffentlichkeitsarbeit, an Einsätze bei Katastrophen und anderen Anlässen.

Dann füllte sich der große Saal des Eurogress-Zentrums, auf dessen Bühne die „Big Band“ des Bundesgrenzschutzes aufspielte.

Der Leiter der Landesstelle NordrheinWestfalen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Günter Kopsieker, eröffnete die Festveranstaltung und begrüßte Helfer und Gäste. Unter den Gästen begrüßte er besonders die Vertreter befreundeter Zivilschutzorganisationen aus Finnland, Dänemark, Schweden und Österreich, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Vertreter des Rates der Stadt Aachen, des Regierungspräsidenten, der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, von NATO-Staaten, von Ministerien und Behörden aller Ebenen sowie von befreundeten Organisationen.

Zur Wahl Aachens als Veranstaltungsort sagte Günter Kopsieker, daß man diese Stadt mit ihrem europäischen Charakter nicht nur gewählt habe, weil man hier versteht, Feste zu feiern, sondern weil die Verantwortlichen

Zum 25jährigen Bestehen des Bundesverbandes für den Selbstschutz

Liebe Helferinnen und Helfer, liebe Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz!

Ihr 25jähriges Verbandsjubiläum ist für uns alle Anlaß, zurückzublicken auf die Entwicklung der humanitären Vorsorge für die Menschen in unserem Land.

Die äußeren und inneren Gefahren in der Welt, für den Menschen und für unseren freiheitlich-demokratischen Staat, verlangen Menschen wie Sie, die Aufgaben übernehmen, die der Gesetzgeber allein nicht sicherstellen kann. Sie, die Helfer und Mitarbeiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz, haben durch ausdauernden Einsatz die Voraussetzungen für die Zivile Verteidigung in unserem Land mitgeschaffen.

Die Bundesregierung wird Sie in Ihrer Arbeit tatkräftig unterstützen. Sie hat sich vor wenigen Monaten eingehend mit der Zivilen Verteidigung befaßt. Mein Haus erarbeitet zur Zeit umfassende Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Zivilschutzes. Diese Arbeiten sind von Bedeutung für die zukünftige Vorsorge des Staates für den Katastrophen- und Verteidigungsfall.



Auf der Grundlage freiwilliger Zusammenarbeit aller Beteiligten und Betroffenen läßt sich der Zivil- und Katastrophenschutz als wirksames Instrument erhalten und gestalten. Die Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz wird es dabei auch sein, um Verständnis und Vertrauen in der Bevölkerung für den Zivilschutz zu werben.

Dieser Aufgabe haben Sie sich in der Vergangenheit schon mit Erfolg gestellt. Die jetzt eingeleitete Entwicklung wird Ihnen und Ihrer Arbeit sicherlich neue Impulse geben. Daß Sie – wie bereits seit 25 Jahren – tatkräftig Ihren humanitären Auftrag erfüllen, ist für mich eine erfreuliche Gewißheit, für die ich Ihnen herzlich danke.

Werner Maihofer

Prof. Dr. Werner Maihofer
Bundesminister des Innern



Links: Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Bundesverbandes für den Selbstschutz gab die Stadt Aachen im „Weißen Saal“ des Rathauses für die Ehrengäste einen Empfang. Unser Bild zeigt in der vorderen Reihe von rechts nach links: Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Malangré, BVS-Präsident Kuhn, BVS-Referent Dr. Schneider, Ministerialdirigent Knop, Ministerialdirektor Menke-Glückert. – Rechts: Verleihung der Ehrennadel des BVS an Oberbürgermeister Malangré durch BVS-Präsident Kuhn.



Links: Der Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern, Peter Menke-Glückert, im Gespräch mit Oberbürgermeister Kurt Malangré. – Rechts: Zivilschutzexperten unter sich. V. l. n. r.: Ministerialdirigent Knop vom Innenministerium NRW, der frühere Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im BMI, MinDir. a. D. Thomsen, und sein Nachfolger, MinDir. Menke-Glückert.

dieser Stadt die Arbeit des BVS stets in beispielhafter Weise unterstützt hätten.

Parallelen

Der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Kurt Malangré, betonte in seiner Ansprache die aktuelle Bedeutung des Selbstschutzes und des BVS und wies auf die Parallelen hin, die diese länderverbindenden Aufgaben mit der Politik einer Stadt haben, die, wie Aachen, am Schnittpunkt dreier Länder gelegen ist, in der nicht nur der Internationale Karlspreis der Stadt Aachen für die besonderen Verdienste um die Einigung Europas verliehen wird, sondern die sich auch selbst als europäische Stadt versteht.

„Auf dem richtigen Weg“

Die Grußworte des Bundesministers des Innern, Prof. Dr. Werner Maihofer, der an der Festveranstaltung nicht teilnehmen konnte, überbrachte der Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“

im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Peter Menke-Glückert:

„Ein Vierteljahrhundert ist Anlaß, Bilanz zu ziehen aber auch nach vorn zu blicken, neue Aufgaben in Angriff zu nehmen. Wir alle haben in den letzten Wochen und Monaten einen Vorgeschmack davon bekommen, welche Bedrohungen auf unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung zukommen. Es sind die akuten Gefährdungen unseres Staates, die zu seinem großen Bedauern meinen Minister Professor Werner Maihofer daran hinderten, diese Ansprache selbst zu halten. Minister Maihofer hat mich als den für die Zivile Verteidigung zuständigen Abteilungsleiter in seinem Hause gebeten, jedem einzelnen Helfer und Mitarbeiter den Dank der Bundesregierung für jahrelangen selbstlosen Einsatz, für das Durchstehen oft boshafter Kritik an der Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz in den Medien, auszusprechen.

Besonders freut mich, daß Sie die europäische Stadt Aachen, den Ort der Verleihung des Karlspreises und vieler anderer mutiger Initiativen, für Ihr Jubiläum gewählt haben. Auf diese Weise wird auch die europäische Aufgabe des Selbstschutzes unterstrichen.

Oft fehlten klare Aussagen

Für Sie alle waren die letzten Jahre nicht einfach; Sie haben treu auf schwierigen und vielfach ungeliebten Posten ausgeharrt. Mehr als jede andere Dienststelle oder Organisation im weiten Feld der Zivilen Verteidigung hatten Sie, liebe Helfer und Kameraden des Bundesverbandes, es auszubaden, daß in der Vergangenheit oft klare Aussagen von Politikern zur Unterstützung Ihrer wichtigen Aufgabe fehlten. Noch immer ist die Aussage im Weißbuch der zivilen Verteidigung von 1972 richtig: ‚Bittere Erfahrungen an Erinnerungen des Zweiten Weltkrieges, eine Überbetonung atomarer Kriegsbilder und die erheblichen Kosten ziviler Vorsorgemaßnahmen haben dazu geführt, daß weite Kreise der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland der Zivilen Verteidigung gleichgültig, teilweise sogar ablehnend gegenüberstehen.‘

Dieser Zustand muß sich ändern und wird sich ändern.

Selbstschutz – ein wichtiger Teil der Abschreckung

Unsere komplizierte Industriekultur ist in hohem Maße störfähig und gefährdet – und zwar nicht erst im hoffentlich



Blick auf die mit Fahnen und Blumen geschmückte Bühne des großen Saals des Eurogress-Zentrums. Es spielte die „Big Band“ des Bundesgrenzschutzes.

nie eintretenden Verteidigungsfall, sondern schon weit unter dieser Schwelle, tagtäglich auch in Friedenszeiten. Das beweisen Versorgungskrisen wie der Blackout im Juli 1977 in New York mit Plünderungen und Brandstiftungen in großem Stil ebenso wie Chemie-Großunfälle vom Typ Seveso, Naturkatastrophen, Sabotage- und Terroraktionen. Unsere Bevölkerung muß auf alle diese Großkatastrophen, auf alle diese uns bevorstehenden häßlichen Zukünfte ehrlich und gründlich vorbereitet werden – bis hin zum Verteidigungsfall. Jedes Einüben in mögliche Großkatastrophen- und Krisenszenarios im Frieden ist auch ein Stück Überlebenswille und damit Verteidigungsbereitschaft. Selbstschutz ist insoweit ein wichtiger Teil der Abschreckung im Bündnis – vielleicht sogar der allerwichtigste.

Was nützt die beste Armee, wenn der politische Wille zur Selbstbehauptung, der Wille zum Überleben, der Wille zum Durchsetzen des Rechts fehlt? Wir alle haben in den letzten Wochen einen Härtings- und Läuterungsprozeß unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates miterlebt, den unser Staat Bundesrepublik Deutschland in Würde bestanden hat. Aus dieser Feuerprobe im Kampf mit dem internationalen Terror ist unsere junge Demokratie gestärkt und gefestigt hervorgegangen. Die von den Vätern unserer Verfassung gewollte wehrhafte Demokratie hat Entschlossenheit, kühle Ruhe und Mut im Kampf um Menschenleben und Recht gezeigt. Die jedermann jetzt einsichtige Härting bestimmter Staatsfunktionen würde nicht mehr mit hämischen Bemerkungen und der Verdächtigung, durch Maßnahmen der Zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes etwa eine Rückkehr zum Kalten Krieg zu wollen, abqualifiziert werden können.

Die Pflicht zum Basisschutz

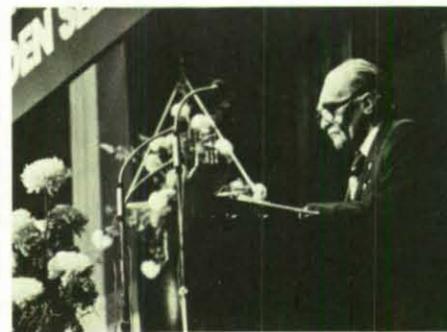
Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Urteil in Sachen Schleyer gegen die Bundesregierung und vier Länderregierungen vom 15. Oktober 1977 erneut und eindringlich auf die umfassende Schutzpflicht des Staates für jedes Menschenleben hingewiesen. Sie gebietet dem Staat, so sagt unser höchstes Gericht wörtlich, „sich schützend und fördernd vor dieses Leben zu stellen, daß heißt vor allem, es auch vor rechtswi-



Der Leiter der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen, Günter Kopsieker, eröffnete den Festakt, zu dem sich rd. 1200 Helfer aus allen Ländern der Bundesrepublik und zahlreiche Ehrengäste eingefunden hatten.



Über die Bedeutung der humanitären Idee des Selbstschutzes und über die gute Zusammenarbeit der Stadt Aachen mit dem BVS sprach Oberbürgermeister Malangré.



Der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Oberstadtdirektor a. D. Heinz-Robert Kuhn, ließ in seiner Ansprache 25 Jahre BVS Revue passieren.

drigen Eingriffen von seiten anderer zu bewahren. An diesem Gebot haben sich alle staatlichen Organe, je nach ihren besonderen Aufgaben, auszurichten. Da das menschliche Leben einen Höchstwert darstellt, muß diese Schutzverpflichtung besonders ernst genommen werden.' Besser hätte niemand eine Begründung für die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz geben können, aktiv aufklärend für einen vorsorglichen Basisschutz vor schwersten Großkatastrophen tätig zu sein. Basisschutz, Minimalschutz der Bevölkerung ist ein Gebot aus Artikel 1 und 2 unseres Grundgesetzes. Die Pflicht zum Basisschutz besteht ganz unabhängig von allen verteidigungsstrategischen Überlegungen und hat eine unmittelbare humanitäre Grundlage.

Wenn es den BVS noch nicht gäbe . . .

Zu den Erschwernissen in der Auftrags Erfüllung des Bundesverbandes für den Selbstschutz gehören Forderungen nach seiner Auflösung ebenso wie Behauptungen von übersetzten Personaletats, Überschneidungen mit den Aufgaben anderer Hilfsorganisationen, unbrauchbarer didaktischer Hilfsmittel bis hin zu dem karikierenden Bild von der Aktentasche über dem Kopf als einziges Rezept gegen atomaren Angriff. Durch aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus Selbstschutzfibeln, fatale Verdächtigungen (Selbstschutz sei ‚weiße Salbe‘, wolle nur beschwichtigen), endlich durch Gruselbilder atomaren Grauens (gegen Atomtod ist jeder Selbstschutz sinnlos) wird in einigen Medien systematisch der Eindruck einer totalen Hilflosigkeit und eines ohnmächtigen Ausgeliefertseins unserer Bevölkerung gegenüber Großkatastrophen erweckt. Gerade diese schiefe und falsche Darstellung der Aufgaben des Selbstschutzes in der veröffentlichten Meinung zeigt, wie notwendig eine Einrichtung wie die des Bundesverbandes für den Selbstschutz ist. Wenn es den Bundesverband für den Selbstschutz noch nicht gäbe, müßte er jetzt sofort geschaffen werden als Einrichtung für Katastrophen-Grundwissen, auf dem dann alle anderen fachlichen Einrichtungen und Hilfsorganisationen aufbauen können.

Selbstschutz – ein zutiefst demokratischer Gedanke

Auf jeden Fall werden die seit Beginn dieses Jahres mit großer Intensität laufenden Bemühungen der Bundesregierung, zusammen mit allen beteiligten Stellen in Ländern, Kommunen, Hilfsorganisationen einen neuen Anlauf in der Zivilen Verteidigung, vor allem im Zivilschutz und Katastrophenschutz, zu nehmen, allen Helfern und Mitarbeitern des Bundesverbandes für den Selbstschutz zugute kommen, damit endlich ihr so wichtiger Auftrag in der Öffentlichkeit auch verstanden und angenommen wird. Das neue Konzept der Zivilen Verteidigung wird die Aussagen der Helfer in der Öffentlichkeit erleichtern und wird Gemeinden, Behörden, Betriebe, ja jeden Bürger zu einem überzeugteren Partner für den Gedanken des Selbstschutzes machen. Selbstschutz ist ein zutiefst



In Vertretung des verhinderten Bundesministers des Innern, Prof. Dr. Maihofer, sprach Ministerialdirektor Menke-Glückert über den Selbstschutz als unverzichtbaren Bestandteil der zivilen Verteidigung und über den BVS als die ebenso unverzichtbare Trägerorganisation für die Verbreitung des Selbstschutzgedankens.

demokratischer Gedanke, der erst Verteidigungsbereitschaft und den Willen, Krisen zu meistern, wirklich deutlich macht. Nach Friedrich Naumann ist jeder Bürger in einer Demokratie ein ‚Stück Staat‘, also auch für Härtung der Kernfunktionen des Staates als Rechts- und Schutzgemeinschaft mitverantwortlich. Für Sie alle sind die Zeiten der Unsicherheit und Unklarheit vorüber. Für ständige Frustrationen – auf schwäbisch also ‚Luschtverluschte‘ – ist in Zukunft kein Platz mehr.

Die besonnene und entschlossene Haltung aller Verantwortlichen in unserem Lande bei schwerster Belastung unserer Rechtsordnung in den letzten Wochen hat ohne Zweifel auch das Bewußtsein für die Notwendigkeit energischer Zivilschutzmaßnahmen bei einer ganz anderen Beteiligung der Bevölkerung an solchen Maßnahmen der Krisenvorsorge verstärkt. Zugleich haben die Ereignisse der letzten Wochen zu einer auch internationalen Solidarität im Kampf gegen Katastrophen- und Krisenfälle geführt, die vor Ideologien, Bürokratien und nationalen Grenzen nicht halt macht. Wir alle – gerade weil wir dem Zivilschutz, Bevölkerungsschutz und Selbstschutz verpflichtet sind – sind dankbar, daß die in diesen Wochen unserem Staat zugewachsene Autorität und Sicherheit in der Meisterung von Krisen aus einer gelungenen Aktion zur Rettung von Menschenleben herrührt. Mogadischu war kein Anlaß für falsches Pathos. Es wird auch in Zukunft bei der heiligen Nüchternheit bleiben, die eine Krisensituation jeweils erfordert. Das läßt hoffen, daß wir alle ehrlicher, gründlicher und überlegter auch die vielen anderen neuen Krisensituationen einschätzen, mit denen auch Sie als BVS-Helfer und Mitarbeiter in Zukunft vermehrt zu tun haben werden.

Konzept wird verhandelt

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat vor allem drei gesetzliche Aufgaben:

1. die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes aufzuklären,



In Anerkennung der besonderen Verdienste um den ÖZSV zeichnete der Präsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, Wilhelm Kindl, den Präsidenten des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Heinz-Robert Kuhn, und den Direktor des BVS, Artur Franke (rechts), mit der goldenen Verdienstmedaille des ÖZSV aus. Im Hintergrund der Direktor des ÖZSV, Josef Hans.



Als Vertreter ausländischer Zivilschutzorganisationen waren u. a. zur 25-Jahr-Feier des BVS nach Aachen gekommen (v. l. n. r.): Generalsekretär Pereswett-Morath, Schweden, Direktor Simonson, Dänemark, und Generalsekretär Öhmann, Finnland.

2. die Gemeinden und Landkreise bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung um Selbstschutz zu unterstützen,
3. Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz zu unterstützen.

Erfreulich wäre es, wenn durch freiwillige Vereinbarungen auch mit den Hilfsorganisationen und privaten Verbänden der Bundesverband für den Selbstschutz ermunter würde, Aufgaben der Grundausbildung in Fragen der Zivilen Verteidigung, vor allem der Abwehr von Großkatastrophen, zu übernehmen. Denkbar wäre eine Art abgestimmter Ausbildungsabschnitte – ähnliche didaktischen Bausteine –, die zwischen Abschnitten der Grundausbildung und fachlichen Ausbildungsabschnitten unterscheiden und die jeweiligen Ausbildungsaufgaben von BVS und fachlichen Organisationen genau bestimmen. Über ein solches Konzept werden in Kürze Verhandlungen aufgenommen werden, auch in Zusammenhang mit einer Neuordnung und Neuorientierung des gesamten Ausbildungswesens im Katastrophenschutz. Hierfür besteht ein Kabinettsauftrag für den Bundesinnenminister.

Systematische Vorsorge

In Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes von 1968, in Verwertung aller NATO-Erkenntnisse über die wahrscheinlichen Krisen- und Bedrohungslagen der 80er Jahre und im Blick auf die auch weiterhin angespannte Haushaltslage hat die Bundesregierung die Initiative ergriffen,

den Leistungsstand der Zivilen Verteidigung zu verbessern und für die Anforderungen auf – auch ganz neuartige – Bedrohungslagen tauglicher zu machen. Kernpunkt der Überlegungen ist, die systematische Vorsorge vor allem aller Träger öffentlicher Aufgaben, aber auch der Bevölkerung, für Gefahrenlagen und Großkatastrophen sicherzustellen. Dazu gehören: Mindestmaßnahmen für Schutz, Rettung und Überleben der Bevölkerung, Rationalisierung im Warndienst und Ausbildung, Erstellen einer zivilen Gesamtplanung in Zuordnung zum politischen Krisenmanagement und zur militärischen Verteidigung, ferner eine Neuorganisation des Katastrophenschutzes, um Schwachstellen im bisherigen System zu beseitigen. Durch alle diese Maßnahmen soll die größtmögliche Wirksamkeit bei Beachtung ökonomischer Grundsätze für den gesamten Bereich der Zivilen Verteidigung erreicht werden.

Bildung von Schwerpunkten

Der Bund hat die Neuordnung des Katastrophenschutzes nicht im Alleingang in Angriff genommen, sondern in einem über das normale Kommunikationsverfahren hinausgehenden besonderen Meinungsaustausch mit den Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden und den Hilfsorganisationen auf breiter Grundlage vorbereitet. Ohne dem noch laufenden Abstimmungsverfahren vorgreifen zu wollen, halte ich es für möglich, daß in folgenden Punkten Einvernehmen mit allen Beteiligten erreicht werden kann.

1. Anstatt die Bundesleistungen undifferenziert zu reduzieren, wurden die V-Fall-rele-

vanten Bedürfnisse neu bewertet und in eine Rangfolge gebracht, so daß entsprechend den verfügbaren Haushaltsmitteln jeweils die wichtigsten Belange abgedeckt werden können.

2. Während derartige Schwerpunktbildungen und Konzentrationen normalerweise Personalfreisetzungen zur Folge haben, soll durch Übernahme des im Brandschutz bereits bewährten Prinzips der Mehrfachbesetzung sichergestellt werden, daß kein Helfer aus dem Katastrophenschutz ausscheidet. Wir brauchen jeden Helfer.

3. Anstelle einer vollen friedenszeitlichen Personalpräsenz, die für den V-Fall nicht in allen Fällen notwendig erscheint und daher in unwirtschaftlicher Weise Mittel bindet, ist in einigen Sparten nur eine Besetzung mit Führungs- und Fachkräften vorgesehen.

4. Eine wesentliche konzeptionelle Verbesserung stellt auch das auf Initiative des Bundes entwickelte Modell einer Katastrophenschutzleitung und einer Technischen Einsatzleitung dar, das erst die Einrichtung einer leistungsfähigen Entscheidungszentrale für die Katastrophenbekämpfung in Notsituationen aller Art ermöglicht.

Auch zur Qualifizierung des hierfür benötigten Personals ist die Umstrukturierung des Ausbildungswesens bereits eingeleitet, die über die Heranbildung befähigter Leitungs- und Führungskräfte hinaus auch dem Bundesverband für den Selbstschutz wichtige Aufgaben übertragen wird.

Diese Reformelemente auf materiellem Gebiet werden ergänzt durch eine Rationalisierung im administrativen Bereich.

Keine Wunder vollbringen

Durch diese Initiativen der Bundesregierung soll trotz der vorgegebenen Finanzzwänge noch eine sinnvolle Abdeckung V-Fall-spezifischer Bedürfnisse im Rahmen des Gesamtgefüges des Katastrophenschutzes ermöglicht werden. Hierbei hat der Bund nicht einseitig seine Anliegen, sondern in Übereinstimmung mit der Grundkonzeption des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes die Wahrung der Einheitlichkeit des umfassenden Katastrophen-Hilfeleistungssystems im Auge.

Die Neuordnung des Zivilschutzes kann allerdings keine Wunder vollbringen, sie kann zum Beispiel weder auf einen Schlag das Schutzraum-Defizit beseitigen, noch die teilweise lückenhafte Ausrüstung des Katastrophenschutzes modernisieren. Die haushaltmäßigen Möglichkeiten setzen hier, wie auf allen anderen Gebieten, sehr enge Grenzen. Ein Ziel aber kann es sein, aus dem, was uns zur Verfügung steht, das Beste zu machen.

Echte Chance durch gekonnte Selbsthilfe

Wie nun letztlich diese Neuordnung im einzelnen aussehen kann, wird die Zukunft zeigen. Eines aber steht schon heute fest, sie wird nie so aussehen, daß etwa der Bürger seinen Beitrag zur eigenen Sicherheit in Krisen und Katastrophen ausschließlich auf dem Wege über seine Steuern



Links: Nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung fand ein Unterhaltungs- und Tanzabend statt. Unser Bild: Sängerin Ireen Sheer begeisterte ihre Zuhörer. – Rechts: Ein „Feuerwerk“ aus der Karibik!

leisten kann. In Zukunft werden wir, vielleicht mehr als bisher, vom einzelnen Bürger erwarten müssen, daß er bereit ist, selber etwas für seinen Schutz zu tun. Eine staatliche Lebensmittelreserve beispielsweise kann gar nicht so umfangreich sein, daß sie einen Krisenvorrat im einzelnen Haushalt ersetzt, und ein Katastrophenschutz, noch so perfektioniert, braucht als Basis einen gut funktionierenden Selbstschutz. Bei einer Katastrophe kommt es nun einmal häufig – wer wüßte das besser als Sie – auf die ersten Minuten an, in denen Entscheidendes richtig oder falsch gemacht werden kann; die organisierten Einsatzkräfte können, wenn wir einmal an eine große Katastrophe denken, nicht sofort und an allen Stellen und gleichzeitig helfen. Darum muß hier die Selbsthilfe der Bevölkerung einsetzen. Über die Gefahren und die Schutzmöglichkeiten, besonders aber die echten Chancen, die eine gekonnte Selbsthilfe in einer Katastrophe bietet, darüber müssen Sie die Bevölkerung auch in Zukunft informieren und ihr dazu ein überzeugendes Ausbildungsprogramm anbieten. Die Aufgabe der Information und der Ausbildung bleibt unerlässlich und im Grunde auch unabhängig davon, ob und wie sich der Zivilschutz und Katastrophenschutz neu orientiert.

Grundlehrgang ist attraktiver

Ganz besonders ist daher zu begrüßen, daß Sie Ihr wichtigstes Ausbildungspaket, Ihren Selbstschutz-Grundlehrgang, durch eine moderne Didaktik und den Einsatz geeigneter technischer Hilfsmittel neu gestaltet und ihm dadurch eine noch bessere, dem Bedarf angepaßte Form gegeben haben. Er ist dadurch attraktiver geworden, und ich hoffe, daß es Ihnen gelingen wird, auch weiterhin jährlich 500 000 oder mehr Mitbürger in diesem Lehrgang die Grundkenntnisse in Selbsthilfe und lebensrettenden Sofortmaßnahmen zu vermitteln. Erfreulich ist es auch, daß sich die Wirtschaft

bei der Ausbildung des betrieblichen Katastrophenschutzes in immer stärkerem Maße des Ausbildungsangebotes des Bundesverbandes für den Selbstschutz bedient.

Ich begrüße auch die zunehmende Selbstverständlichkeit der Zusammenarbeit der Gemeinden mit Ihren Dienststellen, die ihren Niederschlag vor allem in der jetzt anlaufenden Beauftragung der Selbstschutz-Berater der Gemeinden findet.

Eine sehr entscheidende, zukunftssträchtige Entwicklung ist dadurch eingeleitet, daß der Bundesverband für den Selbstschutz im Begriff ist, durch eine organisatorische Neugliederung seinen Verwaltungsablauf zu straffen und zu vereinfachen und die einzelnen Dienststellen finanziell und personell besser auszustatten. Damit entspricht er der Notwendigkeit der ständigen Selbstbesinnung und Wandlung.

Stets mit den Helfern

Alle Überlegungen und Entscheidungen dieser Art, sei es nun in Ihrem Verband oder sei es im übergreifenden Bereich der Zivilverteidigung, dürfen nie gegen die Helfer, sondern müssen immer mit ihnen und für sie fallen. Jede Lösung wird immer die Mitarbeit der Helferinnen und Helfer einkalkulieren, und ich darf Ihnen versprechen, daß wir auch bei unseren derzeitigen Überlegungen Ihre Mitarbeit mit in unser Konzept einbeziehen.

So gesehen ist der heutige Tag für Sie wahrhaftig Grund genug zum Feiern, Grund für einen zufriedenen Blick in die Vergangenheit und einen mutigen Blick in die Zukunft.

Gerne feiere ich aus diesem Anlaß mit Ihnen und wünsche Ihnen und Ihrer Aufgabe viel Erfolg.

Wir sind gemeinsam auf dem richtigen Wege. Gemeinsam werden wir auch mit den schweren Prüfungen fertig werden, die in den nächsten 25 Jahren vor uns liegen."



**Außerhalb der Brandschutz-Ausbildung:
der Feuerschlucker.**

Identifizierung gefordert

In seiner Ansprache, die immer wieder vom Beifall der Helfer unterbrochen wurde, ließ der Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Oberstadtdirektor a. D. Heinz-Robert Kuhn, 25 Jahre BVS Revue passieren. Er schilderte die Entwicklung von einer rein privaten, losen, nicht rechtsfähigen Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Bevölkerung über den Selbstschutz aufzuklären und bei Selbstschutzmaßnahmen zu beraten, bis hin zu einem Verband, der als eine staatliche Institution, als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, eine gesetzlich fundierte Aufgabe erhalten hat.

Insbesondere für die anwesenden Gäste sowie für die Vertreter der Medien legte Präsident Kuhn diese Aufgaben noch einmal dar:

1. die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und über Schutzmöglichkeiten, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes aufzuklären,
2. die Gemeinden und Landkreise bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz zu unterstützen,
3. Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz zu unterstützen.

Hierzu sagte Präsident Kuhn wörtlich: „Gewiß ist der BVS die einzige Institution, die zu diesem Thema aufgrund



**„The Adventurers
Steel Band“: heiße
Rhythmen von den
Antillen.**

eines Gesetzesauftrags eine Aufklärung der Bevölkerung betreibt. Daß wir aber die einzigen sind, die überhaupt über dieses Thema sprechen, das finde ich, ist bedauerlich. Vertrauenswerbung für Zivilverteidigungsmaßnahmen der Regierung betreiben, das ist ein Auftrag, den der BVS gerne erfüllt und auch in Zukunft erfüllen wird.

Zwei Dinge sind aber doch die Voraussetzung für eine wirklich effektive Erfüllung dieses Auftrages. Einmal muß die Zivilverteidigung so gestaltet sein, daß sie am Bürger ein erkennbares, wenn auch nur geringes Maß an Schutz und Vorsorge garantiert. Abzubauende Lebensmittelreserven und die inzwischen eingestellte Bezuschussung beim Bau von Hausschutzräumen sind da natürlich wenig überzeugende Argumente.

Nun ist zwar im Laufe der Jahre der Warn- und Alarmdienst auf einen beachtlichen Ausbaustand gebracht worden, aber auch dies kann man der informierten Bevölkerung heute kaum noch als Ersatz für fehlende Schutzmaßnahmen anbieten. Das neue Konzept der Zivilverteidigung muß daher Ausgeglichenheit und größere Effektivität der Schutz- und Vorsorgemaßnahmen bringen, sonst wird der zivile Teil der Gesamtverteidigung unglaubwürdig, und keine Öffentlichkeitsarbeit kann daran etwas ändern. Dies ist das eine.

Zum anderen möchte ich noch einen Gedanken in diesem Zusammenhang aussprechen und ihn dabei in die Form einer Bitte kleiden, – eine Bitte, die sich an die für die Zivilverteidigung Verantwortlichen in Regierungen und Parteien richtet. Lassen Sie diesen Verband, der seinen gesetzlichen Auftrag erfüllt, mit seiner Aussage nicht allein. Glaubwürdig kann seine Aufklärung und Fachinformation nur sein, wenn sich die Politiker aller Ebenen

immer wieder deutlich mit der Zivilverteidigung identifizieren; wenn auch sie der Bevölkerung deutlich machen, daß der BVS einen Auftrag erfüllt, den ihm das Parlament durch Gesetz gegeben hat und daß das Parlament auch heute noch hinter diesem Auftrag steht.“

Entschieden wandte sich Präsident Kuhn gegen die Auffassung, daß dem BVS innerhalb der Bevölkerung der Boden für seine Tätigkeit fehle. Im Gegenteil! Die Mitarbeiter in den Dienststellen hätten sich mit Fleiß, Zähigkeit und Phantasie ihren Platz im öffentlichen Leben geschaffen und dort einen fruchtbaren Boden für die Erfüllung ihres Auftrages gefunden. Wörtlich fuhr der Präsident fort:

„20 000 Grundlehrgänge mit über 300 000 sowie weitergehende Lehrgänge mit 60 000 Teilnehmern pro Jahr sprechen eine beredete Sprache. Wenn diese Veranstaltungen auch keine aufwendige Demonstration mit umfangreichem technischem Gerät darstellen, so vermitteln sie doch fundamentales Fachwissen für die Selbsthilfe, welches durch Diskussion noch vertieft wird.“

Eine Fülle von Veranstaltungen mit 500 000 Teilnehmern jährlich, 220 Zivilschutzseminare für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Tagungen mit rd. 5000 Teilnehmern im Jahre 1976 und verschiedene Ausstellungen mit über 3 Mio. Besuchern, ebenfalls 1976, sind sichtbarer Beweis für die Intensität der Öffentlichkeitsarbeit.

Presseveröffentlichungen in einer stets wachsenden Auflagenhöhe –1977 werden es über 100 Mio. sein – zeigen, daß die Presse auch unpopuläre Themen in erheblichem Umfang aufgreift; eine Tatsache, die letztlich zu einer Veränderung der öffentlichen Meinung und zur positiven Einstellung des Bür-



gers gegenüber dem Zivilschutz geführt hat.

Sicherlich ist diese Aufzählung imponierend, doch möchte ich keinesfalls unerwähnt lassen, daß Sie, meine lieben Mitarbeiter, in vielen Fällen erst durch Ihre Initiativen die Voraussetzungen für diese Leistungen geschaffen haben."

Präsident Kuhn, der seit über 14 Jahren ehrenamtlicher Sprecher des Bundesverbandes für den Selbstschutz ist, sparte auch nicht mit kritischen Bemerkungen. Er wies darauf hin, daß insbesondere strukturelle Veränderungen, die der Verband nicht zu beeinflussen vermochte, viele dienstliche und menschliche Probleme gebracht und viel guten Willen zerschlagen hätten. Präsident Kuhn, dessen Ausführungen ein klares Bekenntnis zur Selbstschutz-Idee waren, machte aber allen Helfern und Mitarbeitern Mut, indem er seine Ansprache mit folgenden Worten schloß:

„Dieser Rückblick sollte aber keinesfalls Grund sein, der Vergangenheit nachzutruern. Sie haben – und das ist wohl das Entscheidende –, diesem Verband bisher die Treue gehalten, trotz verschiedener Ereignisse, die unsere Arbeit erschwerten, trotz vieler Schwierigkeiten und Probleme, die auch heute noch bestehen.

Sie haben dem Bürger umfassende Informationen über die Zusammenhänge: Zivilverteidigung, Zivilschutz bis hin zum Selbstschutz vermittelt und dazu beigetragen, Vorurteile abzubauen.

Ich glaube, daß diese Leistungen durchaus berechtigen, die Forderung zu stellen, daß mit diesem Verband

und in diesem – in unserem „Bundesverband für den Selbstschutz“ – endlich Ruhe einkehrt und der Verunsicherung auch im existenziellen Bereich ein Ende bereitet wird.

Es wird jetzt die Aufgabe unserer Politiker sein, den Standort des BVS mit seiner bisherigen Aufgabenstellung fest in unserer Gesellschaft zu verankern; eine Forderung, die zweifelsohne auch reale Hintergründe hat.

Sie – meine lieben Mitarbeiter – bitte ich, nicht nachzulassen, die Idee und die Notwendigkeit des Selbstschutzes in unserem demokratischen Gemeinwesen zu propagieren und ihre Aufgabe trotz aller Schwierigkeiten freudig zu erfüllen."

Als sichtbaren Ausdruck des Dankes für besondere Verdienste um die Aufgaben des Bundesverbandes für den Selbstschutz verlieh Präsident Kuhn zehn Helferinnen und Helfern – je einer oder einem aus jeder BVS-Landesstelle – die Ehrennadel des Verbandes.

Dank und Anerkennung

Als Sprecher aller ausländischen Delegationen ergriff der Präsident des Österreichischen Zivilschutz-Verbandes (ÖZSV), Abg. zum Nationalrat a. D., Wilhelm Kindl, das Wort. Er gratulierte dem BVS zu seinem 25jährigen Bestehen, hob die guten Beziehungen des Verbandes, insbesondere zum ÖZSV, hervor und wies auf die jahrelange gute Zusammenarbeit hin, bei der der BVS den ÖZSV vielfältig unterstützt habe.

Links: Staunen und Bewunderung rief bei Helfern und Gästen die im Foyer des Eurogress-Zentrums zum erstmalig gezeigte Ausstellung mit Originalen aus dem Kinder-Malwettbewerb des BVS hervor.

In Anerkennung der besonderen Verdienste um den ÖZSV zeichnete Präsident Kindl den Präsidenten des BVS, Kuhn, sowie den Direktor des BVS, Franke, mit der goldenen Verdienstmedaille des Österreichischen Zivilschutz-Verbandes aus.

Unterhaltungs- und Tanzabend

Nach Beendigung des offiziellen Teils und nach einem gemeinsamen Abendessen fand im großen Saal des Eurogress-Zentrums ein Unterhaltungs- und Tanzabend statt. Ein gut ausgewogenes Programm riß Helfer und Gäste zu wahren Beifallsstürmen hin. Ab 23 Uhr spielte die „Big Band“ des Bundesgrenzschutzes zum Tanz auf. Wer nicht tanzen wollte, hatte nun wieder Gelegenheit, sich im Foyer mit Freunden zu treffen und zu unterhalten oder sich die hier zum erstmalig gezeigte Tafelausstellung aus dem BVS-Kinder-Malwettbewerb anzusehen. Bei den Gästen fanden die im Foyer ausgelegten Exemplare des ZS-MAGAZIN Nr. 10/77 mit dem ausführlichen Beitrag über die 25jährige Entwicklungsgeschichte des BVS reges Interesse.

Kurs halten!

Zieht man ein Fazit aus den Reden und Gesprächen dieses Tages, so kommt man zu der Auffassung, daß der Bundesverband für den Selbstschutz in der Vergangenheit zwar einige Male zwangsläufig den Kurs wechseln mußte, daß dieser Kurs aber nie falsch war. Immer war es das Ziel, der Bevölkerung zu verdeutlichen, daß der Selbstschutz und die freiwillig getroffenen Vorkehrungen der Bürger die Grundlagen aller staatlichen Vorsorgemaßnahmen sind. Behält der Bundesverband für den Selbstschutz das ihm vom Gesetzgeber vorgezeichnete Ziel vor Augen und verfolgt er die ihm übertragenen Aufgaben trotz gelegentlicher Anfeindungen so konsequent wie bisher, ist er auf einem guten Kurs in die nächsten 25 Jahre.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad-Godesberg, ist bei der

BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK

Landesverband Baden-Württemberg
in Stuttgart

die Stelle eines

HILFSSACHBEARBEITERS

(männlich oder weiblich) zum 1. Januar 1978 mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet einem Angestellten Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe VI b (sechs b) BAT. Dem Hilfssachbearbeiter im Hauptsachgebiet Verwaltung bei der Dienststelle des Landesbeauftragten für Baden-Württemberg obliegt die Führung der HÜL; Abrechnung von Trennungsgeld und Reisekosten; Verwaltung der Ausstattung; Abrechnung von Einsätzen und wirtschaftlichen Leistungen sowie die Einteilung der Kraftfahrer bei der Dienststelle des Landesbeauftragten.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen verwaltungs- oder kaufmännischen Ausbildung (möglichst mit Befähigung für den mittleren Verwaltungsdienst) und langjährige Bürotätigkeit, vorzugsweise im öffentlichen Dienst.

Bewerber müssen nachweisbar in der Lage sein, die oben angegebenen Aufgaben wahrzunehmen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **30. November 1977** unter Angabe der **Kennzahl 375** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist baldmöglichst die Stelle eines

Mitarbeiters in der Redaktion zu besetzen.

Der Verband gibt im Auftrage des Bundesministeriums des Innern die monatlich erscheinende Fachzeitschrift „ZS-MAGAZIN“ mit einer Auflage von rund 90 000 Exemplaren heraus. Für die Redaktion wird ein Mitarbeiter gesucht, der die Berichterstattung über die an dieser Zeitschrift mitwirkenden Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes koordiniert, gewissenhaft redigiert und Korrektur liest, die Termine für die Redaktion und die Herstellung überwacht sowie die Druckunterlagen einschließlich der Bildvorlagen sammelt und sichtet. Grundkenntnisse über den Bereich des Katastrophen- und Selbstschutzes sind erwünscht, aber nicht Bedingung. Fehlendes Fachwissen wird vermittelt.

Geboten wird eine Vergütung bis Vergütungsgruppe IV a BAT, zusätzliche Altersversorgung, Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung nach den gesetzlichen Bestimmungen, Beihilfen in Krankheits- und Unterstützung in Notfällen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit, beglaubigten Zeugnisabschriften, Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen sind bis zum **31. Dezember 1977** zu richten an

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
– Bundeshauptstelle –
EUPENER STRASSE 74, 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anfrage übersandt.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist beim

LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR NIEDERSACHSEN

in Hannover

der BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK

die Stelle des

Sachbearbeiters für Öffentlichkeitsarbeit

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe IV a (vier a) BAT.

Dem Sachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit obliegt in enger Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten die Darstellung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in der Öffentlichkeit. Dazu gehören die Kontaktpflege zu Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film, die Beobachtung der Publikationsorgane und die Auswertung ihrer das THW betreffenden Veröffentlichungen sowie die Verbindungen zu Behörden, Organisationen und Verbänden.

Ferner ist die Öffentlichkeitsarbeit der Ortsverbände zu initiieren und zu unterstützen.

Der Mitarbeiter muß Veröffentlichungen erarbeiten, das Informationsmaterial zusammenstellen, Ausstellungen durchführen sowie das Presse- und Bildarchiv des Landesverbandes Niedersachsen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk betreuen können. Gesucht wird ein Mitarbeiter mit journalistischen Fähigkeiten, der möglichst auch eine kaufmännische oder verwaltungsmäßige Ausbildung besitzt und der nachweisbar in der Lage ist, die beschriebenen Aufgaben zu erfüllen.

Organisatorische Befähigung und Bereitschaft für die in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation auftretenden Belange werden vorausgesetzt.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **30. November 1977** unter Angabe der **Kennzahl 376** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

Wechsel in der Leitung des THW

Ein neuer Abschnitt beginnt

Hermann Ahrens folgte Hans Zielinski im Amt des THW-Direktors und Vizepräsidenten des BZS

Anlässlich der Verabschiedung des Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, und der Amtseinführung seines Nachfolgers, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, waren rund 750 Gäste aus nah und fern nach Bad Godesberg gekommen, vor allem zahlreiche Vertreter der Katastrophenschutzorganisationen.

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, konnte erfreut feststellen, daß neben einer Reihe von Parlamentariern der Bundesebene, des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Bonn auch Repräsentanten der Länder und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen seiner Einladung gefolgt waren.

Mehr als eine interne Angelegenheit

In seiner Begrüßungsansprache ging Kolb auf die Aufgabenstellung des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) ein. Er betonte, daß die Verabschiedung von Vizepräsident Zielinski weit mehr als ein Verwaltungsin-ternum sei. Die Aufgabenstellung des BZS ginge, was die Kompetenz und die Vielfalt anbetraf, weit über die normaler Bundesoberbehörden hinaus.

Gemäß Artikel 87 B Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland seien dem BZS durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und das Zivilschutzgesetz ministerielle Weisungsrechte sowie die Befugnis zum Erlaß



Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, begrüßte die rund 750 Gäste, die zu der Veranstaltung aus Anlaß des Wechsels in der Leitung des THW nach Bad Godesberg gekommen waren.



Abschied vom Amt des Direktors des THW und des Vizepräsidenten des BZS: Dipl.-Ing. Hans Zielinski, ausgezeichnet mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und dem Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold.

allgemeiner Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung übertragen. Damit sei das Bundesamt ein wichtiger Partner für jene, „die es nahezu auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unternehmen, den humanitären Zivilschutz zu verwirklichen.“ Mit dieser Kompetenz, sagte der Präsident, sei aber auch der Belastungskoeffizient des Amtes umschrieben. Man werde seinen Standort im Bereich der Exekutive angesichts der Fülle unvermeidbar regelungsbedürftiger Angelegenheiten im Notstandsfall als „konfliktträchtig“ zu umschreiben haben. Dennoch, so hob Dr. Kolb hervor, hätten die Reibungsverluste bislang gering gehalten werden können.

Effektivität und Ansehen gemehrt

Unter solchen Bedingungen sei ein Personenwechsel im Amt des Vizepräsidenten von großer Bedeutung, zumal der Amtsinhaber nicht nur für die sehr umfangreiche Generalaufgabe der angewandten Technik und Naturwissenschaft im Zivilschutz zuständig, sondern zugleich als Direktor des THW der „Vormann“ einer Katastrophenschutzorganisation mit rund 70 000 freiwilligen Helfern sei. Der Vorzug, bereits an über 600 Orten mit seinen Helfern vertreten zu sein – ein raumumfassendes Zuhause zu haben – werde mehr als wettgemacht durch die Last, diese Organisation mit Hilfe von nur etwa 700 hauptamtlich Bediensteten in Bewegung zu halten. Dem scheidenden Vizeprä-

sidenten Hans Zielinski könne deshalb kaum genug dafür gedankt werden, daß er während der zwölf Jahre, in denen er für die Geschicke des THW verantwortlich gewesen sei, trotz des Wechsels in der Konzeption des Zivilschutzes im Jahre 1968 und des dadurch notwendig werdenden Gestaltwandels des THW, dessen Effektivität und Ansehen ständig zu mehren gewußt habe.

Würdigung der Verdienste des scheidenden Direktors

Anschließend ergriff der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Andreas von Schoeler, das Wort. Er überbrachte die Grüße des bedauerlicherweise verhinderten Bundesministers des Innern, Professor Dr. Werner Maihofer, und würdigte die Leistungen des scheidenden THW-Direktors Zielinski. Wörtlich sagte er: „Obwohl Ihnen das Abschiednehmen sicher nicht leicht fällt, können Sie es dennoch in dem stolzen Bewußtsein tun, das Technische Hilfswerk nachhaltig geprägt, es an einen hohen Leistungsstand herangeführt zu haben, der dieser Organisation in der Bundesrepublik Deutschland und über die Grenzen unseres Landes hinaus Achtung, Anerkennung und Respekt eingetragen hat.“

Ich möchte hier nur beispielhaft einige der zahlreichen THW-Einsätze der letzten Zeit aufzählen, die unter ihrer Leitung erfolgreich durchgeführt werden konnten. Wir erinnern uns noch deutlich an die hervorragenden Leistungen Ihrer Männer während der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen 1975, bei der großen Sturmflut, die Anfang 1976 im norddeutschen Küstenbereich verheerende Schäden anrichtete, beim Bruch des Elbe-Seiten-Kanals, und nicht zuletzt bei der Dürrekatastrophe im



Der Nachfolger im Amt des THW-Direktors und BZS-Vizepräsidenten: Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, bisher Leiter der Berufsfeuerwehr Wuppertal.



Verabschiedung und Amtseinführung in Bad Godesberg. Unser Foto zeigt von rechts: Hermann Ahrens, Dr. Paul Wilhelm Kolb, Parl. Staatssekretär Andreas von Schoeler, Hans Zielinski, Frau Zielinski.



750 Gäste hatten sich zu der Veranstaltung des Bundesamtes eingefunden.

Sommer desselben Jahres. Ebenso hat das Technische Hilfswerk bei Auslandseinsätzen seine Bewährungsprobe bravourös bestanden. Im Rahmen der humanitären Auslandshilfe waren der

Direktor des THW und seine ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter stets zur Stelle, wenn es galt, Menschen in Not zu helfen, sei es beim Fahrenbau im Tschad 1974, bei der Be-

kämpfung der Überschwemmung in Honduras 1974, oder beim Straßen- und Brückenbau in Äthiopien und Ruanda 1975, um auch hier nur einige markante Beispiele zu nennen.

Diese großen Leistungen sind nur möglich, wenn Führung und Mannschaft bilden, die von der Idee der Humanität erfüllt und jederzeit bereit ist, aktiv und selbstlos Hilfe zu leisten.

Sie, lieber Herr Zielinski, haben an diesen beeindruckenden Erfolgen des Technischen Hilfswerkes durch Ihre beharrliche und verständnisvolle Art maßgeblichen Anteil gehabt. Hierfür gebührt Ihnen Dank und Anerkennung.“

Als äußeres Zeichen dieser Anerkennung überreichte Staatssekretär von Schoeler Vizepräsident Zielinski das ihm in Würdigung seiner Verdienste vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Einführung des Nachfolgers

Auf die Person des Nachfolgers eingehend erklärte von Schoeler, er freue sich, daß mit Herrn Ahrens wieder ein Praktiker die Leitung des Technischen Hilfswerkes übernehme, der sich darüber hinaus auch als Verbandspolitiker mit Erfolg engagiert habe. Der Parlamentarische Staatssekretär beglückwünschte Hermann Ahrens und führte ihn in sein neues Amt ein. Dabei sagte er weiter, die Aufgabe des neuen Direktors des Technischen Hilfswerkes sei es, den Leistungsstand der Organisation kontinuierlich den aktuellen Bedürfnissen anzupassen, die Motivation der freiwilligen, ehrenamtlichen Helfer immer wieder aufs neue anzuregen, das Ansehen des THW nach außen zu fördern

und für eine Zusammenarbeit mit den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen zu sorgen.

Dank der Helfer

Namens der gesamten Helferschaft des Technischen Hilfswerkes übermittelte Bundessprecher Peter Merck dem scheidenden THW-Direktor Zielinski Dank und Grüße. Merck führte aus, daß Zielinski die Organisation Technisches Hilfswerk in langen Jahren mit großer Umsicht geleitet und sie maßgeblich geprägt habe. Daher bliebe sein Name immer mit der Geschichte des THW verbunden. Neben der Verbesserung der Ausstattung des THW und dessen besserer Unterbringung in den einzelnen Ortsverbänden sei der Aufwärtsweg der Organisation mit einer Fülle von positiven Einzelmaßnahmen verbunden. Als Beispiel sei nur die Helfervertretung genannt, die ihre Bewährungsprobe bestanden habe. Wörtlich sagte Merck in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Helfervertretung: „Sie haben ein Element des Verstehens, ja, der Menschlichkeit in diese Zusammenarbeit hineingetragen, das von allen, die es erleben konnten, als fortschrittlich und zukunftsorientiert empfunden worden ist.“

Grüße der Bundesländer

Als Vertreter der Bundesländer überbrachte Ministerialdirigent Kurt Knop die Grüße und besten Wünsche von Dr. Hirsch, dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, zur Zeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz. In seinem Grußwort ging er auf die Bedeutung des THW im Bundesland Nordrhein-Westfalen ein und betonte, daß diese Organisation mit ihren vielen freiwilligen Helfern durchaus als eine



Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Andreas von Schoeler, stellte in seiner Rede die Schwerpunkte des Programms zu Konsolidierung des Bereichs zivile Verteidigung heraus.



Von Schoeler überreichte dem scheidenden THW-Direktor das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.



Ehrung des bisherigen THW-Direktors durch den Deutschen Feuerwehrverband: Präsident Bürger zeichnete Zielinski mit dem Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold aus.

Bürgerinitiative zum Schutz der Mitmenschen vor großen Gefahren zu verstehen sei. In Nordrhein-Westfalen gebe es allein 192 000 vorwiegend jüngere Helfer in solchen Organisationen

mit dem Charakter von Bürgerinitiativen zur Unterstützung der Bemühungen der Kommunen, der Länder und des Bundes, die Bürger vor Unglück und Gefahr zu bewahren. Knop er-

wähnte auch die von hohem Idealismus getragene Opferbereitschaft der Helfer und wies auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Freiwilligkeit hin. So sei für Nordrhein-Westfalen errechnet worden, daß ein hauptamtlicher Helfer rund 35 000 DM koste, für einen ehrenamtlich tätigen Helfer jedoch nur etwa 350 DM pro Jahr aufgewendet zu werden brauchten. Daher sei ein Katastrophenschutz ohne Freiwillige überhaupt nicht zu bezahlen.

DFV-Präsident verlieh Ehrenkreuz

Als höchster Repräsentant der nahezu eine Million Mitglieder zählenden Feuerwehren dankte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Albert Bürger, seinem THW-Kameraden Zielinski für sein erfolgreiches Bemühen um gute Zusammenarbeit, die nicht nur in dem von Bundesinnenminister Maihofer angeregten gemeinsamen Ausschuß THW/Feuerwehren positiv zum Ausdruck gekommen sei. In Würdigung und Anerkennung seiner Verdienste um das Gemeinsame der beiden Hilfsorganisationen verlieh Präsident Bürger dem THW-Direktor das Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold. Er hieß den neuen THW-Direktor Ahrens in seinem Amt herzlich willkommen und bedauerte gleichzeitig dessen Weggang als Leiter der Berufsfeuerwehr Wuppertal, da die Feuerwehren wirklich gute Führungskräfte keineswegs im Überfluß hätten.

Stellvertretend für die drei Sanitäts-Organisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser-Hilfsdienst (MHD) dankte der Bundesgeschäftsführer der JUH, Dietrich Willikens, seinem bisherigen, stets hilfsbereiten Partner Zielinski, der es verstanden habe, zwischen den Organisationen eine solide Brücke zu bauen.



Worte zum
Abschied:
THW-Bundes-
sprecher Merck.



Roderich Lütt-
gen, Abtei-
lungsleiter
Katastrophen-
schutz beim
DRK.



Ministerialdiri-
gent Knop,
Innenministe-
rium NRW.



Für die Perso-
nalvertretungen
des BZS: Regie-
rungsdirektor
Gottwald.



DFV-Präsident
Bürger.



Dr. Maske,
Abteilungsleiter
Warndienst
beim BZS.



Für ASB, JUH
und MHD:
JUH-Bundesge-
schäftsführer
Willikens.



Sprecher der
THW-Landes-
verbände: Lan-
desbeauftragter
Schneider.

Für das Deutsche Rote Kreuz dankte Roderich Lüttgen, Abteilungsleiter Katastrophenschutz im DRK-Präsidium, Vizepräsident Zielinski ebenfalls für kameradschaftliche Hilfe und kollegiales Verständnis. Hiernach richteten Regierungsdirektor Dietrich Gottwald für die Personalvertretungen des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. August Jürgen Maske für die Helfer und die Leitung des Warn-

dienstes und der THW-Landesbeauftragte Schneider im Namen aller THW-Landesverbände weitere Dankesworte an Vizepräsident Zielinski und wünschten seinem Nachfolger Ahrens viel Erfolg in seinem Amt.

Amtsübergabe an Hermann Ahrens

Gewissermaßen als letzte Amtshandlung übergab Hans Zielinski die Leitung

des Technischen Hilfswerks an seinen Nachfolger Hermann Ahrens und bedankte sich bei den Katastrophenschutzorganisationen sowie bei den Bundesländern für die vielfältige Unterstützung und Förderung des THW im Verlauf seiner langen Amtszeit.

Mit einem Rückblick auf die vergangenen rund zwölfjährig Jahre sagte Zielinski, es sei eine insgesamt schwere Zeit für die

Organisation gewesen, deren Anfangsphase durch ihren Gründer Otto Lumitzsch geprägt war und bereits große Erfolge aufzuweisen gehabt habe. Für den weiteren Aufbau habe es dann vielfach am notwendigen Geld gefehlt, und so habe man sich häufig mit Improvisation begnügen müssen, entsprechend dem Motto: Not macht erfinderisch. Eine Besserung sei eigentlich

erst in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen, nachdem eine Reihe moderner, ansprechender Unterkünfte geschaffen werden konnte und auch die Ausstattung umfangreicher und zweckmäßiger geworden sei.

Die Aufbauarbeit des THW, die Einsatzbereitschaft und das Können der Helfer in Verbindung mit fortgesetzter Förderung durch amtliche Stellen und Private hätten, so erklärte Zielinski, bei unzähligen Einsätzen Früchte getragen. Außerdem sei das THW ja nicht nur im Inland eingesetzt gewesen, sondern habe sich auch im Ausland bewähren können. Mehr als 35 Auslandseinsätze hätten das THW im Westen bis nach Peru, im Süden bis nach Ruanda in Afrika, im Osten bis nach Ost-Pakistan gebracht. In jedem Fall hätten die THW-Helfer Not lindern und durch Bergung, Instandsetzung, Bau von Brücken und Brunnen, von Straßen und Fähren, durch Sprengen oder die Aufbereitung von Trinkwasser helfen können. Dies alles sei mit der Grund für einen Ausspruch von Bundesinnenminister Professor Maihofer anlässlich einer Unterkunftseinweihung: Das THW sei ein unverzichtbarer Be-

standteil des Katastrophenschutzes – und werde es bleiben.

Zielinski fragte dann, was es besonderes an dem Helfer gebe, und er antwortete – frei übersetzt – mit Antoine de Saint-Exupéry aus dessen Buch „Terre des hommes“: „Nothelfer sein heißt, Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen fühlen, für andere da zu sein und den inneren Auftrag haben, wo immer es geht, den anderen aus seiner Notlage zu befreien. Nothelfer sind Bausteine, die sich selbst hingeben für den Bau einer besseren Zukunft für unsere Gemeinschaft.“

Für diesen Weg in die Zukunft sagte Hans Zielinski dem THW und seinen Helfern ein herzliches Glückauf.

Miteinander ist oberstes Gebot

Als letzter Redner ergriff der neue Chef des Technischen Hilfswerks und Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hermann Ahrens, das Wort. Er sagte, die Arbeit all jener, die mit ihm tätig seien, müsse stets auf eine Stärkung und Unterstützung des ehrenamtlichen Elementes ausgerichtet sein. Im übrigen sei für



Das Motto des THW: „Im Dienst der Humanität“.

ihn das Miteinander oberstes Gebot. Und dies gelte nicht nur für das Verhältnis des BZS zu den Ländern, sondern in gleicher Weise für das Verhältnis des THW zu den Feuerwehren. Das Miteinander erfordere das gemeinsame Ringen um den besten Weg.

Zum Wohle des Bürgers

Präsident Kolb gab abschließend seiner Freude

darüber Ausdruck, daß es trotz der Schwierigkeit der Materie so viel Solidarität im Grundsätzlichen gebe. Deshalb sei die Bilanz dieser wichtigen Veranstaltung eine ermutigende und keine frustrierende. Es habe sich gezeigt, daß die Denksätze und die Zielvorstellungen in eine Richtung gingen, die es ermöglichen werde, auch in einer Zeit finanzieller Enge Erfolge zum Wohle des Bürgers zu haben.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sucht zum 1. Januar 1978

einen Dienststellenleiter

für die BVS-Dienststelle Münster (BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen).

Bewerber sollten sich dynamische Persönlichkeiten mit möglichst langjähriger Mitarbeit und Erfahrung im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen.

Kenntnisse auf dem Gebiet der allgemeinen und inneren Verwaltung sind erwünscht.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Geboten werden: Vergütung nach Vergütungsgruppe IV a BAT, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe in Krankheits- und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum **15. Dezember 1977** zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ

– Bundeshauptstelle –

EUPENER STRASSE 74, 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich beim Bundesverband für den Selbstschutz beschäftigten Bewerbern genügt formlose Bewerbung.

Staatssekretär Andreas von Schoeler:

„Durch leistungsstarkes System der Ausbildung eine integrationsfördernde Klammer schaffen“

Beabsichtigte Maßnahmen des Bundes zur Konsolidierung des Katastrophenschutzes

Anlässlich der Verabschiedung des bisherigen THW-Direktors und Vizepräsidenten des THW, Zielinski, sowie der Amtseinführung seines Nachfolgers Hermann Ahrens ging der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Andreas von Schoeler, vor 750 Fachleuten und Helfern der Katastrophenschutz-Organisationen auf die Leitgedanken der von der Bundesregierung angestrebten Neuordnung des Katastrophenschutzes – die der Konsolidierung dieses Bereichs dienen soll – ausführlich ein. Nachstehend die – geringfügig gekürzten – Ausführungen des Staatssekretärs:

„Die Bundesregierung hält den Zeitpunkt für gekommen, das mit dem Katastrophenschutzgesetz im Jahre 1968 geschaffene einheitliche Hilfeleistungsinstrument von Bund, Ländern, Kommunen und Katastrophenschutz-Organisationen einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

Leistungsstark und praxisnah

Die Bundesregierung will sicherstellen, daß dieses Instrument in seiner Zielsetzung den aktuellen Bedürfnissen entspricht, auch künftig die personellen, materiellen und organisatorischen Voraussetzungen für einen leistungsstarken Einsatz gegeben sind, die Administration dieses Instruments praxisnah und einfach ist und sich schließlich die Sachplanung im Rahmen des finanziell Machbaren hält. . .

Die Einheitlichkeit des Katastrophenschutzes verlangt von allen Beteiligten, einen stabilen, alle friedenszeitlichen Bedürfnisse abdeckenden Katastrophenschutz in den Ländern auf- und auszubauen. Die auf den Verteidigungsfall bezogenen Maßnahmen des Bundes sind so zu ergänzen, daß sie sich in das vorhandene System sinnvoll integrieren und die vorrangigen Verteidigungsfall-Bedürfnisse sich schwerpunktmäßig befriedigen lassen.

Dabei dürfen wir nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß alle Anstrengungen zur Erreichung dessen, was sachlich geboten ist, begrenzt werden durch das, was finanziell mög-

lich ist. Die komplette Abdeckung des gesamten Risikospektrums wäre auch im Katastrophenschutz weder politisch noch sachlich vertretbar . . .

Ich bin überzeugt, daß eine wesentliche Leistungssteigerung des Katastrophenschutzes schon durch eine Reihe kostenneutraler Maßnahmen in den Bereichen der Leitung und Führung sowie der Organisation und Kommunikation zu erreichen ist . . .

Das Katastrophenschutzgesetz hat aus guten Gründen die Kreisstufe als Organisationsebene auch für den erweiterten Katastrophenschutz festgelegt. Für die Bewältigung der Gefahren- und Schadensabwehr im Verteidigungsfall ist es von entscheidender Bedeutung, daß gerade hier ein hochqualifizierter Leitungs- und Führungsapparat aus gut aufeinander eingespielten Fachleuten vorhanden ist. Dem muß eine leistungsstarke Organisation und ein reibungslos funktionierendes Kommunikationssystem zur Verfügung stehen.

Deshalb erscheint es mir besonders wichtig, eine klare Trennungslinie zwischen der Katastrophenschutzleitung und der Technischen Einsatzführung zu erreichen. In der Leitung muß der Sachverstand organisatorisch zusammengefaßt werden, der erforderlich ist, um im Ernstfall für den Hauptverwaltungsbeamten die entscheidungsrelevanten Informationen unverzüglich zu beschaffen, in Entscheidungsvorschläge umzusetzen, die Durchsetzung der Entscheidungen sicherzustellen und ihren Vollzug zu kontrollieren.

Demgegenüber sollte die Technische Einsatzführung allein und ausschließlich für die operativen Maßnahmen der Schadensbekämpfung vor Ort verantwortlich sein, daß heißt für den taktischen Einsatz der Hilfskräfte . . .

Die Bundesleistungen für den einheitlichen Katastrophenschutz sollen in Abstimmung mit den Ländern so eingesetzt werden, daß die vorrangigen, für den Verteidigungsfall spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt und organisatorisch sinnvoll in die vorhandenen Strukturen eingebunden werden. Dabei sollten wir uns von der Erkenntnis leiten lassen, daß die Pflicht zur

Orientierung an der mittelfristigen Finanzplanung eine Abkehr von der Vorhaltung friedenszeitlich präsenster, komplett ausgerüsteter und ausgebildeter Katastrophenschutzeinheiten und Einrichtungen in einer Personalstärke von 600 000 Helfern bedingt.

Es sollte vielmehr angestrebt werden, künftig den personellen Bestand erst im Spannungs- oder Verteidigungsfall je nach Bedarf aufzufüllen und die Ausstattung dafür durch Beorderung bereitzustellen. Dem liegt der Gedanke der Bildung von Kernmannschaften und Personalreserven zugrunde. Kerneinheiten könnten einmal so gebildet werden, daß aktive Helfer „auf Vorrat“ eine Führerschulung erhalten, um sie im Verteidigungsfall zur Führung von zusätzlich aufzustellenden Einheiten zu befähigen.

Wir müssen uns überlegen, ob in bestimmten Einheiten im Frieden nur Schlüsselpersonal vorgehalten werden kann, das dann im Ernstfall aus der Personalreserve ergänzt wird. Die Personalreserve sollte sich aus Helfern rekrutieren, die nach einer gewissen Dienstzeit in gerätebezogenen Einheiten in eine Zweit- oder Drittbesetzung überführt werden.

Eine Konsolidierung des Katastrophenschutzes durch derartige Strukturverbesserungen müssen Bund, Länder, Kommunen und Hilfsorganisationen durch materielle Beiträge noch zusätzlich verstärken.

In diesem Hilfsleistungssystem wird das Technische Hilfswerk den ihm nach seinem verfassungsmäßigen Auftrag und seiner Leistungskraft gebührenden Platz einnehmen. Es wird auch künftig Träger der Fachdienste „Bergung“ und „Instandsetzung“ bleiben. Dabei wird angestrebt, den Bergungsdienst um die Schwere Bergung zu erweitern. Denn wie die Erfahrungen aus den jüngsten Katastrophen gezeigt haben, ist gerade schweres Spezialgerät für den Katastrophenschutz unverzichtbar.

Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, die Aufgabenfelder des Technischen Hilfswerks so klar abzustecken und zu definieren, daß einerseits eine saubere Abgrenzung gegenüber anderen Fachdiensten gewährleistet ist, andererseits optimale Nutzungsmöglichkeiten für das THW-Potential im Frieden gegeben sind.

Hierher gehört die Prüfung der Frage, ob das Technische Hilfswerk organisatorisch so zu gliedern ist, daß es neben seiner bisherigen Verwendung im Katastrophenschutz der Kreisstufe bei Bedarf auch in Form von Bereit-

schaften auf regionaler Ebene eingesetzt werden kann.

Der überörtliche Einsatz erscheint mir deshalb zweckmäßig, weil dadurch das schwere Spezialgerät der Bergungsräumereitschaften intensiver und damit rationeller genutzt werden könnte . . .

In Friedenszeiten ist zwar eine Amtshilfe der Bundeswehr möglich, aber wegen des originären Auftrages der Bundeswehr müßte sie schon bei einer internationalen Krise ausbleiben, was verheerende Folgen haben könnte.

Eines der wichtigsten Ziele, die wir mit der Neuordnung verfolgen, ist die Behebung administrativer Beeinträchtigungen. Hierbei geht es darum, die Bundesauftragsverwaltung beim Katastrophenschutz gemäß ihrer Rechtsnatur als Landesverwaltung von allen sachlich nicht gebotenen Eingriffen des Bundes zu befreien, um Reibungsverluste zu vermeiden und die Bundesleistungen voll in das örtliche Hilfeleistungsnetz zu integrieren, sofern dies erforderlich ist.

Zum anderen halte ich eine administrative Entzerrung im Sinne einer Rückführung der Bundesaktivitäten in bundeseigene Verwaltung dort für sinnvoll, wo die spezifischen Bedürfnisse des Verteidigungsfalles im lokalen Hilfeleistungssystem keinen optimalen Rückhalt finden.

Für eine Fortführung in Bundesauftragsverwaltung erscheinen mir insbesondere die Sparten Brandschutz-, Sanitäts-, Betreuungs- und Fernmeldedienst sowie die Führungskomponente geeignet zu sein, weil hier bereits örtliche Kapazitäten und Organisationen vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang muß auch überlegt werden, ob und wie der Bundesbeitrag für diese Dienste durch ein vereinfachtes Finanzierungsverfahren rationeller gestaltet werden kann.

THW in bundeseigener Verwaltung

Auf der anderen Seite liegt es nach meiner Auffassung nahe, das Technische Hilfswerk insgesamt in bundeseigene Verwaltung zu übernehmen und die bisherige Aufspaltung in einen organisationseigenen und einen der Bundesauftragsverwaltung zugeordneten Teil aufzugeben. Dafür spricht die aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen angestrebte überörtliche Anbindung seiner Einheiten und eine zweckmäßige enge Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, vor allem im Ausstattungsbereich.

Ich bin überzeugt, daß die Vereinheitlichung der Verwaltung des Technischen Hilfswerks Übersichtlichkeit bringt, das Selbstverständnis der Organisation stärkt, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Helfer fördert und die Verwaltung erleichtert, die durch die sachlich nicht gebotene unterschiedliche haushaltmäßige Behandlung der beiden Teile des Technischen Hilfswerks erschwert wird.

Es besteht kein Anlaß zu der Befürchtung, daß hiermit zwangsläufig auch eine Herauslösung der auf der Kreisstufe integrierten Einheiten des Technischen Hilfswerks verbunden ist.

Dies ist schon deshalb nicht zu erwarten, weil bei allen Beteiligten eine Interessengleichheit in Bezug auf die Einbindung der operativen Komponente des THW in die Kreisebene besteht. Wir alle sind uns wohl einig in der Auffassung, daß das Engagement der freiwilligen Helfer des THW ebenso wie das der Angehörigen aller anderen Hilfsorganisationen in sehr starkem Maße ortsgebunden ist.

Mir liegt sehr daran, hier mit allem Nachdruck festzustellen, daß die Basisorganisation der THW-Ortsverbände keinesfalls angetastet werden soll. Ebenso sollen die Beziehungen zum Hauptverwaltungsbeamten nicht beeinträchtigt werden. Die organisatorische Zusammenfassung der THW-Einheiten auf der Bezirksebene wird keine Umverteilung der vorhandenen Einheiten nach sich ziehen. Sie verbleiben vielmehr an den derzeitigen Stationierungsorten und sollen dort wie bisher dem Hauptverwaltungsbeamten unterstehen, solange sie nicht als Bereitschaften vom Regierungspräsidenten zur schwerpunktmäßigen Bekämpfung großflächiger, die Kreisgrenzen überschreitender Schadensfälle eingesetzt werden.

Die Einheiten ständen im Frieden den Ländern und Kommunen auf Anforderung im Wege der Amtshilfe zur Verfügung, während sie im Spannungs- und Verteidigungsfall unmittelbar den Weisungen der jeweiligen Landes- und Kommunalbehörden unterstellt werden sollen.

Die Mitarbeit des THW im Katastrophenschutz der Kreisstufe kann mithin ohne Schwierigkeiten durch Vereinbarungen mit den Ländern erschöpfend geregelt werden . . .

Bei einer Novellierung des Katastrophenschutzgesetzes muß vor allem sichergestellt werden, daß im Verteidigungsfall genügend Personal für den Katastrophenschutz zur Verfügung steht, beziehungsweise herangezogen werden kann . . .

Nach der derzeitigen Rechtslage kann ein Helfer seine gegenüber einer Organisation abgegebene Verpflichtung zur Mitwirkung im Katastrophenschutz jederzeit wieder zurücknehmen, wenn er sich auf unbestimmte Zeit verpflichtet hat. Die hierdurch bedingten Schwierigkeiten sind durch die WIN-TEX-Übungen sehr klar aufgedeckt worden. Es wäre nun zu prüfen, ob die freiwillige Verpflichtung eines Helfers im Ernstfall in eine gesetzliche Dienstleistungspflicht umgewandelt werden müßte . . .

Schwerpunkte der Ausbildung

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zur Ausbildung im Katastrophenschutz sagen. Bund, Länder und Kommunen sind sich einig in der Auffassung, daß gerade der Ausbildung im Katastrophenschutz entscheidende Bedeutung beizumessen ist.

Die Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der Ausbildung sollten sich auf drei Schwerpunkte richten:

1. Orientierung der Ausbildung an aktualisierten Lernzielen und -inhalten für die Standort-, Landes- und Bundesebene.
2. Neuordnung der Organisation des Lehrbetriebes auf das modernere und wirtschaftlichere Fachlehrersystem.
3. Konzentration der vorhandenen Ausbildungskapazitäten mit dem Ziel, Schulen zu schaffen, die in Größe, Leistungsniveau und Einzugsbereich in etwa vergleichbar sind.

Die Ausbildung muß vor allem auch auf Leitungs- und Führungskräfte zugeschnitten sein . . .

Die zunehmende Anspannung der Haushaltslage der öffentlichen Hände in den letzten Jahren hat im Katastrophenschutz zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund, Ländern und Katastrophenschutz-Organisationen geführt. Um so wichtiger erscheint es daher, daß der Bund durch ein leistungsstarkes System der theoretischen und praktischen Ausbildung eine alle Beteiligten umfassende integrationsfördernde Klammer schafft.

Nachdem das Bundeskabinett am 6. Juli 1977 die Eckdaten der Neuordnung des Katastrophenschutzes beschlossen hat, sollten wir alle in gemeinsamen Anstrengungen die Voraussetzungen dafür schaffen. Die gute Zusammenarbeit in der Vergangenheit läßt mich hoffen, daß wir unsere Aktivitäten im Katastrophenschutz zum Wohle unserer Mitbürger bald verstärkt fortsetzen können."

Niedersachsens Innenminister Rötger Groß:

Schutzraumbau in Niedersachsen muß verstärkt werden

Antwort auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Landtagsabgeordneten Rau

Der Bau von öffentlichen und privaten Schutzräumen, der im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz zum Schutz der Zivilbevölkerung vom Bund geregelt wird, muß verstärkt werden. Zu dieser Auffassung kommt der niedersächsische Innenminister Rötger Groß (F.D.P.) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des F.D.P.-Landtagsabgeordneten Rau. Wie aus der Antwort des Innenministers hervorgeht, stehen für 1977 die Ausgaben der zivilen Verteidigung zu denen der militärischen Verteidigung im Verhältnis 1:60. Nach den Worten des Innenministers rechtfertigen sich die Ausgaben für die militärische Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland aus dem sicherheitspolitischen Ziel, Freiheit, Unabhängigkeit und Unversehrtheit zu erhalten. Allerdings sei die Landesregierung in Übereinstimmung mit den übrigen Bundesländern der Meinung, daß zwischen den Ausgaben für die militärische und zivile Verteidigung ein ausgewogeneres Verhältnis hergestellt werden müsse, das heißt, daß die Ansätze für die Zivilverteidigung im Bundeshaushalt erhöht werden müßten. Die Zivilverteidigung sei ein untrennbarer und unverzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung. „Versäumnisse in einem Teilbereich beeinträchtigen die Glaubhaftigkeit des Gesamtkonzepts“, meinte der Innenminister in seiner Antwort.

Der F.D.P.-Abgeordnete hatte die Landesregierung gefragt:

„Die zivile Verteidigung ist ein Teil der Gesamtverteidigung und hat u. a. die Aufgabe, durch Zivilschutzmaßnahmen die Bevölkerung sowie lebens- und verteidigungswichtige Einrichtungen und Betriebe vor Kriegseinwirkungen zu schützen. Zum Zivilschutz gehört neben dem Warn- und Alarmdienst auch der Schutzraumbau. Der Schutzraumbau ist jedoch, wie verschiedenen Presseveröffentlichungen in der Vergangenheit zu entnehmen war, vernachlässigt worden und unzureichend.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie ist das Verhältnis öffentlicher Ausgaben für zivile und militärische

Verteidigung (absolut und in v. H.)?

2. Welche Ausgaben werden jährlich für den Bau und die Unterhaltung von Schutzräumen durch Private und durch die öffentliche Hand in Niedersachsen getätigt?

3. Für welche Anzahl von Bürgern stehen in Niedersachsen Schutzräume zur Verfügung?

4. Welches sind die Vergleichszahlen für Schutzräume in anderen west-, ost- und außereuropäischen Ländern?

5. Reichen die Zivilverteidigungsmaßnahmen, insbesondere der Schutzraumbau aus, die Ausgaben für die militärische Verteidigungsvorsorge zu rechtfertigen und die militärische Verteidigung im Ernstfall ihre Aufgabe optimal erfüllen zu lassen?

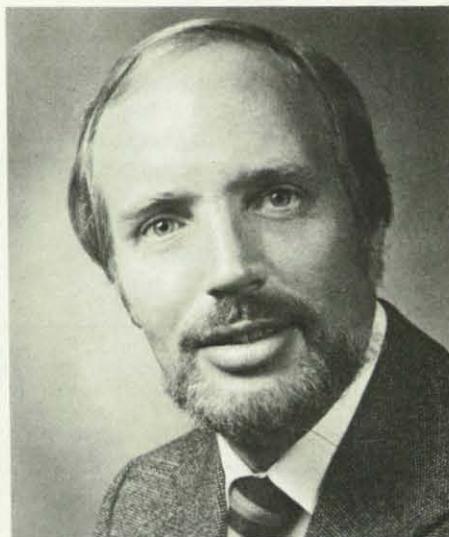
6. Muß in Niedersachsen der Schutzraumbau verstärkt werden?

7. Könnte durch verstärkten Schutzraumbau eine bessere Auslastung der Bauwirtschaft und eine Verringerung der Arbeitslosenquote – ähnlich wie beim Straßenbau und bei anderen Infrastrukturmaßnahmen – erreicht werden?

8. Besteht die Absicht, im Bund und im Lande eine stärkere Förderung des Schutzraumbaus auch im Rahmen von Konjunkturprogrammen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen?''

Innenminister Rötger Groß beantwortete die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Nach Artikel 73 Nr. 1 GG hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebung über die Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung. Die Länder führen die auf diesem Gebiet ergehenden Bundesgesetze und die dazu von der Bundesregierung zu erlassenden allgemeinen Verwaltungsvorschriften im Auftrage des Bundes nach den Weisungen der zuständigen Bundesbehörden aus (Art. 85, 87b Abs. 2 GG). Im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz zum Schutz der Zivilbevölkerung hat der Bund auch den Bau von öffentlichen und privaten Schutzräumen zu regeln. Das ist erstmalig in dem Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. 10. 1957 (BGBl. I S. 1696) geschehen. Die in dem Gesetz enthaltenen Vorschriften über die Pflicht zum Bau von privaten Schutzräumen, die im einzelnen durch Rechtsverordnung der zuständigen Bundesministerien geregelt werden sollte, sollten durch ein besonderes Gesetz bis zum 1. Januar 1959 in Kraft gesetzt werden. Ein solches Gesetz wurde jedoch nicht erlassen. Im Bereich des öffentlichen Schutzraumbaus sah das Gesetz vom 9. 10. 1957 eine Verpflichtung der Gemeinden vor, auf Kosten des Bundes aus dem



Peter-Jürgen Rau (F.D.P.-MdL).



Innenminister Rötger Groß (F.D.P.).

letzten Weltkrieg vorhandene öffentliche Schutzräume instand zu setzen sowie neue zu errichten.

Durch das Gesetz über bauliche Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung vom 9. 9. 1965 (BGBl. I S. 1235) wurden die den Schutzraumbau betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 9. 10. 1957 aufgehoben und durch neue Vorschriften über eine umfassende Pflicht zum Bau von Schutzräumen im privaten wie im öffentlichen Bereich ersetzt. Jedoch auch diese Vorschriften sind nicht in Kraft getreten. Sie wurden zunächst durch das Haushaltssicherungsgesetz vom 25. 12. 1965 (BGBl. I S. 2065) in ihrem zum 1. 7. 1966 vorgesehenen Inkrafttreten auf den 1. 7. 1968 hinausgeschoben. Das Finanzänderungsgesetz vom 21. 12. 1967 (BGBl. I S. 1259) hat das Inkrafttreten dann schließlich auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Trotz dieser Rechtslage hat der Bund versucht, den Bau von öffentlichen wie privaten Schutzräumen in Gang zu bringen. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde eine beschränkte Anzahl öffentlicher Schutzbunker aus dem letzten Weltkrieg instand gesetzt, davon 9 Objekte in Niedersachsen. Eine größere Anzahl weiterer derartiger Schutzbunker wurde Anfang der sechziger Jahre für einen kurzzeitigen Aufenthalt durch Sofortmaßnahmen nutzbar gemacht. Niedersachsen war dabei mit 96 Objekten beteiligt. Diese Baumaßnahmen erfolgten also teilweise auf rein administrativer Grundlage. Weiter erließ der Bund Verfahrensregeln für auf vertraglicher Basis zwischen Bund und Bauträgern mit Bundesmitteln zu errichtende öffentliche Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen Verkehrsanlagen (sog. Mehrzweckanlagen). In Niedersachsen wurden 3 Objekte dieser Art gleichzeitig zu öffentlichen Schutzräumen ausgebaut. Ferner stellte der Bund seit 1970 für die freiwillige Einrichtung von privaten Schutzräumen im Wohnungsbau Zuschüsse bereit. Auf diesem Wege konnten in Niedersachsen bisher 132 Schutzräume gebaut werden. Ferner bot der Bund Mittel für die freiwillige Errichtung von öffentlichen Schutzräumen in Verbindung mit dem Neubau von Ausbildungsstätten an. Mit derartigen Geldern wurden in Niedersachsen bisher 3 Objekte ausgebaut.

Aufgrund der Beschlüsse der Bundesregierung zur Verbesserung der Haushaltsstruktur vom 10. 9. 1975 kamen sämtliche Schutzbauprogramme zum Erliegen. Für neue Maßnahmen konnten seitdem Mittel nicht mehr bereitgestellt werden.

In seiner Sitzung am 6. 7. 1977 hat sich das Bundeskabinett mit einer Neukonzeption des Zivilschutzes befaßt, die auch eine Neuordnung des Schutzraumbaus mit einer begrenzten gesetzlichen Pflicht zur Errichtung von Schutzräumen im privaten Bereich und der Wiederaufnahme von baulichen Maßnahmen zum öffentlichen Schutzraumbau des Bundes erwägt. Ein Staatssekretärausschuß unter Vorsitz des BMI, dem die Staatssekretäre des BMI, BMW, BMVg, BMStä sowie des Auswärtigen Amtes angehören, wird danach beauftragt, bis zum 1. 12. 1977 Vorschläge zur Schutzbaufrage vorzulegen. In die Prüfung sind die Fragen der Fortführung des öffentlichen Schutzraumbaus, der Einführung einer Schutzbaupflicht für Hauschutzräume und die Gewährung von Zuschüssen zu den Mehrkosten des Schutzbaues im sozialen Wohnungsbau einzubeziehen.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Einzelfragen wie folgt:

Zu 1:

Aus Veröffentlichungen des Bundesministers des Innern ergibt sich für die letzten drei Jahre auf Bundesebene folgendes Zahlenbild:

Jahr	Ausgabensoll für		Verhältnis der Ausgaben der zivilen Verteidigung zu denen der militärischen Verteidigung
	militärische Verteidigung	zivile	
1974	28 874,4	584,5	1:49
1975	30 995,0	569,5	1:54
1976	31 890,5	546,9	1:58
Für 1977 lauten die Zahlen:	32 866,7	552,0	1:60

Zu 2:

Für die Instandsetzung (vollständige Wiederherrichtung) öffentlicher Schutzbauwerke aus dem letzten Weltkrieg sowie für den Neubau von öffentlichen Schutzbauwerken in Gestalt von Mehrzweckanlagen sowie für die Unterhaltung derartiger Bauwerke hat der Bund in Niedersachsen – bezogen auf die Jahre 1974 bis 1976 – Ausgaben nach der folgenden Übersicht geleistet:

Jahr	Instandsetzung öffentlicher Schutzbauwerke DM	Neubau von Mehrzweckanlagen DM	Unterhaltung DM
1974	2 230 458,48	3 160 026,00	96 542,44
1975	1 449 374,05	647 800,00	25 835,44
1976	486 807,40	–	56 616,99

Im Jahr 1977 werden für auslaufende Arbeiten voraussichtlich 362 000 DM verausgabt.

Die Aufwendungen von privater Seite für den Bau und die Unterhaltung von Schutzräumen sind nicht bekannt. An Zuschüssen für den Bau von privaten Schutzräumen in Wohngebäuden wurden an Bundesmitteln verausgabt:

1974	296 000,00 DM
1975	234 000,00 DM
1976	205 000,00 DM
1977 bisher	42 000,00 DM

Zu 3:

In Niedersachsen stehen für rd. 114 000 Bürger Schutzräume zur Verfügung. Davon entfallen auf öffentliche Schutzräume für eine längere Aufenthaltsdauer 21 000 Schutzplätze, auf private Schutzräume 3 000 Schutzplätze und weitere 90 000 Schutzplätze für einen kurzzeitigen Aufenthalt in „nutzbar gemachten“ öffentlichen Schutzräumen. Über diese den Behörden bekannten Schutzplätze hinaus dürfte es noch eine unbekannte Zahl von Schutzplätzen geben, die als „Luftschutzkeller“ aus dem Zweiten Weltkrieg in Privathäusern vorhanden sind und zumindest einen begrenzten Behelfsschutz bieten dürften.

Zu 4:

Nach hier vorhandenen Unterlagen des Bundesministers des Innern stehen in folgenden Ländern Schutzräume zur Verfügung:

Dänemark	für etwa 1,4 Mio. Menschen
Luxemburg	für etwa 275 000 Menschen
Niederlande	für etwa 2,5 Mio. Menschen
Norwegen	für etwa 1,7 Mio. Menschen
Schweden	für etwa 5 Mio. Menschen
Schweiz	für etwa 4,8 Mio. Menschen

Zu 5:

Die Ausgaben für die militärische Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigen sich aus dem sicherheitspolitischen Ziel, Freiheit, Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten.

Die Landesregierung ist allerdings in Übereinstimmung mit den übrigen Bundesländern der Meinung, daß zwischen den Ausgaben für die militärische und zivile Verteidigung ein ausgewogeneres Verhältnis hergestellt werden muß, d. h., daß die Ansätze für die Zivilverteidigung im Bundeshaushalt erhöht werden müssen. Die Zivilverteidigung ist ein untrennbarer und unverzichtbarer Teil der Gesamtverteidigung. Versäumnisse in einem Teilbereich beeinträchtigen die Glaubhaftigkeit des Gesamtkonzepts.

Zu 6:

Ja.

Zu 7:

Ein vermehrter Schutzraumbau ist wie jedes zusätzliche Auftragsvolumen im Bereich der Bauwirtschaft geeignet, zu einer besseren Auslastung der vorhandenen Kapazitäten beizutragen. Inwieweit jedoch durch einen Schutzraumbau eine Verringerung der Arbeitslosenquote erreicht werden kann, ist schwer abzuschätzen, weil der Umfang eines dadurch bewirkten zusätzlichen Auftragsvolumens nicht bekannt ist und erfah-

rungsgemäß nicht jeder zusätzliche Auftrag die Neueinstellung von Arbeitskräften nach sich ziehen muß. Darüber hinaus ergibt sich die Frage, wie weit ein Schutzraumbau gerade in den von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffenen – zumeist ländlichen – Gebieten überhaupt in einem Maße in Betracht gezogen und durchgeführt werden kann, um dort eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu bewirken.

Zu 8:

Im Rahmen des mehrjährigen öffentlichen Investitionsprogramms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge (Programm für Zukunftsinvestitionen) ist die Förderung des Schutzraumbaues nicht vorgesehen. Ob im Rahmen weiterer Konjunkturmaßnahmen die Förderung solcher Vorhaben beabsichtigt ist, ist nicht bekannt. Die Bundesregierung wird ihre konjunkturpolitischen Absichten im September beschließen und bekanntgeben. In diesem Zeitraum werden auch erst der Konjunkturrat für die öffentliche Hand und der Finanzplanungsrat damit befaßt werden.

Soweit jedoch bis jetzt erkennbar, werden Maßnahmen zugunsten der Bauwirtschaft, insbesondere durch einen verstärkten öffentlich geförderten Wohnungsbau in Erwägung gezogen. Da die hierfür erforderlichen Mittel voraussichtlich nur durch Vorgriffe auf künftige Tranchen (Haushalt 1978) verfügbar gemacht werden sollen, wird man kaum davon ausgehen kön-

nen, daß darüber hinaus noch zusätzliche Mittel für einen vermehrten Schutzraumbau aufgebracht werden können.

Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) ist die Förderung von Schutzraumbau grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Es kommt jedoch im einzelnen auf die Trägerschaft und die örtliche Arbeitsmarktsituation an. Anträge sind den jeweils zuständigen Arbeitsämtern nach den von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen Richtlinien von den jeweiligen Trägern vorzulegen.

Im übrigen sind die von der Bundesregierung beschlossenen weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage im wesentlichen auf eine verstärkte Eindämmung der Arbeitslosigkeit in besonderen Problemstufen gerichtet. Hierbei stehen im Vordergrund vor allem Personengruppen in den Bereichen Büro und Verwaltung, die Frauenarbeitslosigkeit sowie die Jugendarbeitslosigkeit.

Für den eigenen – fiskalischen – Zuständigkeitsbereich des Landes besteht die Absicht, durch Beschluß des Landesministeriums die Angleichung der Richtlinien für Neubauten des Landes an die entsprechenden Richtlinien des Bundes mit dem Ziel zu erwirken, daß Schutzräume für die Bediensteten jeweils mit errichtet werden müssen. Der Beschluß soll auch eine Empfehlung an die kommunalen Gebietskörperschaften enthalten, in ihrem Bereich entsprechend zu verfahren.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sucht baldmöglichst eine(n)

Mitarbeiter(in) für die Öffentlichkeitsarbeit (Vergütung bis Verg.-Gr. I b BAT)

Der BVS informiert die Bevölkerung über Zivilverteidigung, Zivilschutz, Selbstschutz. Zu den vielseitigen Aufgaben des (der) Mitarbeiters(in) gehört vor allem die Planung und Durchführung von PR-Maßnahmen, auch in Zusammenarbeit mit PR-Agenturen; weiterhin die Koordinierung solcher PR-Maßnahmen mit den Dienststellen des BVS auf Bundesebene und die Zusammenarbeit mit den Massenmedien.

Die Aufgabe erfordert Ideenreichtum, Organisationstalent, sorgfältige Arbeit in Detail und die Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich auszudrücken. Abgeschlossenes Studium und Erfahrungen in Redaktion, Pressestelle, PR-Agentur u. ä. ist Voraussetzung.

Fehlendes Fachwissen wird vermittelt.

Geboten werden neben einer angemessenen Vergütung zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe in Krankheits- und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum **31. Dezember 1977** zu richten an den

BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ
– Bundeshauptstelle –
EUPENER STRASSE 74, 5000 KÖLN 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Wolfgang Rollik

Das Engagement der Jugend lebt

50 000. MHD-Schwesternhelferin ausgebildet

Die elektronische Datenverarbeitung im Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) in Köln-Rodenkirchen wußte es zuerst: Die 50 000. Schwesternhelferin der humanitären Hilfsorganisation heißt Christine Göbels. Der bläulich schimmernde Bildschirm der EDV-Anlage konnte auch gleich über das Alter (23), den Wohnort (Erkelenz) und den Beruf von Christine Göbels Auskunft geben. Die 50 000. Schwesternhelferin des MHD ist hauptberuflich Wirtschaftlerin. Das wird auch so bleiben. Schwesternhelferin ist nämlich kein Lehrberuf. Schwesternhelferin ist ein Ehrenamt.

Wer reißt sich heutzutage noch um Ehrenämter? Die Ausbildungsstatistik im Arbeitszimmer des zuständigen Abteilungsleiters Günter Hupperich spricht eine deutliche Sprache: 1961 bildete der MHD 208 Mädchen und Frauen zwischen 18 und 50 Jahren zu Schwesternhelferinnen aus. Damals hatte die Bundesregierung einige Hilfsorganisationen beauftragt, genügend medizinisches Hilfspersonal für Notfälle heranzubilden. Immer dann, wenn das hauptberufliche Krankenpflegepersonal nicht ausreichen würde, sollten Schwesternhelferinnen einspringen können: zum Beispiel bei einem Katastrophenfall, bei eingeschleppten Seuchen und Epidemien oder im Verteidigungsfall. Schwesternhelferinnen sollten dann in Krankenhäusern, Hilfskrankenhäusern oder Lazaretten die Verletzten und Kranken mitversorgen.

Seit 1961 stieg die Zahl der jährlich ausgebildeten Schwesternhelferinnen beim MHD auf durchschnittlich 4000.

Grundkenntnisse der Krankenpflege

Es gehört tatsächlich viel Idealismus dazu, nach der anstrengenden Hausarbeit, der Tätigkeit in Büro, Geschäft, Fabrik oder Schule in einer der zentralen Ausbildungsstätten, die der Malteser-Hilfsdienst in allen Diözesen unterhält, noch einmal die Schulbank zu drücken. Dort bringen dann Lehrschwwestern und -pfleger den angehenden Schwesternhelferinnen die elementaren Grundkenntnisse der



Anläßlich der Ausbildung der 50 000. Schwesternhelferin des MHD sprach die Generaloberin Baronin von Oer vor dem Lehrgang, aus dem diese Helferin ermittelt wurde.

Krankenpflege bei. 224 Stunden dauert die Ausbildung in Theorie und Praxis.

Christine Göbels und ihre 23 Mitschülerinnen haben in Abendkursen und an Wochenenden das zur fachgerechten Krankenpflege erforderliche Wissen „gebüffelt“. Jetzt macht den Schwesternhelferinnen so leicht niemand mehr etwas vor, wenn es darum geht, einen gebrochenen Arm zu schienen oder einen Kopfverband anzulegen. Die Mädchen und Frauen kennen Verlauf und Funktion der Muskulatur; sie wissen Bescheid, wenn die Stichworte „großer und kleiner Kreislauf“, „große Arterien und Venen“ fallen. Acht Unterrichtsfächer stehen auf dem Stundenplan für Schwesternhelferinnen: Erste Hilfe und Sanitätsausbildung, ABC-Zusatzausbildung; Anatomie und Physiologie; Bakteriologie, Hygiene, Desinfektion, Sterilisation; Krankheitslehre; Ernährungslehre; Allgemeine und Behandlungskrankenpflege; Rechts- und Gesetzeskunde.

Richtig interessant wird es für viele angehenden Schwesternhelferinnen dann „vor Ort“ beim 14tägigen Praktikum in einem Krankenhaus oder Altenpflegeheim. Christine Göbels hat dabei – genau wie ihre 49 999 Vorgängerinnen – manchen Kniff gelernt. Die Schwesternhelferin kann nun zum Beispiel ohne fremde Hilfe das Bett eines Patienten frisch beziehen, ohne daß der Kranke dazu aufstehen oder in ein anderes Bett gelegt werden muß. Auch die Vorbereitung von Injek-

tionen und Infusionen geht der Schwesternhelferin zügig von der Hand. Selber Medikamente verordnen oder Spritzen verabreichen dürfen die ehrenamtlich tätigen Schwesternhelferinnen natürlich nicht. Alle Handgriffe und Maßnahmen werden vom Arzt oder den hauptberuflichen examinieren Krankenschwestern angeordnet und überwacht.

Kein Rückgang der Einsatzfreude

Von 1962 bis etwa 1968 waren die MHD-Schwesternhelferinnen in vielen Krankenhäusern gesuchte ehrenamtliche Hilfskräfte für den Wochenenddienst. Heute hat sich das Bild zum Leidwesen des Malteser-Hilfsdienstes gewandelt. Die Krankenhäuser und Krankenpflegesschulen erleben, daß immer mehr junge Menschen hauptberuflich in die Krankenpflege drängen. MHD-Abteilungsleiter Günter Hupperich: „So erfreulich diese Entwicklung einerseits ist, uns bereitet sie oft Kopferbrechen. Wir finden nämlich dadurch immer weniger Praktikumsplätze für unsere angehenden Schwesternhelferinnen.“ Hupperich befürchtet, daß deshalb das Engagement der Jugend zur ehrenamtlichen Mitarbeit sinkt.

1976 konnten die Malteser einen Rückgang der Einsatzfreude jedoch noch nicht feststellen. Im freiwilligen Sonntagsdienst pflegten die Malteserinnen in 289 Krankenanstalten, die zum großen Teil dem Deutschen Caritasverband angeschlossen sind, mehr als 250 000 Dienststunden lang Alte und Kranke unentgeltlich. Dadurch konnten die Krankenhausträger enorme Personalkosten einsparen. Die meisten Arbeitsstunden leisteten die Mädchen und Frauen an Sonn- und Feiertagen; eine große Entlastung für das oft überarbeitete Pflegepersonal. Bei Veranstaltungen aller Art sind Malteser-Schwesternhelferinnen zur Stelle. Neben dem Einsatz in Krankenhäusern und Altenheimen sucht der MHD nun nach weiteren Betätigungsmöglichkeiten für seine Schwesternhelferinnen. Demnächst werden die Helferinnen wohl auch in der Hauskrankenpflege eingesetzt.

Blitzeinsatz per Tastendruck

Schwesternhelferinnen des Malteser-Hilfsdienstes haben auch schon bei Katastrophen im Ausland tatkräftig mitgeholfen. In Vietnam ebenso wie bei der medizinischen Versorgung der Erdbebenopfer in Norditalien oder Peru, bei Hilfsmaßnahmen in Ost-Pakistan oder Äthiopien.

Besonders, wenn es um „Blitzeinsätze“ geht, hat sich in den vergangenen zwei Jahren die elektronische Datenverarbeitung beim Malteser-Hilfsdienst bestens bewährt. Die EDV-Anlage kann nämlich weitaus mehr, als nur die Personalien der 50 000. Schwesterhelferin feststellen. Der MDH ist per Tastendruck jederzeit in der Lage, den aktuellen Stand der ausgebildeten Schwesterhelferinnen in Sekundenschnelle auflisten zu lassen. Die Elektronik macht es möglich. Ganz gleich, ob Helferinnen auf Stadt-, Kreis- oder Länderebene angesprochen werden müssen oder für eine Hilfsmaßnahme benötigt werden: eine Codenummer ruft die jeweils zur Verfügung stehenden Namen und Adressen ab.

Auch über die Einsatzbereitschaft der MHD-Helferinnen gibt die Datenverarbeitung Auskunft. Kann die Schwesterhelferin nur im örtlichen oder auch im überörtlichen Zivilschutz eingesetzt werden oder im Sanitätsdienst der Bundeswehr? Zusatzfähigkeiten und besondere Ausbildungen der Schwesterhelferinnen weiß die EDV-Anlage ebenfalls zu nennen. Wichtig, wenn es um einen Auslandseinsatz geht:



Christine Göbels, 50 000. MHD-Schwesterhelferin, nimmt die Gratulation des MHD-Diözesanleiters Henn (Aachen) entgegen.

Besitzt die Helferin bestimmte Fremdsprachenkenntnisse? Oder kann die Helferin als OP-Hilfskraft eingesetzt werden, besitzt sie Ambulanzerfahrung, hat sie einen Führerschein?

Alle Schwesterhelferinnen des MHD sind in der elektronischen Datenverarbeitung erfaßt. Die manuelle, äußerst zeitraubende Beschäftigung mit Karteikarten ist im Generalsekretariat des MHD Vergangenheit. Mit der schnellen EDV-Anlage erstellt der MHD unter anderem auch die Behördenkartei für die Arbeitsämter im Handumdrehen. Beim Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes in Köln-Rodenkirchen laufen die Fäden für alle Arbeitsämter in der Bundesrepublik zusammen. Gegenüber anderen Hilfsorganisationen, die meist auf

Kreisebene ihre Mitgliederkartei für die Behörden unterhalten, kann der MHD zentral den Arbeitsämtern die ausgebildeten Schwesterhelferinnen melden. Dazu brauchen die Malteser nur eine einzige Person, die den Computer bedient.

„Unsere Hilfe wird gebraucht“

Trotz der elektronischen Zentralkartei besitzt darüber hinaus jede MHD-Dienststelle im Lande die für ihren Bereich zuständigen Karteikarten in ausgedruckter Form. Der Malteser-Hilfsdienst ist die einzige Hilfsorganisation, die im Schwesterhelferinnen-Bereich die elektronische Datenverarbeitung einsetzt. Der Postbote bringt täglich neues „Futter“ für die Anlage.

Die Motive der angehenden Helferinnen reichen von: „Kennenlernen eines sozialen Bereichs“ (Schülerin) über „Anderen ein wenig helfen und darüber eigene Sorgen vergessen“ (Hausfrau), „Unsere Hilfe wird auf der Station wirklich gebraucht und von den Schwestern anerkannt und dankbar angenommen“ (Studentin) bis zu „Das Erlernen ist auch für die eigene Familie nützlich“ (Christine Göbels, die 50 000. Schwesterhelferin des Malteser-Hilfsdienstes).

Niemand wird reich als Schwesterhelferin – höchstens reich an Lebenserfahrung. Und das zählt wohl für die meisten, die den freiwilligen, ehrenamtlichen Dienst als Schwesterhelferin beim Malteser-Hilfsdienst ausüben.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Dienstbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn-Bad Godesberg, ist bei der

BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK GESCHÄFTSFÜHRERBEREICH MÜNCHEN (Landesverband Bayern)

die Stelle des

HILFSSACHBEARBEITERS

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle bietet Eingruppierungsmöglichkeiten bis Vergütungsgruppe VI b (sechs b) BAT.

Die Eingruppierung richtet sich bei der Einstellung nach den Fachkenntnissen.

Der Hilfssachbearbeiter soll den Geschäftsführer bei der Bearbeitung aller verwaltungsmäßigen und organisatorischen Maßnahmen, bei der Sicherstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Ortsverbände und bei der Betreuung der freiwilligen Helfer des Geschäftsführerbereiches unterstützen.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen Verwaltungs- oder kaufmännischen Ausbildung (möglichst mit Befähigung für den mittleren Verwaltungsdienst) und langjähriger Bürotätigkeit, vorzugsweise im öffentlichen Dienst. Technisches Verständnis ist erwünscht. Organisationstalent und Bereitschaft für den in einer technisch-humanitären Hilfsorganisation den jeweiligen Gegebenheiten angepaßten abwechslungsreichen Dienst werden vorausgesetzt.

Bewerber müssen nachweisbar in der Lage sein, die oben angegebenen Aufgaben wahrzunehmen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, tabellarischer Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Fotokopien) und Lichtbild werden bis zum **30. November 1977** unter Angabe der **Kennzahl 373** erbeten an das

BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 850
5300 BONN-BAD GODESBERG 1

Bestandsaufnahme

Organisation und Aufbau des Katastrophenschutzes im Landkreis Schwandorf

Das ZS-MAGAZIN hat in der Vergangenheit eine ganze Reihe von Beiträgen veröffentlicht, die sich mit der Organisation, dem Aufbau und der Entwicklung des Katastrophenschutzes im Aufgabenbereich der staatlichen und kommunalen Verwaltung befassen. Erst im letzten Jahr gab es eine lebhaftere Diskussion zum Thema „Führung im Katastrophenschutz“. Viele Reportagen aus allen Bundesländern zeigten immer wieder – jedoch mehr oder weniger nur wie Spot-Scheinwerfer – den gegenwärtigen Leistungsstand des Katastrophenschutzes auf.

Die Redaktion des ZS-MAGAZIN wollte einmal feststellen, wie der Aufbau des Katastrophenschutzes in einem Landkreis vor sich geht, welche personellen und materiellen Schwierigkeiten es gibt, wo Mängel und Lücken bestehen, die dringend beseitigt bzw. geschlossen werden müssen.

Als Beispiel für diese Problemstudie wurde der bayerische Landkreis Schwandorf ausgewählt. Das Land Bayern gehört bekanntlich zu den Bundesländern, die aufgrund ihrer geographischen Gegebenheiten verhältnismäßig oft von Katastrophen, insbesondere durch Hochwasser, Sturm, Lawinen und Waldbrände betroffen werden. Nach dem Wirksamwerden des „Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG)“ vom 9. Juli 1968 war Bayern das erste Bundesland, das mit einem eigenen Katastrophenschutzgesetz herauskam. Das „Bayerische Katastrophenschutzgesetz (BayKSG)“ vom 31. Juli 1970 gilt nur für Katastrophen im Frieden. Es entspricht aber auch den im KatSG gestellten Forderungen und schafft klare landesrechtliche Vorschriften über Aufgaben und Befugnisse der Katastrophenschutzbehörden und sieht die Organisation des friedensmäßigen Katastrophenschutzes als Voraussetzung für die Wirksamkeit des „erweiterten Katastrophenschutzes“ im Sinne des KatSG an.



Ein großer Teil des Landkreises Schwandorf liegt in den Naturparks „Oberpfälzer Wald“ und „Vorderer Bayerischer Wald“. Zu den Katastrophen, die dieses Gebiet bedrohen, gehören in erster Linie Überschwemmungen und Waldbrände.

(Foto: T. Siegert, Freigeg. durch Reg. von Mittelfranken, Nr. GS 2508/52)



Blick auf Nabburg im Landkreis Schwandorf, dessen Siedlungsschwerpunkte durch ein gutes Straßen- und Bahnnetz miteinander verbunden sind. Auch eine Reihe von großen Industriebetrieben sind in die Vorsorgemaßnahmen des Katastrophenschutzes mit einbezogen worden.

(Foto: T. Siegert, Freigeg. durch Reg. von Mittelfranken, Nr. 2508)



Landrat Hans Schuierer (Mitte) gab ZSMAGAZIN-Redakteur Helmut Freutel (links) einen Überblick über den Katastrophenschutz im Landkreis. Noch befindet sich die „Fernmeldezentrale HVB“ im Vorzimmer des Landrats. Später wird sie ihren Platz im neuen Landratsamt haben.

Der Landkreis Schwandorf

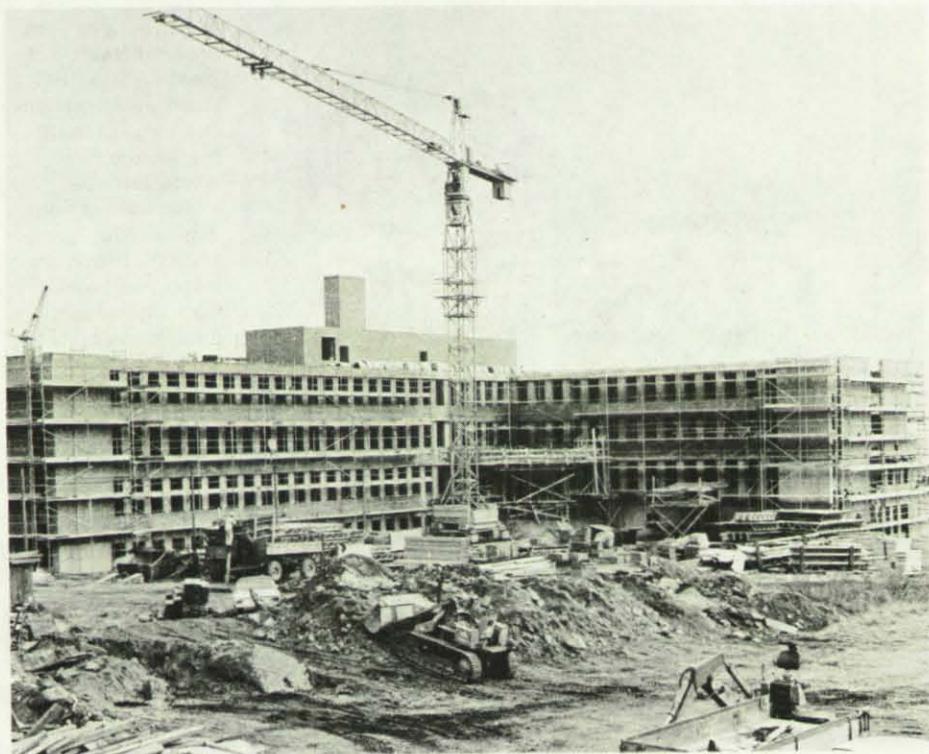
Nach letzten Unterlagen leben im Landkreis Schwandorf 132 849 Einwohner. Bei einer Fläche von 1480 qkm ergibt dies eine Bevölkerungsdichte von 91 Einwohnern pro qkm. Der Landkreis Schwandorf ist im Zuge der Landkreisreform am 1. 7. 1972 aus den früheren Landkreisen Burglengenfeld, Nabburg, Oberviechtach, Neunburg vorm Wald, einem Teil des Landkreises Roding sowie der ehemals kreisfreien Stadt Schwandorf entstanden. Die Siedlungsschwerpunkte werden durch ein gutes Straßennetz sowie durch die Bundesbahn verbunden. Ende 1974 gab es im Landkreis 140 Industriebetriebe (10 und mehr Beschäftigte) mit der für den oberpfälzer Raum beachtlichen Anzahl von 16 188 Beschäftigten. Unter diesen Betrieben sind in unserer Betrachtung insbesondere die zu erwähnen, die hinsichtlich der Vorsorgeplanung für den Katastrophenschutz wegen ihrer besonderen Gefährdung und Gefährlichkeit in angemessenem Rahmen in die Katastrophenschutzpläne einbezogen werden müssen.

Für den Landkreis haben die Eisen- und Metallindustrie, die Industrie der Steine und Erden sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie die größte Bedeutung. Auch der Bergbau, die Keramik- und Glasindustrie, der Büromaschinenbau und die chemische Industrie nehmen einen wichtigen Raum ein.

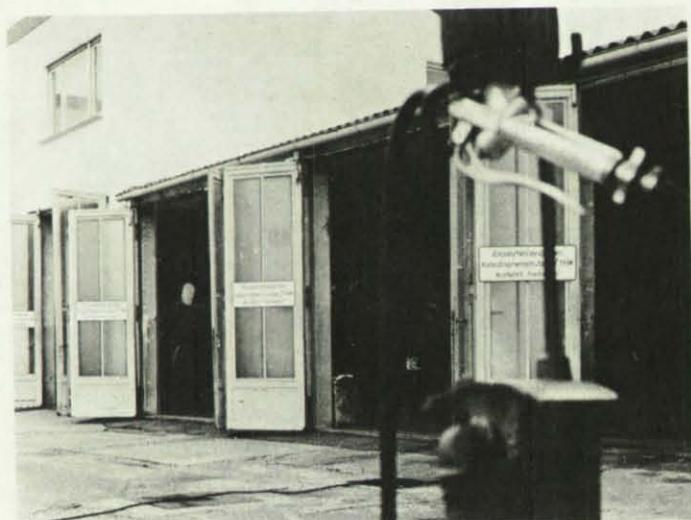
Ein großer Teil des Kreisgebiets liegt in den Naturparks „Oberpfälzer Wald“ bzw. „Vorderer Bayerischer Wald“, die zu den reizvollsten Erholungs- und Feriengebieten im ostbayerischen Raum zählen.

Die Katastrophenschutzabwehr wird sowohl vom Bund als auch von der Innenministerkonferenz als eine originäre Aufgabe der Kreise angesehen, die aus der Sicht des Bürgers im Frieden und im Verteidigungsfall eine einheitliche Zuständigkeitsregelung verlangt. In diesem Zusammenhang spielen die Ebene des Landkreises und die Funktion des an seiner Spitze stehenden Landrats eine bedeutende Rolle.

Die Bayerische Verfassung garantiert in ihrem Artikel 10 für das Gebiet eines jeden Landkreises einen Selbstverwaltungskörper. Das Wesen der Selbstverwaltung und damit das kennzeichnende Merkmal des Landkreises ist die Wahrnehmung der auf das Kreisgebiet bezogenen öffentlichen Aufgaben aus eigenem Recht. Auch



Im Neubau des zentral gelegenen Landratsamtes Schwandorf sind u. a. mehrere Räume für die Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes vorgesehen. Der Landkreis hat auch eine mobile technische Einsatzleitstelle beschafft.



Noch befindet sich der THW-Ortsverband Schwandorf, der den 1. Bergungszug im Landkreis stellt, in einer sehr beengten Unterkunft. Der OV, der ferner die Helfer für die Fernmeldezentrale sowie für einen Verpflegungstrupp und einen Materialerhaltungstrupp stellt, erhält im nächsten Jahr ein neues Heim.

der bayerische Landkreis Schwandorf trägt dafür Sorge, daß mit Hilfe der eigenen Personal-, Organisations- und Finanzgewalt der Anspruch aller Bevölkerungsschichten auf wertgleiche Lebensverhältnisse – gemessen an dem Standard der städtisch geprägten Zivilisation – erfüllt wird. Unsere Frage war: Hat auch der Landkreis Schwandorf nach der Neugliederung die im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz anstehenden Aufgaben angemessen erfüllt und bereits besondere Vorsorgeplanungen getroffen?

Der Landrat

Um die Verhältnisse an Ort und Stelle recherchieren zu können, vermittelte uns der Katastrophenschutzreferent des Landkreises Schwandorf, Regierungsrat Meid, Gespräche mit Landrat Hans Schuierer sowie mit den Mitgliedern des Katastropheneinsatzstabes. Darüber hinaus erhielten wir Gelegenheit, die Einrichtungen des Katastrophenschutzes im Landkreis an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen.

Doch zunächst einige Angaben zur Funktion, oder besser gesagt Doppelfunktion des Landrats. Er ist kommunaler Wahlbeamter, und zwar Beamter auf Zeit. Der Landrat ist gesetzlicher Vertreter des Landkreises. Er führt den Vorsitz in den Sitzungen der Kreisparlamente und ist deren oberstes Vollzugsorgan mit eigener Zuständigkeit in bestimmten Kreisangelegenheiten. Als Einsatzleiter im Katastrophenschutz ist er mit dem im § 7 KatSG genannten „Hauptverwaltungsbeamten“ – ein Begriff den das bayerische Kommunalrecht nicht kennt – identisch.

Beim Verwaltungsvollzug bedient er sich des Personals und der Einrichtungen des Landratsamtes. Daneben ist er Kraft Gesetz der Leiter des Staatlichen Landratsamtes. Insoweit ist er den unmittelbaren Weisungen der vorgesetzten staatlichen Dienststellen, also in der Regel der Regierungen, unterworfen. In dieser bewährten Doppelfunktion des bayerischen Landrats zeigt sich die Bürgernähe auch der staatlichen Verwaltung.

In einem Überblick, also ohne zunächst in Einzelheiten zu gehen, erläuterte Landrat Hans Schuierer, wie die im Landkreis vertretenen Organisationen je nach Situation entsprechend ihrem Auftrag alleine Hilfe leisten und auch in Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen Schutz und Hilfe



Sie haben das Technische Hilfswerk im Landkreis zu einer schlagkräftigen und einsatzbereiten Einheit gemacht. Führungskräfte des THW gaben dem ZS-MAGAZIN bereitwillig Auskunft. Rechts im Bild THW-Kreisgeschäftsführer Ott.



In Schwandorf, am Ufer der Naab, entsteht für das THW eine neue, vorbildliche Liegenschaft. Die Anlagen im Werte von über 1 Mio. DM werden dann endlich genügend Platz und die Möglichkeit einer noch intensiveren Ausbildung bieten.



In den Händen von Kreisbrandrat Anton Gietl, wegen seiner besonderen Verdienste bei der Waldbrandbekämpfung mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, liegt die Technische Einsatzleitung.

gewähren. Dies geschieht meist ohne weiteres Eingreifen der Behörden. Erst wenn ein Unglücksfall oder sonstiger Notstand das Ausmaß einer Katastrophe erreicht, deren Bekämpfung und Abwehr einer einheitlichen Leitung bedarf, greift die Kreisverwaltungsbehörde, also der Landrat mit seinen Kräften ein. Der genaue Katastrophenbegriff ist im Bayerischen Katastrophenschutzgesetz dargelegt

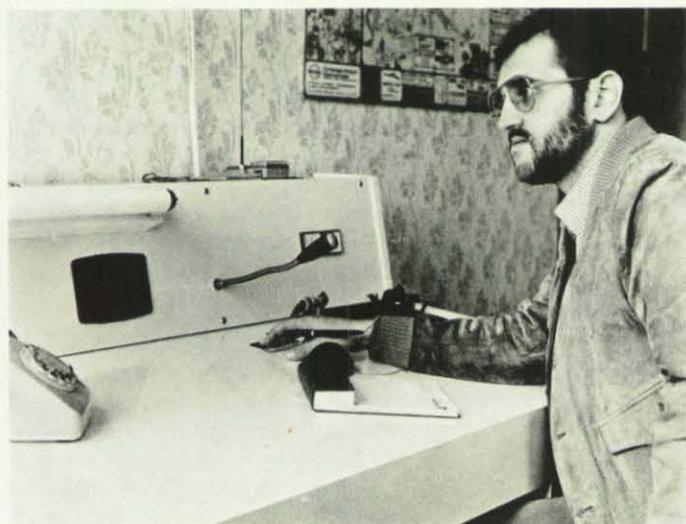
und soll hier nicht näher erläutert werden.

Der Landkreis Schwandorf, den wir besuchten, um uns über die Situation des Katastrophenschutzes zu informieren, ist einer von sieben Landkreisen neben drei kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Oberpfalz.

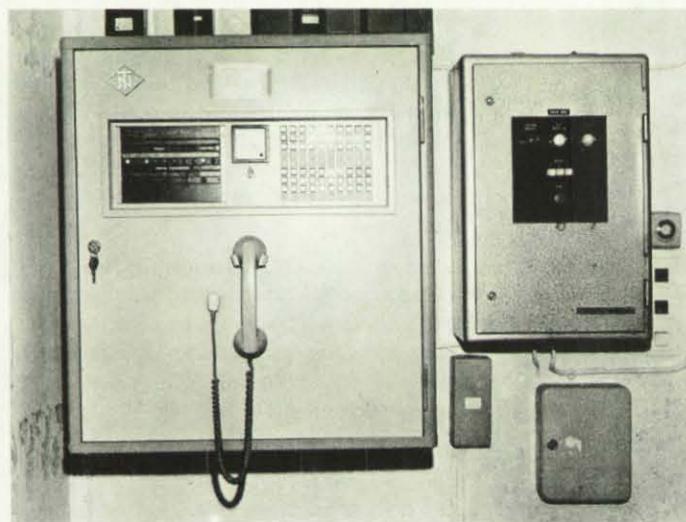
Je intensiver wir uns mit dem Landrat und seinem Mitarbeiterstab unterhal-



Bei der FFW in Schwandorf sind ein Löschzug und andere friedensmäßige Einheiten stationiert. Die Feuerwehr des Landkreises bildet ein solides Fundament im Katastrophenschutz.



In der Feuerwache in Schwandorf befindet sich die Alarmzentrale für die Feuerwehr des Landkreises mit einem gut ausgebauten Alarmsystem, mit Funkverkehr und Telefon, mit Direktleitungen zu besonders brandgefährdeten Betrieben.



Über dieses Gerät alarmieren Betriebe, die mit Temperaturfühlern ausgestattet sind, automatisch die Feuerwehr, wenn es nottut.

ten konnten, desto mehr gewannen wir die Überzeugung, daß sie sich mit dieser schwierigen Aufgabe identifizieren, daß sich zwischen dem Landrat und seinem Stab sowie den trägerschaftlichen Hilfsorganisationen ein gutes Verhältnis gebildet hat, das in angemessener Relation zu der Verantwortung gegenüber der Kreisbevölkerung steht. Sieht man einmal von Waldbränden

und Überschwemmungen ab, so ist der Landkreis in der Vergangenheit von großen Katastrophen verschont geblieben. Zu einer Beinahe-Katastrophe war es im Jahre 1972 gekommen, wie Landrat Schuierer andeutete, als in der heimischen Grube Austria bei Maxhütte-Haidhof unterirdische Kohlenlager zu schwelen begannen und sich zur gleichen Zeit eine undurchdringliche Nebelschicht über die mitt-

lere Oberpfalz legte. Das Zusammentreffen beider Umstände ließ damals den kleinen Katastrophenstab tätig werden. Ein großes Evakuierungsprogramm wurde vorbereitet. Doch fünf Minuten vor dem Alarm änderte sich schlagartig die Wetterlage. Der Nebel löste sich auf. Die Gefahr war vorüber und der vorgesehene Alarm mit der anlaufenden Maschinerie des Katastrophenschutzes konnte abgeblasen werden.

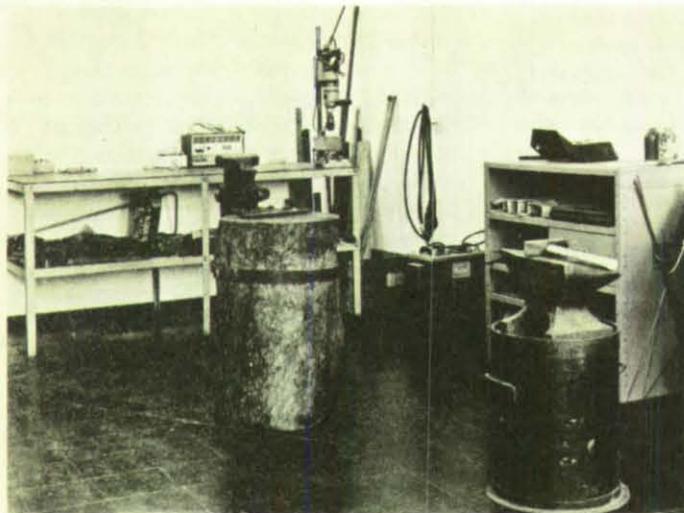
Der Katastrophenschutzplan

Wie für jede andere Katastrophenschutzbehörde dient auch im Landkreis Schwandorf ein Katastrophenschutzplan als wichtiges Führungsmittel zur Abwehr der Folgen friedensmäßiger Katastrophen sowie eines V-Falls. Dieser Katastrophenschutzplan bildet die organisatorische Grundlage des Katastrophenschutzes. Zu seinem Inhalt gehört neben dem Alarmplan die Erfassung aller Hilfskräfte und Hilfsmittel zum Zwecke der einheitlichen Führung. Der Plan enthält ferner: Anschriften, Fernsprechverzeichnisse, Fernmeldeunterlagen, Alarmpläne benachbarter Kreisverwaltungen, ein Verzeichnis der an das Kreisgebiet angrenzenden Gemeinden, einen Überblick über die KatS-Ausstattung im eigenen Bereich, Übersichtspläne und Karten mit Aufzeichnungen möglicher Katastrophenlagen sowie Sonderpläne.

Der Katastrophenschutzplan wird ständig auf dem neuesten Stand gehalten. Kreise und Gemeinden können ihrer bedeutungsvollen Rolle in Krisenlagen nur gerecht werden, wenn sie schon in krisenfreien Zeiten Planungen für Krisen ausarbeiten und alle Voraussetzungen für ihre Verwirklichung schaffen.

Die Alarmierung des Katastropheneinsatzstabes

Wird eine Katastrophe oder ein sonstiges Ereignis gemeldet, das eine außergewöhnliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt oder erwarten läßt, so ist unter Einhaltung der Reihenfolge einer der in einer Liste aufgeführten Beamten des Landkreises zu verständigen. An erster Stelle dieser Namensliste steht der KatS-Referent. Der zunächst verständigte Beamte entscheidet, wie es heißt, unbeschadet der u. U. bereits erfolgten Einrichtung eines Meldekop-



Vorbildlich untergebracht im neuen Kreisbauhof ist der THW-OV Neunburg. Unser Bild zeigt einen Teil der zum Instandsetzungsdienst gehörenden Werkstatt.

fes über die Einberufung eines Katastropheneinsatzstabes.

Im Zweifelsfall berät er die Lage mit weiteren Beamten oder mit sonstigen Fachbehörden.

Der Katastrophenschutzplan, der genau auf die Belange des Landkreises zugeschnitten ist, legt fest, welche nachfolgenden Maßnahmen zu treffen sind. Er bestimmt auch, wer den Katastropheneinsatzstab bildet. Im Landkreis Schwandorf gehören dazu:

- Landrat Schuierer als Gesamtleiter
 - Landrat Werner als Stellvertreter
 - Katastrophenschutzreferenten Meid und Ganzer
 - Angehörige des Katastrophenschutzreferates (Sachbearbeiter)
 - Vertreter der Öffentlichkeitsarbeit
 - Vertreter der einschlägigen Fachreferate des Landratsamtes
 - Bürgermeister der betroffenen Gemeinden
 - Landespolizeiinspektion Schwandorf
 - Kreisbrandrat und sein Stellvertreter
 - Kreisgeschäftsführer des Bayerischen Roten Kreuzes
 - Geschäftsführer des THW
 - Dienststellenleiter BVS
 - Vertreter der Bundeswehr
 - Vertreter des Bundesgrenzschutzes
 - Für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Einsatz- und Fernmeldezentrale im Landratsamt sind die Kräfte für das Fernmeldewesen, Kraftfahrer und Kurier bestimmt.
- Es ist Sorge getragen, daß auch alle diese Stabsmitglieder mit Meldeempfängern alarmiert werden können. Der Plan enthält Telefonverzeichnisse (Privat- und Dienstanschlüsse) aller wichtigen Personen, die zu benachrichtigten sind. Für die Fernmeldeverbindungen sind die Funkfrequenzen

festgelegt. Es ist angegeben, wo der nächstliegende Fernmeldezug zu erreichen ist.

Da in einem Katastrophenfall alle Abteilungen der Kreisverwaltungsbehörde betroffen sein können, sind auch diese im einzelnen aufgeführt. Es gibt ferner eine Adressenübersicht über alle wichtigen Industriebetriebe.

Die aus einem V-Fall resultierenden Aufgaben und Befugnisse der Katastrophenschutzbehörden entsprechend dem KatSG sowie die zu treffenden Maßnahmen sind ebenfalls im Katastrophenschutzplan festgehalten.

Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es ist selbstverständlich, daß die Bewohner gefährdeter Gebiete, soweit erforderlich, sofort zu warnen sind. Daneben ist aber auch die Bevölkerung vom Eintritt der Katastrophe sowie über den Umfang des betroffenen Gebiets zu informieren. Der Bevölkerung ist auch klarzumachen, daß die Katastrophenschutzbehörde die Einsatzleitung übernommen hat, damit der Bürger über die mögliche Wahrnehmung besonderer Befugnisse ebenfalls im Bilde ist. Es ist ebenso von Wichtigkeit, das Ende der Katastrophensituation bekanntzugeben.

Zur Warnung und Information der Bevölkerung bestehen im Landkreis Schwandorf die Möglichkeiten der öffentlichen Durchsage mittels Lautsprecherwagen und Handlautsprecher. Hierzu gehört auch die Sirenenwarnung sowie die Warnung durch Rundfunk und Fernsehen, die aber nur in besonderen Fällen und nur durch den Landrat oder seinen Vertreter veranlaßt werden. Zur Vermeidung von Mißbräuchen prüfen die Rund-

funk- und Fernsehanstalten die Identität des Anrufes durch eine Rückrufkontrolle.

Die Einsatzkräfte

Den voluminösesten Teil des Katastrophenschutzplanes nimmt der Überblick über die Einsatzkräfte, d. h. Einheiten und Einrichtungen des KatS sowie sonstiger Kräfte und Hilfsorganisationen ein.

Hierzu gehören auch Rettungsdienst, Polizei, kommunale Betriebe, BGS, Bundeswehr, US-Stationierungstreitkräfte, Bundesbahn, Bundespost, Verbände der freien Wohlfahrtspflege und Luftfahrzeuge.

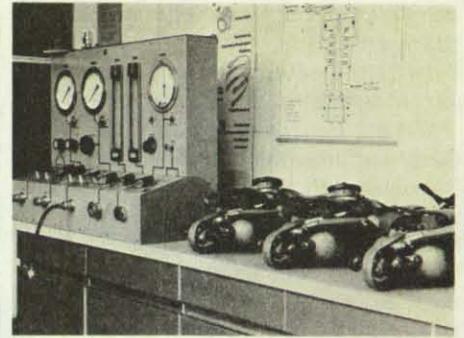
Vervollständigt wird diese Liste mit den Standortbezeichnungen der Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt) sowie der ABC-Meß- und Auswertestellen (AMAST) des Regierungsbezirks Oberpfalz. Innerhalb des Landkreises sind drei BAMSt und eine AMAST aufzustellen. Bisher funktionsfähig sind zwei BAMSt.

Betrachtet man die Verstärkungseinheiten gemäß KatSG, so tritt deutlich hervor, daß sich Stärke und Gliederung in einer Aufbauphase befinden. Während die Fachdienste Brand- und Bergungsdienst, Instandsetzungsdienst, Fernmeldedienst und Versorgungsdienst bezüglich der Stärke die Soll-Zahlen der Kopfstärken erreicht haben, fehlen im Betreuungsdienst und im Führungsdienst (wozu auch die BAMSt und AMAST zählen) noch einige Kräfte. Die tatsächliche Stärke einiger Fachdienste überschreitet jedoch die festgelegten Soll-Stärken.

Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes sind dezentralisiert, d. h. sie breiten sich wie ein Netz mit unterschiedlicher Maschenweite und Knotenstärke über das ganze Kreisgebiet aus.

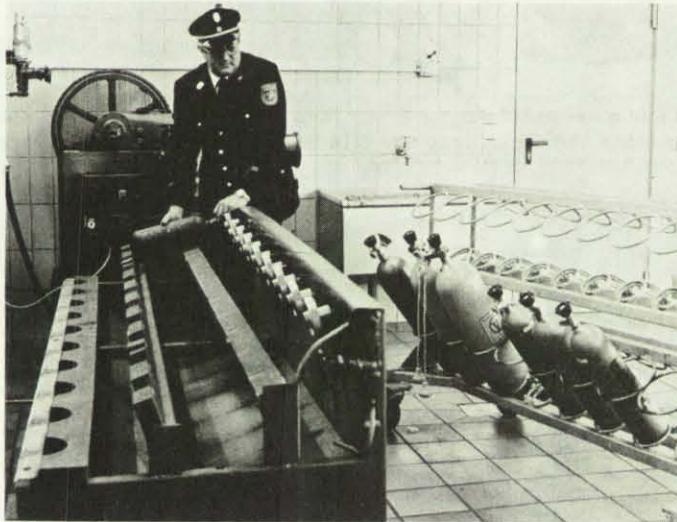
Dadurch wird, insbesondere bei den Feuerwehren, die Hilfsfrist innerhalb des geschlossenen Gebiets höchstens zehn Minuten betragen. Die Feuerwehr vertritt die Auffassung, daß auf eine Ortsfeuerwehr nicht verzichtet werden kann, weil sich in der Praxis bewiesen hat, daß z. B. ein einziges C-Rohr, in den ersten zehn Minuten eingesetzt, wertvoller ist als zehn C-Rohre nach einer halben Stunde. Bei der Feuerwache in Schwandorf befindet sich die Alarmzentrale für die Feuerwehr des Landkreises mit einem gut ausgebauten Alarmsystem, mit Funkverkehr

Ordnung und Übersicht kennzeichnen die THW-Unterkunft in Neunburg. Auch die Ausbildungsbedingungen sind hier ausgezeichnet.



Die Prüfstelle mit TÜV-Abnahme trägt dazu bei, die schon preisgünstige zentrale Wartung und Pflege in den Atemschutzwerkstätten hinsichtlich der Folgekosten möglichst gering zu halten.

In der Gemeinde Schwarzenfeld gibt es eine AtemschutzpflGESTELLE, die zu einer Prüfstelle für Preßluftflaschen von Atemschutzgeräten für den gesamten oberbayerischen Raum erweitert wurde.



In der BRK-Außenstelle Nabburg gab BRK-Kreisgeschäftsführer Deinhardt (Mitte) einen Überblick über die Organisation des Bayerischen Roten Kreuzes im Kreisgebiet.



Das BRK beweist im täglichen Einsatz im Unfallrettungs- und Krankentransport, daß es mit seinen Kräften, dem umfangreichen Wagenpark und der vorhandenen Katastrophenschutz-Ausrüstung auch für größere Aufgaben bereit ist.



Die Stärke des BRK liegt neben dem Rettungsdienst im Sozial- und Betreuungsdienst. Entsprechende Gerätschaften haben bereits ihre Zweckmäßigkeit bewiesen.

und Telefon, mit Direktleitungen zu besonders brandgefährdeten Betrieben. Betriebe, die mit Temperaturfühlerausgestattet sind, alarmieren über ein in der Feuerwache aufgestelltes Gerät automatisch die Feuerwehr. Die Feuerwehren größerer Orte bilden sogenannte Stützpunktfeuerwehren. Der Löschzug mit einem Helferstand von 25 Mann besitzt vier Fahrzeuge, ein VLF, ein LF 16 und zwei TLF 8. Diese vier Fahrzeuge sind bisher ohne Funkgerät.

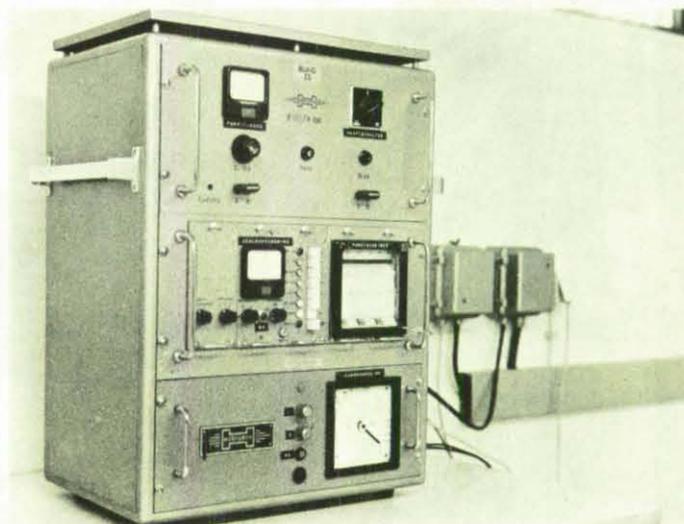
Die vier Fahrzeuge des Wasserförderzuges (Helferstand 31 Mann) sind an den Standorten Nabburg (MTW), Pfreimd (Lkw), Oberköblitz (Lkw) und Schwarzenfeld (GKW) untergebracht. Diese vier Fahrzeuge sind mit Hand-sprechfunkgeräten FuG 10 (2-m-Band) ausgestattet. Die Technische Einsatzleitung liegt in den bewährten Händen von Kreisbrandrat Anton Gietl, Nabburg, der kürzlich wegen seiner besonderen Verdienste bei der Waldbrandbekämpfung mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Ihm steht ein Fukow zur Verfügung.

Die Feuerwehr in diesem Landkreis kann auf eine Einrichtung besonderer Art zurückgreifen. In der verkehrsgünstig gelegenen Gemeinde Schwarzenfeld gibt es eine Atemschutzpflegestelle, die zu einer Prüfstation für Preßluftflaschen von Atemschutzgeräten für den gesamten ostbayerischen Raum erweitert wurde. Bekanntlich müssen gemäß § 9 der Druckgasverordnung alle Flaschen für Atemschutzgeräte durch den Technischen Überwachungsverein (TÜV) unter Einhaltung bestimmter Prüffristen überprüft werden. Die Anlage der Feuerwehr in Schwarzenfeld erfüllt in jeder Weise die hierzu gestellten Anforderungen. Dazu kommt, daß auch diese Prüfstation dazu beiträgt, die schon preisgünstige zentrale Wartung und Pflege in den Atemschutzwerkstätten hinsichtlich der Folgekosten möglichst gering zu halten. Kreisbrandmeister Götz sagte uns, daß die Transportkosten und die Verweilzeiten äußerst gering gehalten werden könnten, weil die Atemschutzpflegestellen die zu prüfenden Flaschen im Sammeltransport in die Prüfstation brächten, von wo sie nach ca. 3 Wochen wieder abgeholt werden könnten.

Das Technische Hilfswerk mit seinen Ortsverbänden in Schwandorf, Neunburg, Nabburg und Oberviechtach ist die Trägerorganisation für den Bergungsdienst, Instandsetzungsdienst, Versorgungsdienst sowie für die Fernmeldezentrale des Landrats. THW-Bereichsgeschäftsführer Ott



Auch in der Ausbildung in Erster Hilfe und in Sofortmaßnahmen am Unfallort wie in anderen Aktivitäten kann das BRK beachtliche Leistungen aufweisen.



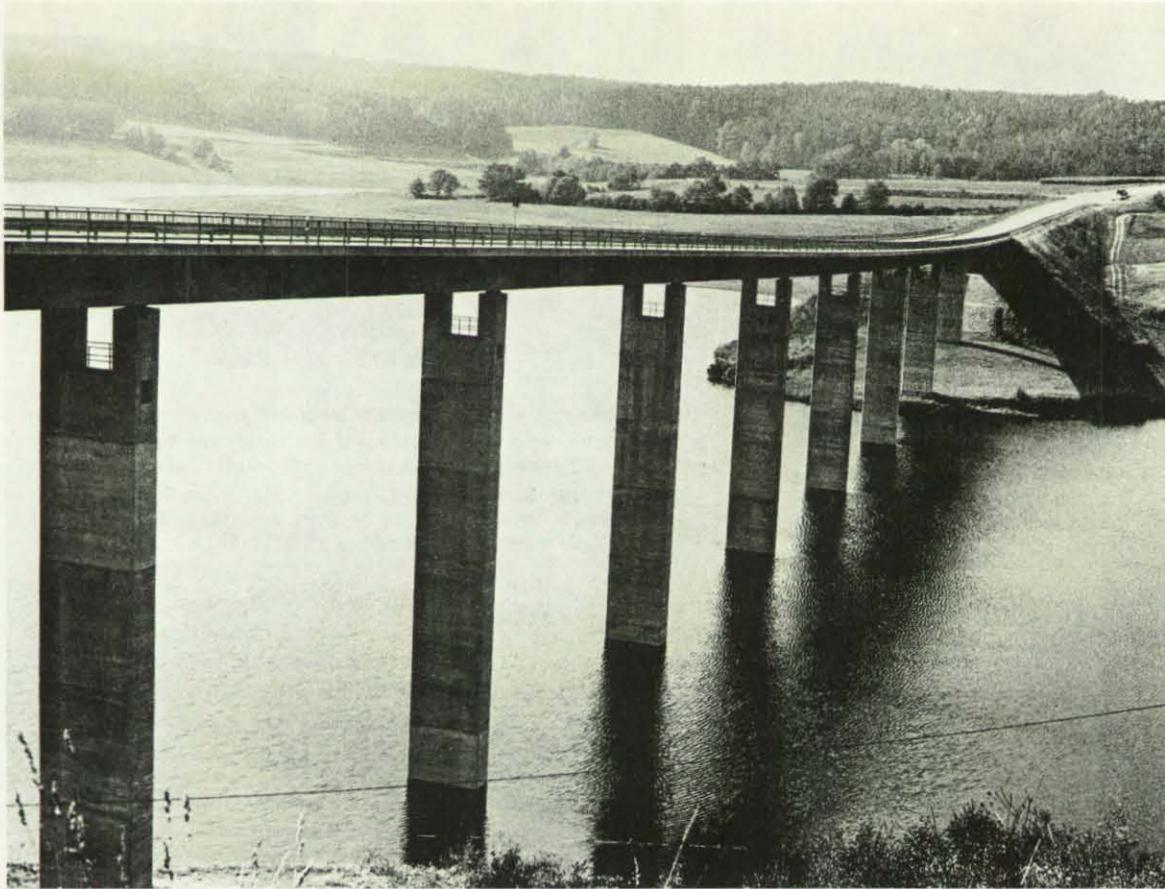
Vollautomatisch arbeitet dieses Gerät der Warnleitmeßstelle im Gymnasium von Burglengenfeld, das direkt mit einem Warnamt verbunden ist und auf Abruf bestimmte ABC-Meßwerte übermittelt.

gab in seiner Geschäftsstelle einen Überblick über das Wirken des THW im Landkreis. Er wies auf die vielen Einsatzarten hin, z. B. Hilfe nach Verkehrsunfällen, Ausleuchten von Unfall- und Schadensstellen und auf die Möglichkeit, Großunfallstellen mit der Flutlichtanlage des Notstromaggregats 58 k VA auszuleuchten. Ein solches Gerät, schnell herbeigeschafft, hat sich bereits bewährt, als im April 1976 in ganz Süddeutschland der Strom ausfiel und zu allem Unglück das Notstromaggregat im Burglengenfelder Krankenhaus versagte.

Das neue Notstromaggregat, beim OV Schwandorf stationiert, hat 108 000,- DM gekostet, wozu der Landkreis 38 000,- DM beisteuerte. In Schwandorf verfügt das THW darüber hinaus noch über 2 MKW, 1 GKW,

einen Feldkochanhänger sowie über ein Boot mit einem 40-PS-Motor. Die Unterbringung aller Geräte und Fahrzeuge ist sehr beengt, was auch die Ausbildung enorm erschwert. Doch wird das THW in Schwandorf bereits im nächsten Jahr ein ideal gelegenes 5000 qm großes THW-Zentrum erhalten, das z. Z. am Ufer der Naab für 1,3 Millionen DM entsteht. Unterbringungsprobleme gibt es auch in Nabburg und in Oberviechtach. Der Landkreis hat aber dafür Sorge getragen, daß die Ortsverbände ihr komplettes Gerät in den jeweiligen Kreisbauhöfen unterbringen können.

Ideale Verhältnisse gibt es in Neunburg, wo der THW-OV im neuen Kreisbauhof untergebracht ist. Ortsbeauftragter Max Gastel führte uns durch die gut ausgestatteten Räume. Die



Der Eixendorfer Stausee staut die in die Naab mündende Schwarzach, ein Mittelgebirgsfluß, der in der Vergangenheit durch häufige Hochwasser erhebliche Schäden an Siedlungen und Fluren verursachte (Foto: Siebert).

ausgezeichnet eingerichtete Werkstatt – sie gehört zum Instandsetzungsdienst – wurde von den Helfern selbst in ihrer Freizeit geschaffen. Amboß, Schmiede, Schweißgeräte, Schleifmaschine, alles ist vorhanden. Im Umkleideraum hat jeder Helfer seinen eigenen Schrank. Der Unterrichtsraum ist gleichzeitig Aufenthaltsraum mit Bar und Fernsehgerät.

Auch die Übungsbedingungen sind ideal, was nicht zuletzt auf die guten Beziehungen zu den Stadtwerken zurückzuführen ist, bei denen der OB Betriebsleiter ist.

In der BRK-Außenstelle Nabburg gab BRK-Kreisgeschäftsführer Deinhardt einen Überblick über die Organisation des Bayerischen Roten Kreuzes im Kreisgebiet. Er stellte fest, daß das BRK durchaus in der Lage sei, personell und materiell die bei kleinen bis mittleren Katastrophen anfallenden Aufgaben zu bewältigen. Das BRK sei aber noch nicht in den erweiterten Katastrophenschutz eingebunden, da aus der Sicht des Bundes die entsprechende Aufbaustufe noch nicht erreicht ist. Darum stünden auch noch keine Mittel für die Erweiterung zur Verfügung, was sehr bedauert wird. In der Tat ist der Sanitätsdienst im Sollstärkeplan des verstärkten Kats bisher nicht vertreten. In der Praxis sieht es natürlich so aus, daß das BRK sehr wohl mit seinen Kräften, seinem

umfangreichen Wagenpark von 14 Krankentransport- und 5 Rettungstransportwagen und der vorhandenen Katastrophenschutz-Ausrüstung einsatzbereit ist und diese Einsatzbereitschaft täglich im Unfallrettungs- und Krankentransport beweist. Die Krankentransportstellen registrieren in der Zeit von 1973 bis 1976 nicht weniger als 35 901 Einsätze, davon 5635 Unfälle. Auch in der Ausbildung in Erster Hilfe und in Sofortmaßnahmen am Unfallort wie auch in anderen Aktivitäten kann das BRK beachtliche Leistungen aufweisen.

Das BRK ist auch mit seiner Wasserwacht im Katastrophenschutz vertreten. Die Wasserwacht besitzt folgende Einsatzgeräte:

- 1 Rettungsfahrzeug mit Anhänger
- 1 Motorboot mit 40-PS-Motor
- 1 Ruderboot
- 1 Schlauchboot
- 5 komplette Preßluft-Tauchgeräte mit Zubehör
- 6 Taucheranzüge.

Auch für die Wasserwacht im Landkreis Schwandorf gibt es einen Alarm- und Bereitschaftsplan. Eine ganze Reihe von ausgebildeten Tauchern, Bootsführern, Rettungsschwimmern und Kraftfahrern kann jederzeit eingesetzt werden.

Innerhalb des Katastrophenschutzplans spielt neben dem allgemeinen Rettungsdienst auch der Luftrettungsdienst eine bedeutende Rolle. Rettungshubschrauber können für bestimmte Aufgaben angefordert werden. Hubschrauber wie Flächenflugzeuge können z. B. auch für die Aufklärung im Schadensgebiet eingesetzt werden, um einen umfassenden Überblick über den Umfang der Katastrophe zu gewinnen oder um geeignete Anmarschwege zu erkunden. Der Katastrophenschutzplan enthält Listen mit den nächstgelegenen Standorten und der Beschreibung der Anforderungswege. Ganz besondere Regelungen gibt es für den Einsatz der Bayerischen Landespolizei, die Wasserschutzpolizei, die Bayerische Grenzpolizei, die Bereitschaftspolizei sowie für den BGS und die Bundeswehr.

Da in einem Ernstfall ggf. auch auf private Stellen zurückgegriffen werden muß, z. B. auf Hoch- und Tiefbauunternehmen, Kfz-Reparaturwerkstätten, Expeditionen u. ä., sind im Katastrophenschutzplan alle in Frage kommenden privaten Betriebe aufgeführt.

Im Neubau des Landratsamtes

Der Katastrophenschutz im Landkreis Schwandorf befindet sich im Aufbau. Er kann keineswegs als abgeschlossen



Aus dem Schutzbedürfnis vor Hochwassergefahren, verbunden mit der Lösung sonstiger wasserwirtschaftlicher Aufgaben, entstand im Kreisgebiet der Eixendorfer Stausee.

und perfekt angesehen werden. Doch er kann sich sehen lassen. Die Verantwortlichen haben trotz aller Provisorien alles getan, um gegen beinahe jede Katastrophe gerüstet zu sein. Man weiß um die noch bestehenden Unzulänglichkeiten und versucht sie mit aller Kraft zu überwinden. So sind in einem Flügel des Neubaus eines zentralen Landratsamtes Räume für die Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes vorgesehen. Da wird es einen Besprechungsraum für den Katastropheneinsatzstab geben, einen Raum für den Einsatzleiter, eine neue Funk- und Fernmeldezentrale sowie Vorführungsräume für die Polizei, das THW, BRK und die Feuerwehr, selbstverständlich mit den entsprechenden Fernmeldeanschlüssen und den dazugehörigen Antennen auf dem Dach. Mit der Fertigstellung bis Mitte nächsten Jahres wird gerechnet. Der Landkreis unterstützt auch die Bemühungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz um die Unterrichtung der Bevölkerung über die Gefahren und Schäden, die ihr durch Angriffswaffen drohen und um die Ausbildung im Selbstschutz.

Der Eixendorfer Stausee

Die bei Schwarzenfeld in die Naab mündende Schwarzach ist ein Mittelgebirgsfluß, der durch häufige Hochwasser erhebliche Schäden an Siedlungen und Fluren verursacht. Aus dem Schutzbedürfnis vor Hochwassergefahren, verbunden mit der Lösung sonstiger wasserwirtschaftlicher Aufgaben, entstand im Kreisgebiet der Eixendorfer Stausee, der im Oktober seiner Bestimmung offiziell übergeben wurde. Der Stausee liegt östlich von Neunburg vorm Wald im Landkreis Schwandorf. Das Absperrbau-



Abschlußbesprechung nach der Bestandsaufnahme. Das Ergebnis: Obwohl noch in der Aufbauphase, zeigt der Katastrophenschutz im Landkreis Schwandorf, nicht zuletzt dank der behördlichen Unterstützung, einen sehr guten Stand. Im Bild v. l. n. r.: Redakteur H. Freutel, Landrat H. Schuierer, KatS-Referent V. Meid und KatS-Sachbearbeiter Kölbl.

werk, ein Steinschüttdamm mit einer Kerndichtung aus Asphaltbeton und einer Höhe von 28 m hat auch eine Hochwasserentlastung. Diese Anlage besteht aus einem Einlaufbauwerk mit zwei je 6 m breiten Wehrschwellen und aufgesetzten Klappen, der anschließend rund 95 m langen, überdeckten Schußrinne und dem Tosbekken. Der Bemessung der Entlastungsanlage liegt ein Hochwasser von $270 \text{ m}^3/\text{s}$ zugrunde, das innerhalb 1000 Jahren nur einmal zu erwarten ist. Daß diese Anlage dennoch kein herausgeworfenes Geld bedeutet, versteht sich von selbst, wenn man an die katastrophalen Folgen einer Dammüberflutung und eines Dammbruchs denkt.

Schlußbetrachtung

Die Beschreibung der Katastrophenschutzsituation im Landkreis Schwandorf steht hier für viele ähnlich gelagerte Fälle. Daß die Aufgaben des Katastrophenschutzes ständig an Bedeutung gewinnen, haben spektakuläre Einsätze der Vergangenheit gezeigt. Hier wie dort gilt, daß der Ausrüstungsstand des Katastrophenschutzes insgesamt mit den technischen Möglichkeiten nicht Schritt gehalten hat. Insbesondere hat die Überalterung mancher Kraftfahrzeuge einen Grad erreicht, der die Einsatzbereitschaft aufs Spiel setzt. Noch ist der Einsatzwille der ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer groß, ihre Mitwirkungsbereitschaft beispielhaft. Auf die Dauer kommt aber der Staat an seiner Verpflichtung nicht vorbei, den Helfern bessere Voraussetzungen für ihre Hilfstätigkeit durch die Bereitstellung einer besseren und moderneren Ausrüstung zu schaffen.

Ganz beachtlich sind die finanziellen

Leistungen des Landkreises Schwandorf für Zivil-, Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen. Ohne Personalkosten wurden geleistet:

1975: 560 000 DM

1976: 485 000 DM

Der Ansatz für das Jahr 1977, in dem die Haushaltslage des Landkreises nicht so günstig ist, beträgt 330 000 DM.

Die Vorstellung, daß es nur noch einen einheitlichen Katastrophenschutz gibt, den für Frieden und Krieg, hat sich durchgesetzt. Wenn die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes auch das vielzitierte Kernstück der Zivilen Verteidigung sein sollen, müssen neben einer intensiven und modernen Ausbildung sichtbare Verbesserungen des technischen Stands der Ausrüstung eintreten.

Es war unser Eindruck, daß der Landkreis Schwandorf in der Lage ist, personell die Aufgaben in Krisensituationen zu meistern, jedenfalls soweit es den Katastropheneinsatzstab und die Helferschaft angeht. Zweifel bestehen, ob das Personal der unteren Verwaltungsebene, das in Katastrophenfällen vor gänzlich ungewohnten Aufgaben steht, schon über ausreichende Sachkenntnis und Erfahrung verfügt. Hier scheint eine intensivere Ausbildung und Schulung noch vonnöten. Die entsprechenden Akademien und Schulen des Bundes und der Länder mit ihren speziellen Lehrgängen bieten sich hier an.

Da wir aber, selbst bei unserem kurzen Besuch im Landkreis, den bürgerchaftlichen Geist gespürt haben, der hier lebendig ist, sind wir überzeugt, daß der Landkreis als Schnittpunkt kommunaler und staatlicher Verwaltung auch die noch anstehenden Probleme meistern wird.

Lehrgangszeitplan I. Halbjahr 1978 der Katastrophenschutzschule des Bundes

Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler

Lehrg. Nr.	Lehrgangsart	von (Meldeschuß)	bis
---------------	--------------	---------------------	-----

a) Lehrgänge des Katastrophenschutzes

A 1	Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/-Methodik) für Angehörige des Warndienstes	9. 1.–13. 1. (5. 12. 77)	
A 2	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A	9. 1.–13. 1. (5. 12. 77)	
A 3	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Bergungsdienstes	9. 1.–13. 1. (5. 12. 77)	
A 4	Fortbildungslehrgang für Gruppenführer der E-Gruppe	9. 1.–13. 1. (5. 12. 77)	
A 5	Ausbildungslehrgang zum Leiter der ABC-Melde- und Auswertestelle	9. 1.–20. 1. (5. 12. 77)	
A 6	Sonderlehrgang „Elektroschweißen Stufe II“	9. 1.–20. 1. (5. 12. 77)	
A 7	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	16. 1.–20. 1. (12. 12. 77)	
A 8	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil B	16. 1.–20. 1. (12. 12. 77)	
A 9	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A	16. 1.–20. 1. (12. 12. 77)	
A 10	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Brandschutzdienstes	16. 1.–20. 1. (12. 12. 77)	
A 11	Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) für Angehörige des Warndienstes	23. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
A 12	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten	23. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
A 13	Fortbildungslehrgang für Gruppenführer der GW-Gruppe	23. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
A 14	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im Bergungsdienst	24. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
A 15	Ausbildungslehrgang Netz-Kabel für Gruppenführer-Anwärter der E-Gruppe	23. 1.– 3. 2. (19. 12. 77)	
A 16	Ausbildungslehrgang zum Leiter des Fernmeldebetriebes (FM-Zentrale HVB und KatS-Abschnitt)	23. 1.– 3. 2. (19. 12. 77)	
A 17	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	30. 1.– 3. 2. (27. 12. 77)	
A 18	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil B	30. 1.– 3. 2. (27. 12. 77)	

A 19	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten	30. 1.– 3. 2. (27. 12. 77)	
A 20	Sonderlehrgang „Genfer Abkommen“ für Führungskräfte aller Fachdienste	8. 2.–10. 2. (2. 1. 78)	
A 21	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
A 22	Sonderlehrgang II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
A 23	Ausbildungslehrgang Netz-Kabel für Trupführer-Anwärter der E-Gruppe	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
A 24	Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) für Zugführer des I-Dienstes	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
A 25	Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
A 26	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
A 27	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
A 28	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
A 29	Fortbildungslehrgang für Gruppenführer der AÖ-Gruppe	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
A 30	Ausbildungslehrgang zum Leiter der ABC-Melde- und -Auswertestelle	20. 2.– 3. 3. (16. 1. 78)	
A 31	Sonderlehrgang „Aluminiumschweißen“	20. 2.– 3. 3. (16. 1. 78)	
A 32	Ausbildungslehrgang für Zugführer-Anwärter der Fernmelde-Einheiten (FM-Züge)	20. 2.– 3. 3. (16. 1. 78)	
A 33	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“	27. 2.– 3. 3. (23. 1. 78)	
A 34	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A	27. 2.– 3. 3. (23. 1. 78)	
A 35	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	6. 3.–10. 3. (30. 1. 78)	
A 36	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Planübungen und Übungen auf Standortebeene“	6. 3.–10. 3. (30. 1. 78)	
A 37	Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) für Zugführer des Brandschutzdienstes	6. 3.–10. 3. (30. 1. 78)	
A 38	Sonderlehrgang „Gasschweißen Stufe I“	6. 3.–17. 3. (30. 1. 78)	
A 39	Ausbildungslehrgang für Zugführer-Anwärter des Instandsetzungsdienstes	6. 3.–17. 3. (30. 1. 78)	
A 40	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	13. 3.–17. 3. (6. 2. 78)	
A 41	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Brandschutzdienstes	13. 3.–17. 3. (6. 2. 78)	
A 42	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Sanitätsdienstes	13. 3.–17. 3. (6. 2. 78)	
A 43	Sonderlehrgang „Genfer Abkommen“ für Führungskräfte aller Fachdienste	20. 3.–22. 3. (13. 2. 78)	
A 44	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	20. 3.–23. 3. (13. 2. 78)	
A 45	Fortbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Brandschutzdienstes – Stufe 1	28. 3.– 1. 4. (20. 2. 78)	

A 46	Fortbildungslehrgang für das Lehrpersonal im Fernmeldedienst	29. 3.–31. 3. (20. 2. 78)	A 74	Besondere Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)
A 47	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 2	3. 4.– 7. 4. (27. 2. 78)	A 75	Fortbildungslehrgang für Zugführer der Fernmelde-Einheiten (FM-Züge)	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)
A 48	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A	3. 4.– 7. 4. (27. 2. 78)	A 76	Fortbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Brandschutzdienstes – Stufe 2	16. 5.–19. 5. (10. 4. 78)
A 49	Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) für Zugführer des Bergungsdienstes	3. 4.– 7. 4. (27. 2. 78)	A 77	Fortbildungslehrgang für Lehrgruppenleiter im ABC-Dienst und im Sanitätsdienst	17. 5.–19. 5. (10. 4. 78)
A 50	Sonderlehrgang „Schaltanlagen“	3. 4.– 7. 4. (27. 2. 78)	A 78	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	22. 5.–24. 5. (17. 4. 78)
A 51	Fortbildungslehrgang für Unterführer des Veterinärdienstes	3. 4.– 7. 4. (27. 2. 78)	A 79	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	29. 5.– 2. 6. (24. 4. 78)
A 52	Sonderlehrgang „Elektroschweißen Stufe III“ (Rohrschweißerprüfung E-RI g DIN 8560)	3. 4.–14. 4. (27. 2. 78)	A 80	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“	29. 5.– 2. 6. (24. 4. 78)
A 53	Ausbildungslehrgang für Gruppenführer-Anwärter der GW-Gruppe	3. 4.–14. 4. (27. 2. 78)	A 81	Ausbildungslehrgang für Unterführer-Anwärter des Veterinärdienstes	29. 5.– 2. 6. (24. 4. 78)
A 54	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	10. 4.–14. 4. (6. 3. 78)	A 82	Sonderlehrgang für Maschinisten des Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeuges (DMF)	29. 5.– 9. 6. (24. 4. 78)
A 55	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	10. 4.–14. 4. (6. 3. 78)	A 83	Ausbildungslehrgang Netz-Freileitung für Gruppenführer-Anwärter der E-Gruppe	29. 5.– 9. 6. (24. 4. 78)
A 56	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“	10. 4.–14. 4. (6. 3. 78)	A 84	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	5. 6.– 9. 6. (2. 5. 78)
A 57	Ausbildungslehrgang zum Leiter der ABC-Melde- und -Auswertestelle	10. 4.–21. 4. (6. 3. 78)	A 85	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil B	5. 6.– 9. 6. (2. 5. 78)
A 58	Ausbildungslehrgang zum Leiter des Fernmeldebetriebes (FM-Zentrale HVB und KatS-Abschnitt)	10. 4.–21. 4. (6. 3. 78)	A 86	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A	5. 6.– 9. 6. (2. 5. 78)
A 59	Ausbildungslehrgang für Führer der Erkundungs- und Lotsengruppe	17. 4.–21. 4. (13. 3. 78)	A 87	Fortbildungslehrgang für Leiter des Fernmeldebetriebes (FM-Zentrale HVB und KatS-Abschnitt)	5. 6.– 9. 6. (2. 5. 78)
A 60	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil B	17. 4.–21. 4. (13. 3. 78)	A 88	Sonderlehrgang I für Sprengberechtigten-Anwärter des Bergungsdienstes	5. 6.–16. 6. (2. 5. 78)
A 61	Sonderlehrgang „Ausbildungslehre“ (Didaktik/Methodik) für Zugführer des Sanitätsdienstes	17. 4.–21. 4. (13. 3. 78)	A 89	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
A 62	Sonderlehrgang I für Sprengberechtigten-Anwärter des Bergungsdienstes	17. 4.–28. 4. (13. 3. 78)	A 90	Sonderlehrgang „Anlegen und Durchführen von Übungen“ für Führer von Einheiten	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
A 63	Sonderlehrgang „Gasschweißen Stufe II“ (Rohrschweißerprüfung G-RI m DIN 8560)	17. 4.–28. 4. (13. 3. 78)	A 91	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Bereitschaft“ des Brandschutzdienstes	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
A 64	Ausbildungslehrgang für Gruppenführer-Anwärter der AÖ-Gruppe	17. 4.–28. 4. (13. 3. 78)	A 92	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung“ (Berkefeld-Anlage)	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
A 65	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	24. 4.–28. 4. (20. 3. 78)	A 93	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung“ (Krupp-Anlage)	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
A 66	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	24. 4.–28. 4. (20. 3. 78)	A 94	Ausbildungslehrgang für Führungskräfte des Veterinärdienstes	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
A 67	Fortbildungslehrgang II für Führungskräfte des Veterinärdienstes	24. 4.–28. 4. (20. 3. 78)	A 95	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 1	19. 6.–23. 6. (16. 5. 78)
A 68	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)	A 96	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“	19. 6.–23. 6. (16. 5. 78)
A 69	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 2	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)	A 97	Sonderlehrgang „Schaltanlagen“	19. 6.–23. 6. (16. 5. 78)
A 70	Ausbildungslehrgang für Führer der Führungsgruppe „Technische Einsatzleitung“	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)	A 98	Ausbildungslehrgang für Truppenführer-Anwärter der AÖ-Gruppe	19. 6.–23. 6. (16. 5. 78)
A 71	Sonderlehrgang II für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)	A 99	Sonderlehrgang „Elektroschweißen Stufe I“	19. 6.–30. 6. (16. 5. 78)
A 72	Ausbildungslehrgang Netz-Freileitung für Truppenführer-Anwärter der E-Gruppe	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)	A 100	Sonderlehrgang für Maschinisten des Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeuges (DMF)	19. 6.–30. 6. (16. 5. 78)
A 73	Ausbildungslehrgang für Truppenführer-Anwärter der GW-Gruppe	8. 5.–12. 5. (3. 4. 78)			

A 101	Ausbildungslehrgang „Grundlagen der Führung im Katastrophenschutz“ – Teil A	26. 6.–30. 6. (22. 5. 78)
A 102	Ausbildungslehrgang „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe 2	26. 6.–30. 6. (22. 5. 78)
A 103	Ausbildungslehrgang „Zusammenwirken der Fachdienste im Einsatz“ – Teil A	26. 6.–30. 6. (22. 5. 78)
A 104	Sonderlehrgang „Gasschweißen Stufe III“ für geprüfte Rohrschweißer	26. 6.–30. 6. (22. 5. 78)
A 105	Fortbildungslehrgang I für Führungskräfte des Veterinärdienstes	26. 6.–30. 6. (22. 5. 78)
A 106	Ausbildungslehrgang zum Leiter des Fernmeldebetriebes (FM-Zentrale HVB und KatS-Abschnitt)	26. 6.– 7. 7. (22. 5. 78)

THW-A 21	Sonderlehrgang „Vorbereitung des Truppführer-Anwärters zum Ausbilder im THW“	29. 5.– 2. 6. (24. 4. 78)
THW-A 22	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung“ (Berkefeld-Anlage)	5. 6.– 9. 6. (2. 5. 78)
THW-A 23	Sonderlehrgang für Prüfer Grundausbildung	12. 6.–16. 6. (8. 5. 78)
THW-A 24	Sonderlehrgang für Führungskräfte	19. 6.–23. 6. (16. 5. 78)

Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya

Lehrg. Nr.	Lehrgangsart	von (Meldeschluß)	bis
b) Organisationsinterne Sonderlehrgänge des THW			
THW-A 1	Sonderlehrgang für Leiter und Sachbearbeiter HSG 3 bei den LB	10. 1.–13. 1. (5. 12. 77)	
THW-A 2	Sonderlehrgang für Sicherheitsbeauftragte	17. 1.–20. 1. (12. 12. 77)	
THW-A 3	Sonderlehrgang für Landesbeauftragte	24. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
THW-A 4	Sonderlehrgang für Prüfer Grundausbildung	30. 1.– 3. 2. (27. 12. 77)	
THW-A 5	Sonderlehrgang für Leiter HSG 1 bei den LB	8. 2.–10. 2. (2. 1. 78)	
THW-A 6	Sonderlehrgang für Geschäftsführer	9. 2.–10. 2. (2. 1. 78)	
THW-A 7	Sonderlehrgang für Leiter von Jugendgruppen	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
THW-A 8	Sonderlehrgang für hauptamtliche Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit	21. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
THW-A 9	Sonderlehrgang für Führungskräfte	27. 2.– 3. 3. (23. 1. 78)	
THW-A 10	Sonderlehrgang für Ortsbeauftragte	13. 3.–17. 3. (6. 2. 78)	
THW-A 11	Sonderlehrgang für ehrenamtliche Helfer für Öffentlichkeitsarbeit	20. 3.–23. 3. (13. 2. 78)	
THW-A 12	Sonderlehrgang für Geschäftsführer	21. 3.–22. 3. (13. 2. 78)	
THW-A 13	Sonderlehrgang für Geschäftsführer	29. 3.–30. 3. (20. 2. 78)	
THW-A 14	Sonderlehrgang für Leiter von Jugendgruppen	24. 4.–28. 4. (20. 3. 78)	
THW-A 15	Sonderlehrgang „Holzbearbeitung“	24. 4.–28. 4. (20. 3. 78)	
THW-A 16	Sonderlehrgang für Sicherheitsbeauftragte	16. 5.–19. 5. (10. 4. 78)	
THW-A 17	Sonderlehrgang für ehrenamtliche Helfer für Öffentlichkeitsarbeit	16. 5.–19. 5. (10. 4. 78)	
THW-A 18	Sonderlehrgang „Holzbearbeitung“	16. 5.–19. 5. (10. 4. 78)	
THW-A 19	Sonderlehrgang „Trinkwasseraufbereitung“ (Berkefeld-Anlage)	29. 5.– 2. 6. (24. 4. 78)	
THW-A 20	Sonderlehrgang für Führungskräfte	29. 5.– 2. 6. (24. 4. 78)	

Lehrg. Nr.	Lehrgangsart	von (Meldeschluß)	bis
a) Lehrgänge des Katastrophenschutzes			
H 1	Fortbildungslehrgang für Fahrlehrer der KatS-Schulen	9. 1.–13. 1. (5. 12. 77)	
H 2	Sonderlehrgang I für Aubo-Fahrer zur Vorbereitung auf die Zusatzprüfung für Seeschiffahrtstraßen, Küstengewässer und Nord-Ostsee-Kanal	23. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
H 3	Sonderlehrgang „Stegebau“	23. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
H 4	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen“ (früher: allradgetriebene Fahrzeuge)	23. 1.–27. 1. (19. 12. 77)	
H 5	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau I“	30. 1.– 3. 2. (26. 12. 77)	
H 6	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Personenbeförderung“ (früher: Fahrgastbeförderung)	30. 1.– 3. 2. (26. 12. 77)	
H 7	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	6. 2.–10. 2. (2. 1. 78)	
H 8	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	6. 2.–10. 2. (2. 1. 78)	
H 9	Sonderlehrgang „Vermessungsgrundlagen“	6. 2.–10. 2. (2. 1. 78)	
H 10	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
H 11	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
H 12	Fortbildungslehrgang „Vermessungsgrundlagen“	13. 2.–17. 2. (9. 1. 78)	
H 13	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
H 14	Sonderlehrgang „Stegebau“	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
H 15	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen“ (früher: allradgetriebene Fahrzeuge)	20. 2.–24. 2. (16. 1. 78)	
H 16	Sonderlehrgang „Aubo-Prüflehrgang“	20. 2.– 3. 3. (16. 1. 78)	
H 17	Sonderlehrgang „Retten aus Wassergefahren“	27. 2.– 3. 3. (23. 1. 78)	
H 18	Sonderlehrgang „Behelfsbrückenbau I“	27. 2.– 3. 3. (23. 1. 78)	
H 19	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	6. 3.–10. 3. (30. 1. 78)	
H 20	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	6. 3.–10. 3. (30. 1. 78)	
H 21	Sonderlehrgang I „Behelfsbrückenbau – Leiter“	6. 3.–10. 3. (30. 1. 78)	

H 22	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	13.	3.-17.	3.
H 23	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	13.	3.-17.	3. (6. 2. 78)
H 24	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau III“ (mit vorbereitetem Gerät – Bailey-Brücke)	13.	3.-17.	3. (6. 2. 78)
H 25	Sonderlehrgang „Ölschadenbekämp- fung auf dem Wasser“	13.	3.-17.	3. (6. 2. 78)
H 26	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	3.	4.- 7.	4. (27. 2. 78)
H 27	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	3.	4.- 7.	4. (27. 2. 78)
H 28	Sonderlehrgang „Stegebau“	3.	4.- 7.	4. (27. 2. 78)
H 29	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	10.	4.-14.	4. (6. 3. 78)
H 30	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	10.	4.-14.	4. (6. 3. 78)
H 31	Sonderlehrgang „Vermessungsgrund- lagen“	10.	4.-14.	4. (6. 3. 78)
H 32	Sonderlehrgang „Ölschadenbekämp- fung auf dem Wasser“	10.	4.-14.	4. (6. 3. 78)
H 33	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	17.	4.-21.	4. (13. 3. 78)
H 34	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau I“	17.	4.-21.	4. (13. 3. 78)
H 35	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer „Füh- ren von Einsatzfahrzeugen“ (früher: allradgetriebene Fahrzeuge)	17.	4.-21.	4. (13. 3. 78)
H 36	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	24.	4.-28.	4. (20. 3. 78)
H 37	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	24.	4.-28.	4. (20. 3. 78)
H 38	Sonderlehrgang Behelfsbrücken- bau II“	24.	4.-28.	4. (20. 3. 78)
H 39	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	22.	5.-26.	5. (17. 4. 78)
H 40	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	22.	5.-26.	5. (17. 4. 78)
H 41	Sonderlehrgang „Stegebau“	22.	5.-26.	5. (17. 4. 78)
H 42	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer, „Führen von Einsatzfahrzeugen“ (früher: allradgetriebene Fahrzeuge)	22.	5.-26.	5. (17. 4. 78)
H 43	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	29.	5.- 2.	6. (24. 4. 78)
H 44	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	29.	5.- 2.	6. (24. 4. 78)
H 45	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau I“	29.	5.- 2.	6. (24. 4. 78)
H 46	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Personenbeförderung“ (früher: Fahr- gastbeförderung)	29.	5.- 2.	6. (24. 4. 78)
H 47	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	5.	6.- 9.	6. (1. 5. 78)
H 48	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	5.	6.- 9.	6. (1. 5. 78)
H 49	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau II“	5.	6.- 9.	6. (1. 5. 78)
H 50	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	5.	6.- 9.	6. (1. 5. 78)
H 51	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau III“ (mit vorbereitetem Gerät – Bailey-Brücke)	12.	6.-16.	6. (8. 5. 78)
H 52	Fortbildungslehrgang für Fahrlehrer der KatS-Schulen	12.	6.-16.	6. (8. 5. 78)

H 53	Sonderlehrgang „Aubo-Prüflehrgang“	12.	6.-23.	6. (8. 5. 78)
H 54	Sonderlehrgang „Retten aus Wasser- gefahren“	19.	6.-23.	6. (15. 5. 78)
H 55	Sonderlehrgang „Stegebau“	19.	6.-23.	6. (15. 5. 78)
H 56	Sonderlehrgang I für Kraftfahrer „Füh- ren von Einsatzfahrzeugen“ (früher: allradgetriebene Fahrzeuge)	19.	6.-23.	6. (15. 5. 78)
H 57	Sonderlehrgang „Fahren auf dem Wasser“	26.	6.-30.	6. (22. 5. 78)
H 58	Sonderlehrgang für Aubo-Fahrer	26.	6.-30.	6. (22. 5. 78)
H 59	Sonderlehrgang „Behelfsbrücken- bau I“	26.	6.-30.	6. (22. 5. 78)
H 60	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Personenbeförderung“ (früher: Fahr- gastbeförderung)	26.	6.-30.	6. (22. 5. 78)

Lehrg. Nr.	Lehrgangsart	von	bis (Meldeschluß)
---------------	--------------	-----	----------------------

b) Organisationsinterne Sonderlehrgänge des THW

THW-H 1	Sonderlehrgang für ha. Personal THW	16.	1.-20.	1. (12. 12. 77)
THW-H 2	Sonderlehrgang I für Feldköche THW	23.	1.-27.	1. (19. 12. 77)
THW-H 3	Sonderlehrgang „Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“ THW	30.	1.- 3.	2. (27. 12. 77)
THW-H 4	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer THW (Fahrgastbeförderung)	30.	1.- 3.	2. (27. 12. 77)
THW-H 5	Sonderlehrgang II für Feldköche THW	30.	1.- 3.	2. (27. 12. 77)
THW-H 6	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer THW (Fahrgastbeförderung)	27.	2.- 3.	3. (23. 1. 78)
THW-H 7	Sonderlehrgang „Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“ THW	6.	3.-10.	3. (30. 1. 78)
THW-H 8	Sonderlehrgang „Ausstattungs- satz der Pumpengruppe“ THW	3.	4.- 7.	4. (27. 2. 78)
THW-H 9	Sonderlehrgang für Fährenführer THW	17.	4.-28.	4. (13. 3. 78)
THW-H 10	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer THW (Fahrgastbeförderung)	24.	4.-28.	4. (20. 3. 78)
THW-H 11	Sonderlehrgang II für Kraftfahrer THW (Fahrgastbeförderung)	26.	6.-30.	6. (22. 5. 78)

Institut für Strahlenschutz in Neuherberg

Im I. Halbjahr 1978 keine Lehrgänge für
Führungskräfte des Veterinärdienstes.

Der Lehrgangszeitplan für das II. Halbjahr 1978
der Katastrophenschutzschule des Bundes
erscheint in ZS-MAGAZIN Dezember 1977.

Norla 77: alle Hände voll zu tun

Die diesjährige Ausstellung „Norla – Norkofa“ fand vom 13.–18. September in Rendsburg statt. Im norddeutschen Raum ist die „Norddeutsche landwirtschaftliche Fachausstellung“ (Norla) und die damit verbundene „Norddeutsche kommunale Fachausstellung“ (Norkofa) eine der bedeutendsten Ausstellungen überhaupt.

Der BVS ist in jedem Jahr mit einer Sonderschau vertreten, welche die Messebesucher auch über den Zivilschutz informieren soll. Die bewährte IPA-Koje bildete – in Verbindung mit der landesstelleneigenen Ausstellung „Selbstschutz“ – den Rahmen der BVS-Schau. Ständige Filmvorführungen, vor allem aber das „Glücksrad“, waren Anziehungspunkte für die Besucher. Wer vorher einen Teilnahmechein ausgefüllt hatte, auf dem einige Fragen aus dem Bereich des Selbstschutzes zu beantworten waren, konnte das „Glücksrad“ drehen und möglicherweise einen Taschenkalendar gewinnen.

Die BVS-Dienststelle wird in einer Nachfabaktion alle Teilnehmer des Glücksradspiels mit Informationsmaterial versorgen und ihnen nahelegen, ihr Selbstschutzwissen weiter zu verbessern. Nicht nur das Betreuungspersonal am Glücksrad, auch das Standpersonal hatte viel zu tun; immer wieder mußten organisatorische Fragen und Fragen zu den Themen Selbstschutz, Schutzraumbau, Katastrophenschutz und über Waffenwirkungen beantwortet werden.

Auch Prominenz besuchte den BVS-Stand. Im Gästebuch stehen u. a. die Namen von Minister Flessner (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und Minister Lausen (Finanzen). Landtagsabgeordneter Latendorf, der Vorsitzende des Agrar-Ausschusses, hat sich ebenfalls eingetragen. In diesem Jahre besuchten ca. 173 000 Menschen die „Norla“; viele von ihnen waren an der Arbeit des BVS interessiert.

Norderstedt gibt ein gutes Beispiel

Auf einer Personalversammlung der Stadtverwaltung Norderstedt hatte BVS-Dienststellenleiter von Gruenewaldt, Pinneberg, Gelegenheit, vor 120 Bediensteten ein Referat über den Selbstschutz zu halten. Von Gruenewaldt betonte die Notwendigkeit der Ausbildung von Bediensteten auch in Behörden. Schon bei Alltagsunfällen verstreiche eine gewisse Zeit, bis z. B. Krankenwagen, Feuerwehr oder die Polizei am Unfallort eintreffen. Diese Zeit müsse man durch Selbsthilfemaßnahmen überbrücken.

Der Appell des BVS-Dienststellenleiters, Bedienstete der Stadt im Selbstschutz auszubilden, wurde durch Bürgermeister Embacher und den Personalratsvorsitzenden der Stadtverwaltung unterstützt. Ihren ersten Erfolg kann die BVS-Dienststelle Pinneberg bereits verbuchen: In Norderstedt wurden schon zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge für

Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Stadtbauamtes durchgeführt.

Helfer-Vertretung gewählt

Am 10. September 1977 haben die Helfervertreter der BVS-Dienststellen aus dem Landesstellenbereich Schleswig-Holstein ihren Helfervertreter auf Landesstellenebene und seine beiden Stellvertreter gewählt.

Gewählt wurden:

Helfervertreter auf Landesstellenebene: Jürgen Grabke, Itzehoe;

1. Stellvertreter: Karl-Heinz Müller, Pinneberg;

2. Stellvertreter: Wolfgang Dahmann, Neumünster.

Alle drei sind BVS-Fachlehrer; die beiden Stellvertreter auch BVS-Redner. Jürgen Grabke ist seit dem 1. 12. 1953 ehrenamtlicher Mitarbeiter im BLSV/BVS. Trotz seiner starken beruflichen Inanspruchnahme bei der Landesregierung war er lange Jahre in der Ausbildung, zuletzt als Facharbeiter für die Öffentlichkeitsarbeit, bei der BVS-Dienststelle Itzehoe tätig.

Die Helfervertreter setzten sich für ihre Amtszeit das Ziel, eine konstruktive Zusammenarbeit der Dienststellen – bis hin zur Landesstelle – zu erreichen. Den bisherigen Helfervertretern und dem Helfervertreter auf Landesstellenebene gebührt Dank für die vierjährige Arbeit. Karl-Heinz Schappien, der Vorgänger von Jürgen Grabke, war bereits seit 1968 dem Gedanken der Helfervertretung verpflichtet.

Bremen



Kurz-Notizen

Weit über 3000 Besucher sahen innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in der Eingangshalle des Bremer Polizeihauses.

Viel Interesse fand die Ausstellung „Zivilschutz“, die in der Schaufensterfront der Geschäftsstelle der Handelskrankenkasse Bremen in der City von Bremen-Vegesack gezeigt wurde. Interessenten erhielten in

der Geschäftsstelle auch Informationsmaterial des BVS.

Vorsorgemaßnahmen im Haushalt

Die Leiterin des Fachgebietes „Frauenarbeit“, Maria-Elisabeth Tjaden, sprach vor Frauengruppen und Mitgliedern des Deutschen Hausfrauenbundes. „Selbsthilfe bei Unfällen im Haushalt“ und „Zweckmäßige und sinnvolle Lebensmittel- und Trinkwasserbevorratung“, das waren

die Hauptthemen, über die Frau Tjaden sprach. Doch auch die Notwendigkeit einer Hausapotheke, die Bekämpfung von Entstehungsbränden, die Dokumentensicherung und das Notgepäck wurden angesprochen. Frau Tjaden wies darauf hin, wie wichtig solche Vorsorgemaßnahmen seien, wenn beispielsweise Evakuierungen aus hochwassergefährdeten Gebieten, bei großen Flächenbränden oder in anderen Katastrophen- und Unglücksfällen durchgeführt werden müssen.

Niedersachsen – kurz und bündig

Nordenham. Die BVS-Informationsschau im Rundzelt auf dem Marktplatz in Nordenham bot Informationen über den Selbstschutz und über den Schutzraumbau. Die Presse folgte: Dort, wo keine öffentlichen Schutzräume vorhanden sind, sollte der Bürger verstärkt private Schutzräume errichten.

Brake. Die FZA war eine Woche lang in Brake eingesetzt. Rund 1000 Berufsschüler wurden in Vorträgen über den Selbstschutz und den Zivilschutz unterrichtet. Schulleiter Bockstiegel, der den Einsatz ermöglichte, ist der Auffassung, daß Informationen über den Zivilschutz zur Berufsvorbereitung und Berufsausbildung gehören.

Celle. Die Presse berichtet regelmäßig ausführlich über den Einsatz der FZA, die Tätigkeit des BVS und den Selbstschutz. Der Leiter der FZA, Werner Pietz, führt vor den Einsätzen ein Gespräch mit der örtlichen Presse.

Aurich. Im Auricher Rathaus wurde am 21. August die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ durch Stadtdirektor Karl Gumbrecht eröffnet. Gumbrecht verwies auf die Notwendigkeit der Selbsthilfe bei Katastrophensituationen; BVS-Dienststellenleiter Johannes Ramaker stellte die Bedeutung des Selbstschutzes für einen Verteidigungsfall heraus.

Hanstedt/Winsen. Direktor Meyhe hatte die Vereine, Verbände und politischen Parteien um Unterstützung gebeten, das Interesse der Bürger

für einen Selbstschutz-Grundlehrgang zu wecken. Die Resonanz: rund 100 Personen waren erschienen. BVS-Dienststellenleiter Thiele hatte vorgesorgt; in vier Parallel-Veranstaltungen konnten alle Lehrgangsteilnehmer unterrichtet werden.

Wieda. Helfer des BVS unter Leitung des BVS-Beauftragten und Ratsherrn Gröger führten am „Tag des Umweltschutzes“ eine Reinigungsaktion durch. Allgemein wurde bedauert, daß nicht auch andere Organisationen dem Aufruf Folge geleistet und aktiv mitgewirkt hatten.

BVS-Ausstellung in Hattorf

Die Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung der BVS-Landesstelle Niedersachsen, die im Dienststellenbereich Osterode eingesetzt war, machte Werbung für eine andere BVS-Ausstellung: In ihren Vorträgen wiesen die Redner auf die in Hattorf vom 16. bis 23. September stattfindende Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ hin.

Für einen Besuch dieser Ausstellung warb am 16. September auch die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr aus dem Nachbarort Hörden. Um 20 Uhr dieses Tages fand die Eröffnungsfeier statt, an der u. a. Samtgemeindedirektor Husung, Bürgermeister Hansmann und BVS-Bereichsbeauftragter Jankowski teilnahmen. Nach einleitenden Worten des Samtgemeindedirektors und des BVS-Bereichsbeauftragten gingen die Gäste – Ratsmitglieder, Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr, Mitglieder der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und des Deutschen Roten Kreuzes – gemeinsam durch die Ausstellung.

Abgerundet wurde die BVS-Ausstellung durch die Beteiligung anderer Hilfs-Organisationen. Die Feuerwehr zeigte eine alte, von Hand betriebene Spritze, die DLRG ein Rettungsboot, das DRK hatte Beatmungsgeräte ausgestellt; Einsatzfahrzeuge des THW und der Feuerwehr vervollständigten das Programm. Am Samstagvormittag besuchten die Schüler der Hauptschule Hattorf die Ausstellung. Die an den Nachmittagen stattfindenden Filmvorführungen des BVS waren stets gut besucht.

Dienststellenleiter Blanke verabschiedet

Landesstellenleiter Edgar Sohl verabschiedete den Leiter der BVS-Dienststelle Oldenburg, Ludwig Blanke.

Blanke schied mit Erreichen des Rentenalters als hauptamtlicher Mitarbeiter aus dem BVS aus. 1963 kam er als ehrenamtlicher Helfer zum BLSV/BVS.

Im Jahre 1965 wurde Blanke als Ausbildungsleiter in der damaligen BLSV-Dienststelle in Oldenburg hauptamtlich angestellt. Sieben Jahre lang bildete er viele Bürger der Stadt und des Landkreises Oldenburg im Selbstschutz aus. Diese Tätigkeit war die Basis für die weitere gute Zusammenarbeit mit Behörden, Schulen und Betrieben, als ihm 1971 die Leitung der BVS-Dienststelle Oldenburg übertragen wurde.

Rückschauend stellte Blanke fest, daß ihn viele Behördenleiter, Pädagogen und ganz besonders Amtsrat Döring vom Amt für Katastrophenschutz sowie in steigendem Maße auch der Verwaltungsbezirk Oldenburg bei der Tätigkeit für den BVS unterstützt hätten.

HAMBURG

BVS-Helfer wählen ihre Vertreter

Die Helfer des BVS im Bereich der Landesstelle Hamburg haben ihre neuen Vertreter in den Dienststellen und den Landeshelfervertreter gewählt.

Landeshelfervertreter wurde Winfried

Reichelt. In der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte wurden Winfried Reichelt und Dierk Bartheidel; in der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord Karl-Heinz Schuhmacher gewählt.

Die Helfer der BVS-Dienststelle Hamburg-Bergedorf werden durch Peter Wiese, die der BVS-Dienststelle Ham-

burg-Harburg durch Paul Mäurer vertreten.

Die Interessen der Helfer der BVS-Dienststelle Hamburg-Eimsbüttel werden durch den Helfervertreter der BVS-Dienststelle Hamburg-Nord, Karl-Heinz Schuhmacher, mitvertreten.

ZS-Faltblatt wird verteilt

Die Düsseldorfer Stadtverwaltung verteilt in diesem Jahr mit den Lohnsteuerkarten auch 350 000 Faltblätter mit Zivilschutzangaben an die Bevölkerung. Die Faltblätter enthalten u. a. Angaben über die Aufgabenstellung des Zivilschutzes, die Erläuterungen der Sirensignale und eine Aufstellung von Notrufnummern.

Die Stadtväter der RheinStadt haben außerdem – ständig um die Erweiterung der Sicherheit der Bevölkerung bemüht – in Übereinkunft mit dem BVS die Möglichkeit geschaffen, daß Einwohner der Stadt an jedem Sonnabend kostenlose Selbstschutz-Unterweisungen besuchen können.

Selbstschutz in der Schule

Castrop-Rauxel. „Onkel Jakob“ – das Übungsphantom – stand in hellen Flammen. Ein Schüler der Hauptschule Cottenburgstraße ergriff beherzt eine Decke und löschte damit den „armen Jakob“ ab. Hier wurde der Ernstfall mit den 15jährigen

Schülern geprobt: Ein Selbstschutz-Grundlehrgang wurde von der BVS-Dienststelle Castrop-Rauxel durchgeführt. Die Schüler machten bei den praktischen Übungen – Verletzten-Transport, Handhabung des Feuerlöschers, Ablöschen brennender Personen – sehr engagiert mit.

Veranstaltungen fast „ausgebucht“

Solingen. Über zehntausend Teilnehmer an ihren Veranstaltungen registrierte die BVS-Dienststelle Solingen im ersten Halbjahr 1977. Von den Veranstaltungen, die die Dienststelle für die zweite Hälfte des Jahres anbietet, sind bereits 80 % „ausgebucht“. Dienststellenleiter Görnemann stellt fest, daß die Bereitschaft von Firmen und Institutionen, ihre Mitarbeiter im Selbstschutz ausbilden zu lassen, ständig wächst.

Geschult wurden bereits – um nur einige zu nennen – die Bediensteten der drei Rathäuser, das Personal diverser Firmen, Krankenhauspersonal. Für diese Arbeit stehen der

BVS-Dienststelle vier hauptamtliche und 36 ehrenamtliche Kräfte zur Verfügung.

Nachruf

Tief erschüttert geben wir den plötzlichen Tod unseres Mitarbeiters in der Bundeshauptstelle

Hermann Joseph Junglen

bekannt.

Er starb am 23. Oktober 1977 kurz vor Vollendung seines 47. Lebensjahres. Der Verstorbene wurde am 28. 10. 1930 in Kinheim/Mosel geboren. Seit dem 15. 3. 1972 war er als BVS-Lehrer – zugleich Geräteverwalter – bei der 2. Fahrbaren Schule der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen in Recklinghausen beschäftigt. Am 16. 8. 1973 übernahm er die Leitung der Zentralregistratur bei der BVS-Bundeshauptstelle in Köln. Er füllte diesen Dienstposten bis zu seinem Tode gewissenhaft aus. Der BVS verliert in ihm einen pflichtbewußten, treuen Mitarbeiter. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Gewinner des BVS-Preisausschreibens

Anläßlich der „Wesseling-Woche 77“ führte die BVS-Dienststelle Köln ein Preisausschreiben durch. Der Fragebogen enthielt sechs Fragen aus dem Selbstschutzbereich, bezogen auf das tägliche Leben. Über 2000 Fragebogen wurden eingereicht;

für die Sieger hatte die Stadtverwaltung Wesseling zehn Preise zur Verfügung gestellt.

Nach der Auswertung der Fragebogen überreichte jetzt Wesselings Bürgermeister Alfons Müller im Rathaus die Preise an die Hauptgewinner.

Den 1. Preis gewann Christine Stemmler; Heinz Reichstein errang den 2., Monika Glowatzki den 3. Preis. Strahlende Gesichter gab es, als Bürgermeister Müller nach der Preisverteilung alle Gewinner zu einem Umtrunk einlud.



Bürgermeister Müller (rechts) überreicht der Gewinnerin des BVS-Preisausschreibens, Frau Stemmler, den ersten Preis. In der Mitte der zweite Preisträger, Heinz Reichstein. Den dritten Preis erhielt Frau Glowatzki aus der Hand von BVS-Dienststellenleiter Leifgens (links).

Eine gute Zusammenarbeit

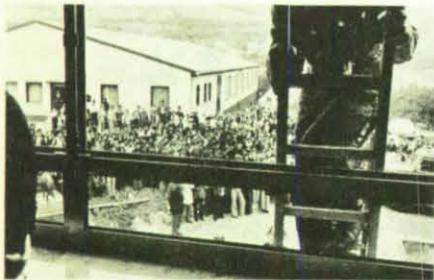
Eine Woche lang stand bei der Berufsbildenden Schule in Kirn das Thema „Sicherheit“ im Vordergrund. Vom BVS wurden unter Mitwirkung der Feuerwehr und des DRK vom 19. bis 23. September in der Schule alle Sicherheitsvorkehrungen und Katastrophenpläne eingehend getestet. Dabei wurden Schüler und Lehrer theoretisch und praktisch unterrichtet. Sämtliche Fluchtwege der Schule wurden – unter zum Teil erschwerten Bedingungen – überprüft.



Die Berufsschüler wurden über die Bedienung von Handfeuerlöschern informiert.



Einsatz des DRK: Versorgung von „Verletzten“.



Aufmerksam verfolgten die Berufsschüler die Aktionen der Feuerwehr zur Bergung „eingeschlossener“ Schüler.

Während der „Sicherheitswoche“ wurden zwei große Brandschutzübungen, an denen sich die Kirner Freiwillige Feuerwehr mit mehreren Zügen beteiligte, durchgeführt. Bei

der ersten Übung ging man davon aus, daß die Schüler einer Klasse durch einen Brand im Klassenraum eingeschlossen wurden. Sieben Schüler erlitten schwere Brandverletzungen.

Die Feuerwehr hatte die Aufgabe, die eingeschlossenen Schüler zu bergen, zum Teil über eine Feuerwehreinleiter. Die „Geretteten“ wurden danach sofort von DRK-Helfern versorgt.

Bei der zweiten Übung wurde angenommen, daß der Haupteingang der Schule bei einem schweren Brand nicht mehr zu benutzen war; Schüler und Lehrer mußten also einen anderen Fluchtweg suchen. Auch diesmal gab es wieder mehrere „Verletzte“, von denen jedoch niemand wußte, in welchen Klassenräumen sie lagen.

Nach Beendigung der Übungen kamen alle Beteiligten zu einer Abschlußbesprechung zusammen, bei der die aufgetretenen Schwierigkeiten und Probleme erörtert wurden. Es wurde z. B. angeregt, im Ernstfall die Schüler nach dem Verlassen des Gebäudes klassenweise zu sammeln, damit überprüft werden kann, ob noch jemand fehlt. Herbert Eheses, BVS-Landesstelle Mainz, der als Koordinator der Sicherheitswoche wirkte, betonte, daß bei solchen Übungen die eingesetzten Helfer die Räumlichkeiten der Schule besser kennenlernen könnten und dadurch bei eventuellen Einsätzen besser vorbereitet wären.

Neben den rein praktischen Tests und Übungen wurde bei der Sicherheitswoche großer Wert auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse in der Brand- und Katastrophenbekämpfung gelegt. Der richtige Umgang mit Wandhydranten und Feuerlöschern ist genau so wichtig wie das Bemühen, bei Ausbruch des Feuers zunächst einmal Ruhe zu bewahren und überlegt zu handeln. Zudem haben Feuerwehr und DRK aus den Übungen wichtige Erkenntnisse für ihre künftigen Einsätze gewonnen.

Wahl der Helfervertreter

Die BVS-Helfer in Rheinland-Pfalz haben ihren Helfervertreter bei der Landesstelle und dessen Stellvertreter am 24. September gewählt.

Helfervertreter bei der Landesstelle wurde Helmut Kahl, Dienststelle Bad Kreuznach;

1. Stellvertreter Hilde Euler, BVS-Dienststelle Mainz;
2. Stellvertreter Gerhard Blum, BVS-Dienststelle Trier.

BVS auf der IDU-Ausstellung 77

Zum ersten Male nahm der BVS mit einem Ausstellungsstand an der IDU-Ausstellung in Simmern teil. Bereits am Eröffnungstage besuchten bei einem Rundgang Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft auch den BVS-Ausstellungsstand.

Der Schirmherr der Ausstellung, Staatssekretär Karl Haehser; der Stadtbürgermeister von Simmern, Karl Windhäuser; der Verbandsbürgermeister des Rhein-Hunsrück-Kreises, Berg; MdB Wiltrud Will-Feld, CDU; MdL Dr. Kurt Schöllhammer, SPD, und Dr. Danz, F.D.P., trugen sich ins Gästebuch ein.

Viele der 50 000 Besucher ließen sich über den BVS und seine Aufgaben informieren. Besonderes Interesse galt der Selbstschutzausbildung und dem Schutzraumbau. Ausführliche Gespräche fanden mit der Kreislandhandwerkerschaft und der Leitung des Kreisbauernverbandes für den Rhein-Hunsrück-Kreis statt.

Zivilverteidigung und Zivilschutz

Eine Aufklärungsveranstaltung besonderer Art führte die BVS-Dienststelle Ludwigshafen durch, zu der 12 prominente Bürger der Stadt Ludwigshafen eingeladen waren. Über „Die Notwendigkeit von Zivilverteidigung und Zivilschutz“ sprach Werner Schnur, BVS-Dienststellenleiter von Ludwigshafen. Nach dem Referat wurden Fragen der Zivilverteidigung und des Zivilschutzes ausführlich diskutiert.

Erfolg dieser Informationsveranstaltung: Die Gäste wollen sich in Zukunft stärker mit den angesprochenen Themen befassen. Sie erklärten sich bereit, im Herbst an einem Wochenendseminar des BVS teilzunehmen.

BVS bei der 1000-Jahr-Feier in Dudweiler

An den Feierlichkeiten zum 1000jährigen Bestehen des Stadtbezirks Dudweiler beteiligte sich auch die BVS-Dienststelle mit einer Zeltausstellung.

Neben der Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“, zu der die BVS-Fachlehrer Ranft und Appel den Besuchern Erläuterungen gaben, wurden auch zwei Schutzraummodelle und die für einen Schutzraum erforderliche Ausstattung gezeigt. BVS-Helferin Demuth stellte eine zweckmäßige und für eine 14tägige Krisenzeit ausreichende Lebensmittelbevorratung vor, die Fachgebietsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit, Frau Darimont, und Dienststellenleiter Kliebenstein beteiligten sich an den Aufklärungsgesprächen.

Bei der Eröffnung der großen Geräteschau der Katastrophenschutzorganisationen konnte Kliebenstein den Bezirksbürgermeister, Hermann Schon, und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens begrüßen. Er betonte, daß die Ausstellung die Bevölkerung über die Gefahren, die jeden einzelnen bei Unfällen, Katastrophen und einem möglichen Verteidigungsfall bedrohen können, informieren soll. Man wolle aber auch die Möglichkeiten aufzeigen, wie man sich und seinen Mitmenschen schnell und richtig helfen kann. Bürgermeister Schon dankte dem BVS-Dienststellenleiter und seinen Mitarbeitern für die Bemühungen. Er versprach der Dienststelle auch weiterhin jegliche Unterstützung und Hilfe.

Auch der Innenminister rätselte mit

Auf der 15. Europäischen Verbraucherausstellung „Welt der Familie“ in Saarbrücken informierte der BVS unter dem Motto „Zivilschutz, damit Hilfe kein Zufall bleibt“ die Besucher. Im Saarland wurde erstmals ein – andernorts bereits erprobter – neuer Informations- und Ausstellungsstand gezeigt. Die Tafeln der Ausstellung wiesen auf die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes hin, auf den Außenseiten der freistehenden Koje wurden farbige Achtecktafeln

gezeigt, auf denen Alltagsgefahren und mögliche Hilfs- und Schutzmöglichkeiten dargestellt waren.

Als Attraktion erwies sich die Möglichkeit der Teilnahme an dem von der Bundeshauptstelle des BVS ausgeschrieben Malwettbewerb direkt am Stand; den jungen Malern wurde als kleines Dankeschön eine Tafel Schokolade überreicht. Während die Kinder malten, unterhielten sich die Betreuer mit den Eltern über die Notwendigkeit des Selbstschutzes.

Sie wurden eingeladen, sich an einem kleinen Preisausschreiben zu beteiligen. Überraschend viele Besucher machten mit – jeder, der die fünf Fragen richtig beantwortete, erhielt

einen Taschenatlas. Fast 700mal konnte diese kleine Anerkennung ausgehändigt werden.

Auch der saarländische Innenminister Alfred Wilhelm, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Alwin Brück, Helwin Peter, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, einige Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete aller Fraktionen machten mit.

Für die Gestaltung des BVS-Standes und seine klare Aussage fand Ministerpräsident Röder am Eröffnungstage anerkennende Worte, Rechtspflegeminister Wickelmeyer äußerte sich ebenfalls sehr positiv.



Emsig waren die „Maler“ beim BVS-Malwettbewerb dabei. Ihre Arbeiten nahmen am bundesweiten Wettbewerb teil.



Mit gutem Beispiel ging Innenminister Wilhelm voran: Er füllte den Fragebogen aus – und beantwortete natürlich alle Fragen richtig!

Landesstellenleiter Krakowsky verabschiedet

Im Rahmen eines ihm zu Ehren gegebenen Empfangs in der Saarbrücker „Bastei“ wurde am 27. September der langjährige Leiter der BVS-Landesstelle Saarland, Ernst Krakowsky, in den Ruhestand verabschiedet.

Ernst Krakowsky, in Westpreußen geboren, stand zehn Jahre lang an der Spitze der Landesstelle; zuvor gehörte er sieben Jahre lang als Fachbereichsleiter dem Landesaufstellungsstab des Luftschutzhilfsdienstes an.

Zu seiner Verabschiedung hatten sich – neben dem saarländischen Innenminister Alfred Wilhelm – zahlreiche Gäste eingefunden. BVS-Direktor Artur Franke, der von Köln an die Saar gekommen war, begrüßte die Gäste herzlich. Franke dankte vor allem Minister Wilhelm für sein Kommen und für das Interesse, das in den zurückliegenden Jahren von seinen der Landesregierung – vornehmlich vom Innenministerium – immer wieder der Arbeit des BVS entgegengebracht wurde.

In seiner Laudatio betonte Direktor Franke, daß Ernst Krakowsky in einer Zeit besonders großer Schwierigkeiten den Posten des Landesstellenleiters übernommen hätte, diese aber



Dankesurkunde und Blumenstrauß zum Abschied für Ernst Krakowsky.

gemeinsam mit seinen Mitarbeitern gemeistert habe. In seinen weiteren Ausführungen stellte er die erfolgreiche Arbeit auf dem Gebiet des Schutzraumbaus heraus, die mit dem Erreichten das Saarland an die Spitze der übrigen Bundesländer gebracht habe. Dieses Ergebnis und die gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung und dem Innenministerium des Saarlandes seien zweifellos als Verdienst von Krakowsky zu werten. Abschließend dankte Franke dem Landesstellenleiter für seine erfolgreiche Arbeit, überreichte ihm eine Dankurkunde und ein Blumengebinde und wünschte dem Scheidenden für seinen neuen Lebensabschnitt eine so robuste Gesundheit wie bisher und viel Glück.

Innenminister Alfred Wilhelm würdigte – auch im Namen von Minister-

präsident Dr. F. J. Röder – die Leistungen Krakowskys; er stellte fest, daß auch das Saarland Nutznießer dieser Arbeit gewesen sei. Als Dank und Erinnerungsgeschenk überreichte er im Auftrage des Ministerpräsidenten einen Wappenteller des Saarlandes und ein persönliches Geschenk.

Landesstellenleiter Heldmann dankte Ernst Krakowsky im Namen aller BVS-Landesstellenleiter für die gute Kameradschaft und Zusammenarbeit und überreichte eine silberne Schale mit Widmung der Landesstellenleiter. Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, Schmelzer, übergab als Sprecher aller haupt- und ehrenamtlichen BVS-Angehörigen mit herzlichen Wünschen für die Zukunft einen Zinnkrug.



BVS-Direktor Franke hielt die Abschiedslaudatio (v. l. n. r.): Landrat Dr. Schwehm, Innenminister Wilhelm, Landesstellenleiter Krakowsky, Direktor Franke, Ltd. Ministerialrat Schmitz; im Vordergrund Oberst Herrmann.

Ausbildung im betrieblichen Selbstschutz

Schon seit mehreren Jahren schreibt die BVS-Dienststelle Hanau regelmäßig rund 200 größere und mittlere Firmen an und weist auf die vom BVS angebotenen Ausbildungsmöglichkeiten hin. Die Broschüre „Der Betriebliche Katastrophenschutz“ wurde den Betrieben ebenfalls zugesandt.

In Publikationen der Industrie- und Handelskammer werden mindestens halbjährlich Artikel über den betrieblichen Katastrophenschutz und über das Ausbildungsangebot der BVS-Dienststelle Hanau veröffentlicht.

Im Laufe der Zeit hat sich die BVS-Dienststelle zu einem Ansprechpartner der gewerblichen Wirtschaft entwickelt. Ständig erkundigen sich heute Betriebe nach Ausbildungsmöglichkeiten, spezielle Lehrgänge und Ausbildungsvorhaben werden durchgeführt.

Bei einer großen Firma in Hanau beispielsweise wurden bereits zwei Brandschutzlehrgänge durchgeführt. Die Gegebenheiten und Möglichkeiten des Betriebes wurden in den Lehrgängen berücksichtigt. Vorher fand eine Betriebsbegehung statt, bei der das betriebseigene Löschesystem besichtigt wurde.

In der praktischen Ausbildung übten die Teilnehmer mit Handfeuerlöschern und anderen Löschgeräten. Hierbei wurde auch das Ablöschen brennender Personen geübt. Im Anschluß an die Ausbildung wurde eine Übung durchgeführt.

In einem Schreiben an die BVS-Dienststelle sprach die Geschäftsführung den Auszubildenden ihren Dank aus und gab bekannt, daß diese Ausbildung in Abständen wiederholt werden soll. Bei allen Maßnahmen des betrieblichen Katastrophenschutzes

soll die BVS-Dienststelle künftig um beratende Mitwirkung gebeten werden.

25 Jahre im öffentlichen Dienst

Heinz Enseroth, BVS-Dienststelle Wetzlar, konnte am 28. August sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Im Rahmen einer kleinen Feier wurde ihm von Dienststellenleiter Brand die Dankurkunde für seine Tätigkeit im öffentlichen Dienst ausgehändigt.

Heinz Enseroth erfreut sich bei den Kollegen großer Beliebtheit, sie überreichten ihm ein Stadtwappen von Wetzlar.



Heinz Enseroth (rechts) nimmt aus der Hand von BVS-Dienststellenleiter Brand die Urkunde zum 25jährigen Dienstjubiläum entgegen.

Enseroth ist auch außerhalb seines Dienstes zum Wohle der Mitbürger tätig: Seit 42 Jahren ist er aktives Mitglied der freiwilligen Feuerwehr seiner Heimatgemeinde, 27 Jahre lang leitete er die Wehr als Ortsbrandmeister.

Polizei und Zivilschutz

Die BVS-Dienststelle Wetzlar hatte Führungskräfte der Polizei für den 30. und 31. August zu einer Informationstagung nach Butzbach-Wiesental eingeladen.

Als die Referenten der Dienststelle Wetzlar ihre ersten Themen – Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz – abgehandelt hatten, kam eine lebhafte Diskussion in Gang. Am Abend folgte die Besichtigung des Warnamtes VI.

Am zweiten Tag wurde im Anschluß, an die Referate von Polizeirat Anhäuser, Wetteraukreis, und Regierungsdirektor Handwerk, Innenministerium des Landes Hessen, wieder ausgiebig diskutiert. In der Abschlusssprache bewerteten die Polizeiführungskräfte diese Art der Information über den Zivilschutz als sehr positiv.

Nachruf

Der langjährige Mitarbeiter
Georg Gebhard

ist am 10. September im Alter von 65 Jahren verstorben.

Georg Gebhard wurde am 7. 4. 1912 in Braunschweig, Kreis Saatzig (Pommern) geboren. Mit 19 Jahren wurde er Berufssoldat, 1945 kam er aus der Gefangenschaft zurück. Bereits 1956 ehrenamtlicher Helfer, begann Gebhard 1959 seine hauptamtliche Tätigkeit als Lehrkraft an der BLSV/BVS-Landesschule in Braunschweig. Vom April 1966 an bis zur Auflösung der Landesschule im Dezember 1969 war er deren Leiter. Nachdem er auf verschiedenen Dienstposten tätig war, übernahm er 1971 die Dienststelle Wetzlar.

Anlässlich seines Ausscheidens am 30. 4. 1977 wurde ihm die Dankurkunde des BVS überreicht. Leider konnte sich Gebhard nur sehr kurze Zeit eines geruhsamen Lebensabends erfreuen. Sein Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein, seine Hilfsbereitschaft, sein korrektes Auftreten und seine Entschlußfreudigkeit wurden allgemein geschätzt. Wir werden seiner immer in Ehren gedenken.

Info-Stand auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest

In Verbindung mit dem Cannstatter Volksfest trat – erstmals wieder nach sechs Jahren – die heimische Land-

wirtschaft mit einer Veranstaltung vor die breite Öffentlichkeit. Das Motto: „Grünes Baden-Württemberg, attraktiv – informativ – produktiv“.

Die BVS-Landesstelle war mit einem Info- und Ausstellungsstand ebenfalls

vertreten. Das Thema war der Selbstschutz der ländlichen Bevölkerung.

Vom Amt für Zivilschutz war der Landesstelle ein Sonderdruck über den Selbstschutz in der Stadt Stuttgart und ihrer Umgebung zur Verfügung

gestellt worden. Reges Interesse fand bei allen Altersschichten das „Armbrustschießen“ am BVS-Stand. Jeder Treffer wurde „reichlich“ belohnt. Viele Besucher nahmen sich die Zeit, sich mit der Dia-Serie und in persönlichen Gesprächen mit den Betreuern über den Selbstschutz beraten und informieren zu lassen.

Georg Stalter geehrt

Im Rahmen einer Feierstunde verabschiedete Landesstellenleiter Kunde den BVS-Bereichsbeauftragten von Freiburg, Georg Stalter, in den wohlverdienten Ruhestand.

Stalter war seit dem 13. März 1954 ehrenamtlicher Mitarbeiter beim damaligen Bundesluftschutzverband;



BVS-Landesstellenleiter Kunde zeichnete den Bereichsbeauftragten Georg Stalter mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus.

ab April 1957 wurde er hauptamtlicher Fachbearbeiter für die Ausbildung in Kaiserslautern. Von August 1960 bis Juni 1963 leitete er die Ortsstelle in Kaiserslautern. Seit dem 1. Juli 1963 war er zunächst Bezirksstellenleiter des BLSV, dann Bereichsbeauftragter des BVS in Freiburg.

Im Auftrag des Bundespräsidenten zeichnete Landesstellenleiter Kunde Georg Stalter mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. In Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste wurde ihm, verbunden mit einer Dankurkunde, das Ehrenzeichen des BVS verliehen.

„Südwest aktuell“

Böblingen. Die BVS-Dienststelle Böblingen hat im Zuge ihrer Öffentlichkeitsarbeit Kontakte zu den Leitern der Volkshochschulen in Böblingen, Herrenberg und Leonberg aufgenommen. Die Aufgeschlossenheit der VHS-Leiter machte es möglich, zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge und drei Vorträge in das Programm der VHS einzuplanen.

Bruchsal. Am 10. Oktober nahmen 20 Bedienstete des gehobenen und höheren Polizeidienstes der Bereit-

schaftspolizei an einer Info-Veranstaltung des BVS teil. Das Hauptreferat von Dr. Klein vom Max-Planck-Institut: „Das Spannungsverhältnis zwischen Notstandsgesetzen und freier Grundordnung“ fand besondere Aufmerksamkeit. Es wurde anschließend lebhaft diskutiert.

Heidelberg. Wie schon in den vergangenen Jahren, wurde auch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Oberschulamt der Stadt Heidelberg eine Info-Tagung für die Lehrkräfte aller Schularten – insbesondere für Lehrer der Geschichte und Gemeinschaftskunde – angeboten. Die Anmeldungen waren so zahlreich, daß für die erste Tagung nur ein Drittel der Interessenten berücksichtigt werden konnte. Daß bei den Teilnehmern ein echtes Informationsbedürfnis vorlag, zeigte sich während der Veranstaltung besonders in den Diskussionsbeiträgen.

Rottweil. Unter der Leitung der BVS-Dienststelle fanden sich die BKO-Führungskräfte aus Betrieben des Bereichs Rottweil/Tuttlingen im September in Aldingen zu einer Info-Veranstaltung zusammen. Neben der Vermittlung von Fachwissen dienen solche Treffen vor allem dem Gedankenaustausch auf dem Gebiete des betrieblichen Selbstschutzes.

Bayern



BVS ehrte Alt-MdB Dr. Kempfler

Dr. Fritz Kempfler hat sich um den Selbstschutz in seiner engeren Heimat und um den Zivilschutz generell besondere Verdienste erworben. Dies nahm die BVS-Dienststelle Eggenfelden zum Anlaß, den ehemaligen Bundestagsabgeordneten noch einmal besonders zu ehren.

Im Rahmen einer Feierstunde, an der viele Gäste teilnahmen – unter ihnen auch MdL Hans Winkelhofer – überreichte ihm BVS-Bereichsbeauftragter Schramm einen Ehrenteller. Der Leiter der BVS-Dienststelle Landshut – von dieser Dienststelle aus wird Eggenfelden mitbetreut – würdigte die besonderen Verdienste Dr. Kempflers; anerkennende Worte

sprach auch der 2. Bürgermeister von Eggenfelden, Riedler.

Der BVS-Dienststellenleiter von Eggenfelden, Kilger, übergab die Ehrengabe seiner Dienststelle. Sichtlich bewegt dankte Dr. Kempfler; er brachte zum Ausdruck, daß er sich über diese Ehrung ganz besonders freue, da ihm der Schutz der Bevölkerung stets am Herzen liege, den er auch während seiner Zugehörigkeit zum Innenausschuß des Deutschen Bundestages nachdrücklich vertreten habe.

BVS-Ehrennadel verliehen

Mit der BVS-Ehrennadel wurde der Bürgermeister und Kreisbrandrat Ferdinand Stadler anläßlich des

100jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Schöllnach-Riggerding ausgezeichnet.

BVS-Bereichsbeauftragter Schramm, der Urkunde und Ehrennadel überreichte, führte aus, daß sich Stadler in vorbildlicher Weise um den BVS bemüht habe. Von 1954 bis 1964 war er als Gemeindeguppenleiter für den damaligen BLSV mit großem Engagement tätig. Als er dann Kreisbrandinspektor – und später Kreisbrandrat – wurde, blieb er ständig im engen Kontakt mit der BVS-Dienststelle Deggendorf.

Zahlreiche Gäste, unter ihnen auch der Landrat des Kreises Deggendorf, Dunksreiter, und der Leiter des Katastrophenschutzamtes, Oberamtsrat Seidl, waren bei der Verleihung zugegen.

THW übte an Schlei und Ostsee

Am Donnerstag war es wieder einmal soweit: Barmstedts THW-Männer fuhren zur Jahresübung nach Ludwigsburg an die Ostsee. Bereits gegen 13 Uhr verließen die ersten Fahrzeuge die Unterkunft, damit der Lagerplatz rechtzeitig vor Einbruch der Dunkelheit errichtet werden konnte. Die zweite Kolonne fuhr gegen 19 Uhr ab und traf gegen 21.15 Uhr in Ludwigsburg ein.

Am Freitag wurde bereits um 6 Uhr geweckt. Nach dem Frühstück „spielen“ die Gruppen verschiedene Übungslagen durch. Vormittags traf auch eine Jugendgruppe aus Oldenburg ein, die sich zwei Tage an der Übung beteiligte. Im Laufe des Tages konnten Ortsbeauftragter Gert Rittner und Zugführer Erich Gans schließlich mehrere Mitarbeiter des THW-Landesverbandes, unter ihnen auch LB Helmut Meier, am Übungsort begrüßen. Der Kreisbeauftragte für Ostholstein, Palm, traf ebenfalls in Ludwigsburg ein.

Abends wurde der OV Pinneberg über Funk um Unterstützung gebeten, die Helfer rückten sofort vom Standort Lindaunis/Schlei in Richtung Ludwigsburg aus. Die Barmstedter Kameraden hatten inzwischen einige Helfer als „Verletzte“ in einem unwegsamen Gelände postiert.

Angenommene Lage war der Absturz eines mehrsitzigen Flugzeuges. Die Pinneberger THW-Männer leuchteten zunächst die Schadensstelle aus und mußten vier „Verletzte“ bergen, was

sich teilweise sehr schwierig gestaltete.

Am Sonnabend wurde eine große Wasserübung durchgeführt. Die Ortsverbände Pinneberg und Heide erstellten mit ihren Fährensätzen eine Notfähre mit acht Tonnen Nutzlast. Zur Demonstration wurde ein Mannschaftswagen mit der Fähre befördert. Die Barmstedter Gruppe hatte die Sicherung auf dem Wasser übernommen.

Nachmittags feierte der OV Pinneberg sein 25jähriges Bestehen. Pinnebergs Bürgermeister Hans Hermann Kath hatte es sich nicht nehmen lassen, seinen THW-Männern am Übungsort die Glückwünsche der Stadt zu überbringen. Der OV hatte übrigens rechtzeitig vor der Übung zwei neue Einsatzfahrzeuge von der Stadt übernommen.

Am Sonntag wurde vormittags noch in Gruppen gearbeitet. Nach 15 Uhr traten die sieben Fahrzeuge die Rückfahrt in Richtung Barmstedt an, nachdem zuvor die Verkehrslage bei der Polizeileitstelle über Funk erfragt worden war. Da dem OV Barmstedt zu dieser Übung ein Funkwagen des Kreises Pinneberg zur Verfügung stand, konnte bei der gesamten Übung Funk als Führungsmittel eingesetzt werden.

Gegen 18 Uhr erreichte die Kolonne Barmstedt, und alle waren sich darüber einig: Diese Übung war eine der besten der letzten Jahre! G. G.

OV Elmshorn feierte 25. Geburtstag

Die Führungskräfte und Helfer des THW-OV Elmshorn feierten am 16. und 17. September zusammen mit vielen Gästen und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung das 25jährige Bestehen ihres Ortsverbandes.

Mit einer Feierstunde im Kollegien-saal des Rathauses Elmshorn wurde das umfangreiche Geburtstagsprogramm eingeleitet. Ehrengäste, Freunde und Förderer des THW aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereinen und den anderen Hilfsorganisationen waren zum Festakt erschienen. Sie alle, unter ihnen Kreisverwaltungs-direktor Jürgen Schob vom Kreis Pinneberg, Bürgermeister Kurt Semprich und Bürgervorsteher Friedrich von der Stadt Elmshorn und nicht zuletzt THW-Landesbeauftragter Helmut Meier, wurden zu Beginn der Veranstaltung von OB Otto Preuß, der seit 22 Jahren den OV Elmshorn leitet, herzlich begrüßt. Die Festansprache hielt Bürgermeister Kurt Semprich. Er würdigte die vorbildliche Einsatzbereitschaft der THW-Helfer und insbesondere die Verdienste des langjährigen Ortsbeauftragten Otto Preuß um den Ausbau des OV Elmshorn zu einem schlagkräftigen Instrument der Katastrophenabwehr: „Sein Engagement und sein persönlicher Einsatz haben wesentlich mit dazu beigetragen, daß das THW hier in Elmshorn als eine respektierte Einrichtung mit einem hervorragenden Ruf gilt.“

Bürgermeister Semprich hatte 1962 das Bürgermeisteramt in Elmshorn übernommen. Es war das Jahr, in dem sich die verheerende Februar-Sturmflut ereignete, bei der die Helfer des THW-Ortsverbandes Elmshorn ihre erste große Bewährungsprobe bestanden.

Der Aufbau eines wirksamen Katastrophenschutzes für die sturmflutge-



Mit der 8-t-Fähre wird ein MKW über die Schlei übergesetzt.

fährdete Stadt war deshalb für Kurt Semprich von Anfang an eine wichtige Aufgabe. „Der Ortsverband Elmshorn des Technischen Hilfswerks“ – so Semprich in seiner Ansprache – „war einer der Grundpfeiler dieses örtlichen Katastrophenschutzes zusammen mit Feuerwehr, Polizei, Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariter-Bund.“

Nach der Festansprache des Bürgermeisters ergriffen der THW-Landesbeauftragte Helmut Meier und Kreisverwaltungsdirektor Schob das Wort. Beide gratulierten den Führungskräften und Helfern zum Jubiläum ihres Ortsverbandes und wünschten ihnen alles Gute und weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit.

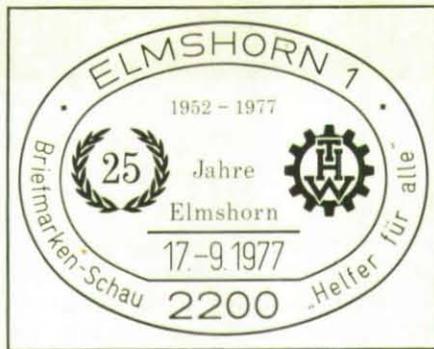
Wie die Festschrift zum 25jährigen Bestehen des THW-OV Elmshorn verzeichnet, fand der letzte Großeinsatz der Elmshorner Helfer anlässlich der Flutkatastrophe vom 3. Januar 1976 statt, während der auch große Teile der im Kreis Pinneberg gelegenen Haseldorfer Marsch von der Flut überschwemmt wurden.

Mit einem Grußwort in plattdeutscher Sprache bedankte sich noch einmal der Bürgermeister der Gemeinde Hetlingen, Rehder, für die damals geleistete große Hilfe.

Zum Ausklang des Festaktes im Rathaus wurden verdiente Helfer und Förderer vom THW-Landesbeauftragten im Namen des Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ausgezeichnet:

Der 73jährige Wilhelm Pachur – einziges noch lebendes Gründungsmitglied des Ortsverbandes – wurde für seine Verdienste um das THW mit dem Helferzeichen in Gold mit Kranz geehrt. Geehrt wurde auch wegen seines großen Verständnisses, das er den Belangen des Technischen Hilfswerkes stets entgegenbrachte, Bürgermeister Semprich ebenso wie die Mitarbeiter der Stadtwerke Gustav Bengtson, Günter Ebeling und Rolf Kahl für ihre Verdienste um die Ausbildung der Helfer im Instandsetzungsdienst. Die Ehrenurkunde für 20jährige aktive Mitarbeit wurde an zwei Helfer, die Ehrenurkunde für 10jährige Mitarbeit an sieben Helfer verliehen.

Außer der Feierstunde im Rathaus gab es zwei weitere Geburtstagsveranstaltungen, die hier nicht unerwähnt bleiben sollen. In den fünf Schaufenstern der „Brandkasse Provinzial“ wurde eine Ausstellung über



Der erste THW-Sonderstempel der Deutschen Bundespost – zum Jubiläum des OV Elmshorn.

die Arbeit des THW eröffnet, und am Abend trafen sich Helfer und Gäste zu einem fröhlichen Beisammensein.

Am nächsten Morgen herrschte auf dem Gelände des Ortsverbandes an der Wrangelpromenade bereits reger Betrieb. Jung und alt waren gekommen, um den „Tag der offenen Tür“ beim THW mitzuerleben. Es wurde eine Menge geboten. Für die Kinder, die den Großteil der rund 2000 Besucher ausmachten, hatten die Helfer u. a. eine Spielwand aufgebaut. Hier

konnten die Kleinen ihre Geschicklichkeit beim Werfen mit Ringen über aufgestellte Flaschen, beim Umwerfen von Blechbüchsen-Pyramiden oder auch beim Einschlagen von Nägeln in einen Balken erproben.

Während die Kinder an der lustig bemalten Spielwand, beim Pony-Reiten oder beim Mitfahren in THW-Fahrzeugen viel Spaß hatten, konnten sich die älteren Besucher Einsatzfahrzeuge und Geräte anschauen bzw. erklären lassen. Auch die Vorführungen fanden reges Interesse.

Großer Andrang herrschte beim Sonderpostamt, das auf dem THW-Gelände in Zusammenarbeit mit dem Briefmarkensammlerverein errichtet worden war. Hier konnten sich interessierte Besucher einen Sonderstempel holen, den die Deutsche Bundespost speziell zum 25. Geburtstag des THW-Ortsverbandes herausgebracht hatte.

Allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben, dazu gehören nicht zuletzt der Floraspielmanszug, der Briefmarkensammlerverein und das DRK Elmshorn, sei noch einmal herzlich gedankt.

VoB



Links: „Tag der offenen Tür“ beim THW-OV Elmshorn: Im Handumdrehen ist mit dem hydraulischen Spreizer eine verklemmte Autotür geöffnet. – Rechts: Viel Spaß hatten die jüngeren und jüngsten Besucher an der eigens errichteten Spielwand.



Früh übt sich ...



„Du und Deine Welt“ mit THW-Beteiligung

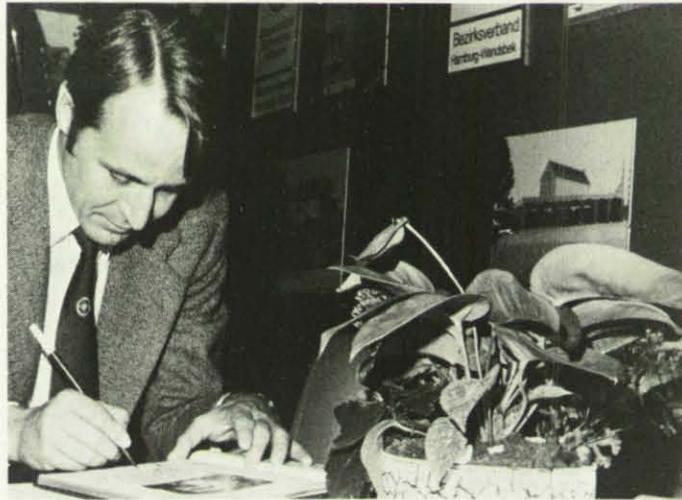
Wie auch in den vergangenen Jahren war das THW Hamburg im 25. Jahr seines Bestehens auf der Verbraucherausstellung „Du und Deine Welt“ mit einem attraktiven Stand vertreten. Die Messe für Jedermann schlug diesmal mit 320 000 Besuchern alle Rekorde.

Das THW stellte eine Trinkwasseraufbereitungsanlage vor. Auf einer separaten Ausstellungsfläche präsentierte sich an jedem Tage ein anderer Bezirksverband, der auch die Standbesetzung stellte. Am meisten lockte die Besucher das mit viel Liebe von Helfer Heino Stüben gefertigte Modell der Bergung eines verunglückten Sattelzuges an. Viele Jugendliche informierten sich über den Dienst beim THW und nahmen das ausgelegte Informationsmaterial gern entgegen. Der Andrang war besonders am Wochenende so groß, daß das Informationsmaterial bereits am Mittag vergriffen war und schnell „Nachschub“ herangebracht werden mußte.

Prominente Gäste am THW-Stand waren der 1. Bürgermeister der Hansestadt, Hans Ulrich Klose und seine Gattin, die Senatoren Werner Staak, Dr. Hans Joachim Seeler, Günter Apel und die Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld und Carl Damm. Lustiges Bonmot am Rande: Als die Gattin des 1. Bürgermeisters den THW-Stand besuchte, wurde ihr selbstverständlich ein „Schlag“ Erbsensuppe angeboten. Frau Klose nahm diese THW-Spezialität dankend entgegen. Eine Viertelstunde später, als der 1. Bürgermeister an den Stand kam, wurde auch er zu Erbsensuppe eingeladen. Bürgermeister Klose lehnte dankend mit dem Hinweis ab, er wolle nach langer Zeit mit seiner Frau einmal wieder essen gehen. Trockene Antwort des THW-Standleiters: „Herr Bürgermeister, das können Sie sich sparen, Ihre Gattin hat bereits beim THW gegessen.“ A. K.

Jugendgruppen übten gemeinsam

Im September haben die Jugendgruppen der THW-BV Altona und Harburg im Rahmen einer überörtlichen Ausbildungsveranstaltung ein



Der 1. Bürgermeister der Hansestadt, Hans Ulrich Klose, trug sich am THW-Stand in das Gästebuch ein.



Die Gattin des 1. Bürgermeisters, Frau Klose, im Gespräch mit Hauptsachgebietsleiter Krüger.

Wochenende gemeinsam verbracht. Sie waren zu Gast im landschaftlich reizvoll gelegenen Warnamt I Hohenwestedt.

Noch am Abend des Anreisetages gab es theoretischen Unterricht im Funksprechverkehr, der am nächsten Vormittag praktisch fortgesetzt wurde. Das Gelände in der Umgebung erlaubte eine praxisbezogene Ausbildung. So wurde u. a. an einem Waldbach eine Löschwasserversorgungsstation aufgebaut und ein vom Weg abgerutschter LKW mußte mit Hilfe des Greifzuges geborgen werden. Nach Einbruch der Dunkelheit erfolgte die Ausleuchtung einer Festwiese, auf der anschließend ein spannendes Fußballspiel „Altona gegen Harburg“ mit hartem Einsatz und äußerster Kraftanstrengung ausgetragen wurde. Dann, nach 17 Stunden Dienst, schlief die Mannschaft erschöpft. Am nächsten Morgen mußte „Sanitäter“ Jörg Bode zahlreiche Blasen behandeln. H. F.

THW half der Museumsbahn

Am Wochenende führte der THW-Bezirksverband Hamburg-Altona eine Ausbildungsveranstaltung im Raum Schönberg/Ostsee durch. Anlaß war eine mehr zufällige Kontaktaufnahme zu den Betreibern der Museumsbahn Schönberg – Schönberg Strand, zu der es während des Urlaubs eines Helfers gekommen war.

Die eingleisige Bahnstrecke von ca. 5 km Länge wird vom Verein Hamburger Verkehrsamateure betrieben. Die Bahn verkehrt an den Wochenenden mit Dampflok und alten Wagen und befördert ihre Fahrgäste in gemütlichem Schnauferltempo durch die schleswig-holsteinische Landschaft.

Probleme hatten die Hamburger Verkehrsamateure in der letzten Zeit mit dem Bahndamm, der infolge einer zu intensiven Grabenräumung teilweise abgerutscht war bzw. abzurut-

schen drohte. Hier traf es sich gut, daß der THW-BV Altona die Dammbau-Kenntnisse seiner Helfer und die Praxis der Böschungssicherung auffrischen wollte, da diese Arbeiten auch bei der Deichverteidigung anfallen können. Es wurde vereinbart, daß die Museumsbahn ihre Anlagen dem THW kostenlos zur Durchführung der Ausbildung zur Verfügung stellt.

Am Freitagabend rückten Helfer aus allen Zügen, der Jugendgruppe und des Mat.-Trupps des BV Eimsbüttel in kurzen Abständen nach Schönberg ab. Zur Sicherstellung der Sanitätsversorgung nahm ein Rettungstransportwagen der JUH teil. Nach kurzer Nachtruhe ging es am nächsten Morgen an die Arbeit.

Mit einem Sonderzug wurden Helfer und Gerät auf die Strecke gefahren. Dort wurde mit Erdbohrgeräten und schweren Handdrammen an der Böschungssicherung gearbeitet. Die Sicherungsposten stellte die Museumseisenbahn. Die Unfallverhü-

tungsvorschriften für Aufenthalt und Arbeiten im Gleisbereich waren zuvor mit den Helfern eingehend besprochen worden. Als Material hatte die Museumsbahn alte Stahlschwellen und Schienenstücke zur Verfügung gestellt.

Ein Teil der Helfer begann im Bahnhofsbereich eine Weiche einzubauen, die bis auf die letzte Schraube und Schwelle zerlegt neben dem Gleis lagerte. Diese Arbeit ergab sich im Gespräch mit den „Museums-Eisenbahnern“, für die die Aufgabe zu schwer war, da allein das Herzstück der Weiche ca. 1 t wog. Die Altonaer sahen dies als Gelegenheit zu demonstrieren, daß THW-Helfer auch ungewohnte Arbeiten mit Elan angehen und durchführen können. Mit Brechstangen, Tragezangen und Schraubenschlüsseln wurde bei leichtem Regen tatkräftig ans Werk gegangen.

Am nächsten Vormittag konnten die Dammsicherungsarbeiten abgeschlossen werden, auch die Arbeit

an der Weiche war bis auf den Einbau einiger Schrauben abgeschlossen. Nach kräftigem Mittagessen begann der Rückmarsch, der am Nachmittag in Hamburg endete. Trotz des hohen Alters der 20 mitgeführten Fahrzeuge mußte der Materialerhaltungs-Trupp nur selten eingreifen, alle Fahrzeuge gelangten mit eigener Kraft zurück.

D. B.

Nachruf

Am 5. September 1977 verstarb für uns unerwartet im 65. Lebensjahr unser Kamerad

Paul Schnackenberg

Er war einer der wenigen, der seit nahezu zwei Jahrzehnten aktiv in unserem Bezirksverband mitgewirkt hat.

Wir werden ihn immer in Erinnerung behalten.

Der Bezirksbeauftragte, die Führungskräfte und die Helfer des Bezirksverbandes Hamburg-Altona

Bremen



25jähriges Jubiläum des Landesverbandes Bremen

Zum 25jährigen Bestehen des THW-Landesverbandes Bremen lud jetzt der Landesbeauftragte Dr.-Ing. Dölbor zu einem Empfang ein. Zahlreiche Gäste aus Politik, Industrie, Handel, Behörden und führenden Stellen der Bundeswehr, der Polizei, der Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen folgten der Einladung.

Auf der Rasen- und Parkfläche zwischen der Dienststelle des Landesbeauftragten und dem Standortkommando in Huckelriese waren Fahrzeuge und Geräte des THW aufgebaut.

Festliche Stimmung auch im großen Sitzungssaal des Standortkommandos, als Landesbeauftragter Dr. Dölbor die Gäste begrüßte und Aufgaben, Entwicklung und Ziele des THW in Bremen darlegte. Dr. Dölbor wies auf einige große Einsätze des THW hin: Erdbeben in Marokko, Chile, Jugoslawien, Rumänien, der Türkei; Brückenbau in Tunesien und Ruanda; Hunger- und Dürrehilfen für Äthiopien und die Sahel-Zone. Unmittelbar im norddeutschen Raum war das THW im Einsatz bei Sturmfluten und Orkanshäden, bei Wald- und Heide-



Schnappschuß, aufgenommen bei der Geräteschau, die den Jubiläumsempfang des THW Bremen begleitete (v. l. n. r.): Innensenator Fröhlich, THW-Direktor Zielinski und Landesbeauftragter Dr. Dölbor.

bränden, bei Explosionen, Flugzeug- und Eisenbahnunglücken.

Dr. Dölbor ging auf die Aufgaben des THW im Bergungs- und Instandsetzungsdienst und die Gliederung dieser Einheiten ein, wie sie das Katastrophenschutzgesetz mit seinen Verwaltungsvorschriften festlegt.

Der Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, Fröhlich, begrüßte Gäste und Gastgeber und schilderte Werdegang und Lage des Katastrophenschutzes in Bremen. Er überbrachte dem THW die Glück-

wünsche von Senatspräsident und Bürgermeister Koschnick. Der Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, sprach im Namen des Präsidenten des BZS, Dr. Kolb, Glückwünsche für die Zukunft des THW in Bremen unter dem neuen Landesbeauftragten aus. Der Hausherr, Oberst Graf von Plettenberg, grüßte ebenfalls die Festversammlung. Er würdigte die gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und THW.

Nach dem festlichen Empfang standen Führungskräfte des THW den Gästen Rede und Antwort auf dem Weg durch das Ausstellungsgelände. Mancher Gast sah erstmals, wie breit gefächert die Einsatz- und Wirkungsmöglichkeiten des THW sind. Ein Bergungszug und ein Instandsetzungszug zeigten die Ausstattung mit alten und neuen Kfz.

Bei dem Treffen leitender und verantwortlicher Persönlichkeiten ergaben sich vielfach genutzte Möglichkeiten zum Kennenlernen und zum Erfahrungsaustausch. Übrigens: Innensenator Fröhlich ließ es sich nicht nehmen, zusammen mit Dr. Dölbor ein tiefes Loch in den gepflegten Rasen zu bohren.

Neu

Einweihung der neuen Unterkunft

Am Samstag kam für die Helfer des THW-OV Northeim der große Augenblick: Nach der sieben Monate dauernden Renovierungsphase, in der die Helfer nicht nur viel Eigenarbeit, sondern auch finanzielle Mittel aus den eigenen Taschen investiert hatten, konnte die neue Unterkunft offiziell eingeweiht werden. Damit ging für das Northeimer THW ein langjähriges Dasein der Improvisation in

der alten Unterkunft – einer umgebauten Scheune – zu Ende. Gegen 13 Uhr reisten die Gäste von nah und fern an, unter ihnen auch der Landesbeauftragte für das THW in Niedersachsen, Hans Sahlender, selbst ein gebürtiger Northeimer. Nach der Besichtigung der Räumlichkeiten und der Ausrüstung des OV begannen um 14.30 Uhr die Feierlichkeiten, umrahmt von Musik eines

befreundeten Spielmannszuges. In den Ansprachen wurde dem OV Northeim Anerkennung für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Im weiteren Verlauf dieser Veranstaltung empfing der Northeimer Ortsbeauftragte Peter Böttcher das Helferabzeichen in Gold, auch für seine besonderen Verdienste um die Renovierung des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses.

Anlässlich der Einweihung der neuen THW-Zentrale führte der OV am Sonntag einen „Tag der offenen Tür“ durch. Zahlreiche THW-Plakate, 4000 Flugblätter und mehrere Pressemeldungen hatten die Northeimer Bürger bereits Wochen zuvor zu der Ausstellung, der ersten Veranstaltung dieser Art des THW Northeim, eingeladen.

So wurde diese Veranstaltung dann auch ein Erfolg: rund 500 Besucher aller Altersgruppen bekundeten durch ihren Besuch ihr Interesse am Technischen Hilfswerk.

Nachdem fünf Stunden lang eine geradezu unnatürliche Hitze die Helfer in ihren blauen Uniformen schwitzen ließ, wurde der bis dahin vielversprechende „Tag der offenen Tür“ jäh durch wolkenbruchartige Regenfälle unterbrochen: War vor dem Unwetter die Ausrüstung und Ausbildung des Ortsverbandes nur Gegenstand theoretischer Betrachtungen, so mußten nun die Helfer ihr Können auch praktisch unter Beweis stellen, als sie zur Unterstützung der Polizei angefordert wurden. Sie mußten in einem mehrstündigen Einsatz auf den Straßen Northeims die durch die Gewalt des Wassers entstandenen Gefahrenquellen beseitigen, einen Ölfilm auf der Rhume aufspüren und bei der Regelung des zusammengebrochenen Verkehrs helfen. M. A.



Fahrzeug- und Geräteschau des THW-OV Northeim am „Tag der offenen Tür“, der aus Anlaß der Einweihung der neuen Unterkunft für die Bürger veranstaltet wurde.

Innenminister Groß: einheitlicher Katastrophenschutz muß bestehen bleiben

Mit der Auszeichnung von 17 Cloppenburgern THW-Helfern für ihre Verdienste bei der großen Brandkatastrophe 1975 in der Lüneburger Heide bedankte sich Niedersachsens Innenminister Rötger Groß für den unermüdlichen Einsatz der Helfer des Technischen Hilfswerks. Minister Groß und Verwaltungspräsident Dr. Schweer (Oldenburg) waren Gäste bei der 25-Jahr-Feier des THW-Orts-

verbandes Cloppenburg, die mit der Übernahme eines neuen Übungsgeländes verbunden war.

Groß bedankte sich in seinen Grußworten bei allen freiwilligen Helfern, die seit nunmehr 25 Jahren immer und zu jeder Zeit zu Hilfe kommen, wenn sie gerufen werden. Ihre Einsatzbereitschaft, ihre Schlagkraft und ihre gute Kooperation mit den anderen Hilfsorganisationen hätten die Helfer des THW bei den großen Katastrophen-Einsätzen wie der Überschwemmungskatastrophe 1962 in Hamburg, der Sturmkatastrophe 1972 und 1975 sowie der Waldbrandkatastrophe 1975 in der Lüneburger Heide bewiesen.

Der Minister betonte die „vorzügliche Arbeit“ des Cloppenburger THW, das sich „in ganz besonderer Weise ausgezeichnet“ habe. Es sei „ein schlagkräftiges Instrument zur Bekämpfung von Katastrophen und großen Schadensereignissen.“

Solange sich Helfer in solcher Weise zum Dienst am Mitmenschen in humanitären Organisationen zusammenfänden und soviel Bereitschaft zeigten, dürfe man hoffen, auch künftigen Katastrophen erfolgreich begegnen zu können. Gerade deshalb betrachte er Überlegungen zu einer Änderung

der rechtlichen und organisatorischen Form des THW im erweiterten Katastrophenschutz „mit Reserve“. Die Länder würden darauf zu achten haben, daß das Konzept des einheitlichen Katastrophenschutzes für den Frieden und den Verteidigungsfall soweit wie möglich bestehen bleibe. Das bedeute, daß die Landkreise und kreisfreien Städte „ihre verbindende, ja integrierende Funktion zwischen den verschiedenen Hilfsorganisationen im Interesse der Aufgabe des Katastrophenschutzes behalten müssen.“

Ein besonderes Geschenk überbrachte Cloppenburgs Bürgermeister Thonemann dem THW-Ortsbeauftragten Gerhard Hase. Er übergab dem THW offiziell ein 5436 Quadratmeter großes Übungsgelände in Emstekerfeld „Am Brook“.

Nach der Auszeichnung von zwei Helfern mit dem Helferzeichen in Gold durch Landesbeauftragten Hans Sahlender und von siebzehn Helfern mit der Medaille des Landes Niedersachsen für die Verdienste bei der großen Waldbrandkatastrophe 1975 durch Innenminister Rötger Groß zeigten die THW-Helfer bei einigen technischen Schauvorführungen ihr Können.

Das Jubiläum klang am Abend mit einem Festball im Schützenhof der Stadt Cloppenburg aus.

THW im NORWO-Programm

NORWO steht für „Nordenhamer Woche“ der Kreiszeitung Wesermarsch. Zwei absolute Höhepunkte dieser Veranstaltungsreihe sind in jedem Jahr der große Umzug und das sogenannte Kaufstraßenfestival auf einem Parkplatz der Innenstadt. Bei beiden Veranstaltungen trat auch der THW-Ortsverband Nordenham in Erscheinung.

Im NORWO-Umzug wurden die neuen THW-Fahrzeuge der Bevölkerung vorgestellt: ein ABC-Spür-Kfz und ein Dekontaminierungsfahrzeug, sowie die neuen Bergungsfahrzeuge GKW und MKW. Diese Fahrzeuge konnten anschließend von den Zuschauern besichtigt werden.

Beim Kaufstraßenfestival installierte das THW die gesamte Beleuchtung, setzte Fahnenmasten und zog Wimpel- und Lichterketten, deren gesamte Länge etliche Kilometer betrug. Bei diesem Open-Air-Festival wurden weit über 5000 Personen gezählt.

BERLIN



Turmstraßenfest 1977

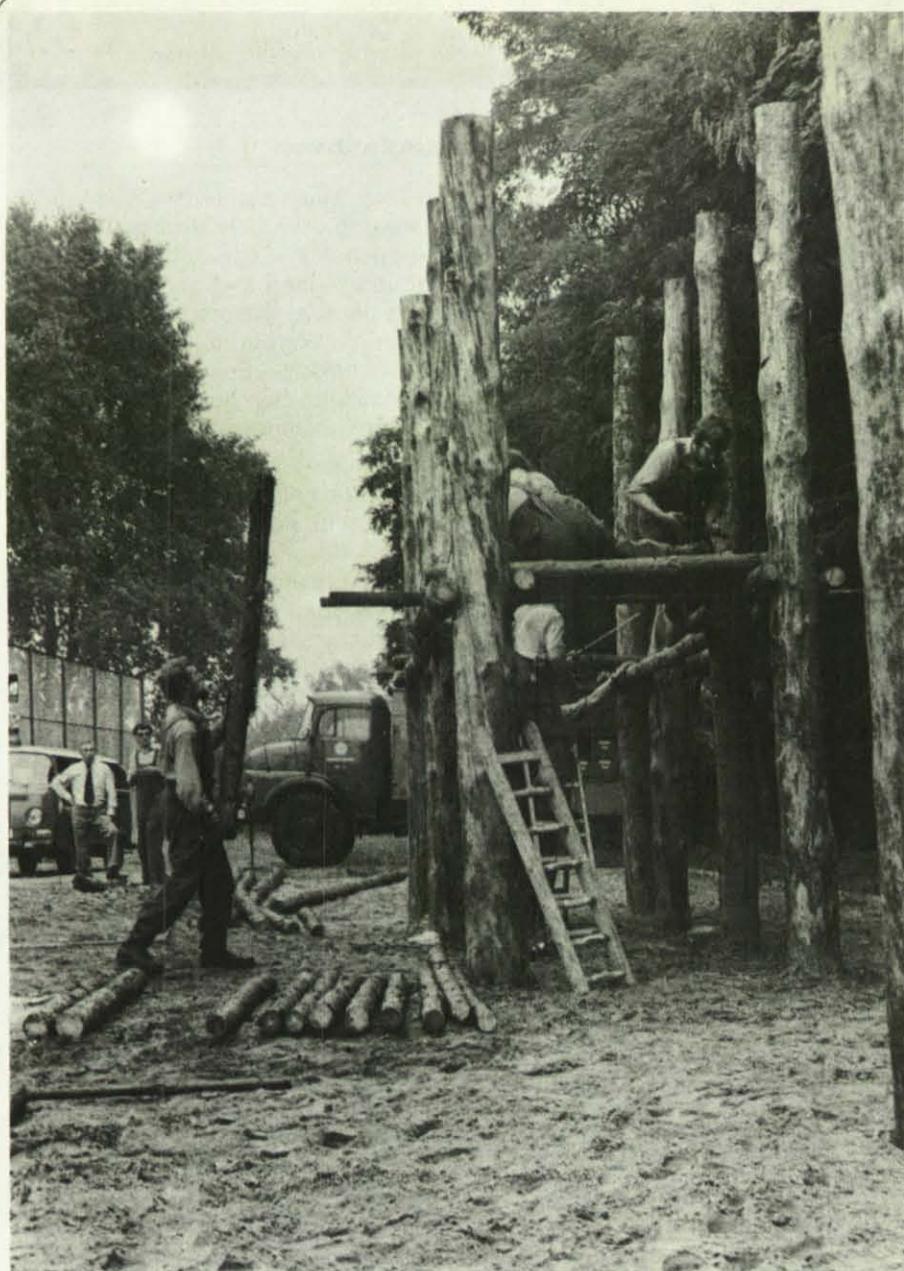
Auch in diesem Jahr wurde der THW-BV Tiergarten/Wedding eingeladen, sich am Turmstraßenfest des Bezirks Tiergarten zu beteiligen. Das THW hatte Gelegenheit, seine Aufgaben in verschiedenster Weise darzustellen: wie schon im vergangenen Jahr ein Brückenschlag mit der Bailey-Brücke über die Turmstraße; Demonstrationseinsätze mit der Sauerstofflanze und dem Eisenbahn-Katastrophen-Brennschneidergerät; praktischer Einsatz der Trinkwasser-Aufbereitungsanlage sowie des Pumpensatzes und – in Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr – Rettungsübungen mit dem Sprungtuch.

Die gezeigten Leistungen wurden von der Bezirksverwaltung – ganz besonders von Bezirksbürgermeister Wurch – und den Vertretern der britischen Streitkräfte anerkennend gewürdigt.

O. P.



Mit großem Programm beteiligte sich der Bezirksverband Tiergarten/Wedding – hier die Demonstration der Sauerstofflanze – am diesjährigen Turmstraßenfest.



Wichtige Spielplatzgeräte bauten die Helfer des THW-Bezirksverbandes Reinickendorf an der Wittenauer Straße.

Holzbearbeitung – einmal anders!

Als die Vorbereitungen für den Bau eines Kinderspielplatzes in der Obdachlosensiedlung Wittenauer Straße in ein konkretes Stadium getreten waren, lud der Bezirksstadtrat für Sozialwesen, Müller, zu einer Besprechung ein.

Neben dem THW-Bezirksverband Reinickendorf waren weitere Hilfsorganisationen und Verbände der freien Wohlfahrtspflege eingeladen. Auf dieser Besprechung erklärten sich Geschäftsführer Zehnder und Zugführer Kuratis im Namen des BV Reinickendorf bereit, den Aufbau eines Doppelturmes als Klettergerüst und

den Aufbau der Seilbahn zu übernehmen.

Im August konnte mit den Aufbauarbeiten begonnen werden. Der Bodenaushub wurde mit dem Selbstlader erledigt. Das Aufstellen der 8 Stämme von ca. 6 m Länge bei einem Durchmesser von ca. 26–30 cm wurde mit dem THW-eigenen Kran durchgeführt. Alle weiteren Holzarbeiten erfolgten von Hand. An zwei Sonntagen führten die Helfer den Ausbau des Doppelturmes, in der Größe von 2,20 x 2,40 m pro Turm mit einem Übergang von ca. 3 m, durch. Nach der planmäßigen Fertigstellung wur-

den die Spielgeräte an das Bezirksamt übergeben.

Bei der Eröffnungsfeier konnte Bezirksstadtrat Müller auch die Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Reichel, und Bezirksbürgermeister Grigers begrüßen. In den Ansprachen wurde mehrfach die Arbeit des THW gewürdigt.

M. K.

„Feierabend auf Reiherwerder“

„Ganz Berlin“ war zwar nicht erschienen, aber immerhin trafen sich am 24. September etwa 500 Gäste zum „Feierabend auf Reiherwerder“. Eingeladen hatte der Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, Herbert Grigers.

Vor dem hell angestrahlten Schloß – ehemals Besitz der Familie Borsig, nunmehr Seminarzentrum der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung – hatte der THW-Bezirksverband Reinickendorf eine Tanzfläche von ca. 100 qm erstellt. Um die Festgesellschaft vor eventuellen Wetterunbill zu schützen, wurden in Zusammenarbeit mit dem BV Tiergarten/Wedding Zelte aufgebaut. Ferner nahm der Bergungszug Reinickendorf einen Teil der Beleuchtungsanlage in Betrieb.

Wie die Zeitung „Der Nordberliner“ später berichtete, konnte der Bezirksbürgermeister den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe, die Hausherrin, Marie Schlei, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit – ihr untersteht die Stiftung für internationale Entwicklung –, begrüßen. Außerdem war nahezu das ganze Rathaus Reinickendorf vertreten. Bei Bier und einer ausgezeichneten Erbsensuppe waren alle auf Feierabend eingestellt.

In seiner Eröffnungsrede bedankte sich Bürgermeister Grigers u. a. auch für die vom THW geleistete Arbeit und gab anschließend den „Startschuß“ zum Verzehr der von der Feldküche zubereiteten 350 Liter Erbsensuppe. Hiernach hatte das Küchenpersonal bis in die ersten Stunden des neuen Tages alle Hände voll zu tun.

Der Abbau verlief – nach einigen Stunden Schlaf – reibungslos, sämtliche Arbeiten wurden zur beiderseitigen Zufriedenheit durchgeführt.

M. K.

Erster Kontakt mit dem THW

Auch ein „Bericht aus Bonn“: In der Thomaskapelle wurde wieder ein Sommerfest veranstaltet, bei dem man unter anderem eine Fahrradprüfung ablegen konnte. Es war gut organisiert; und weil das so war, wollte ich wissen, wer das organisiert hatte und woher das Material stammt. Abends ging ich zum „Prüfungsplatz“. Ich fragte dort einen Herrn, wer der Organisator war. Er erzählte mir, daß er das organisiert habe, das Material und die Geräte gehörten dem Technischen Hilfswerk.

Nun wußte ich genau so viel wie vorher, denn das Technische Hilfswerk war ein „Böhmisches Dorf“ für mich. Doch das sollte sich bald ändern. Da ich nun schon einmal ein Gespräch begonnen hatten, fragte ich schließlich, ob der Herr mich mit zu diesem Technischen Hilfswerk mitnehmen würde, und er sagte zu. Als ich dort ankam, sah ich als erstes eine große Halle. In der Halle stand eine beachtliche Anzahl von Fahrzeugen. Die überwiegend jungen Männer in der Halle bastelten gerade an einem Gerüst herum, das, wie ich später erfuhr, ein Chinasteg werden sollte. Man empfing mich freundlich, und so kam es, daß ich von einem Herrn Beyer erfuhr, daß eine Mitarbeit im Augenblick nicht möglich war, denn der Ortsverband Bonn hatte keine Jugendgruppe. Wenn ich aber ein paar Jungs zusammentrommeln könnte, wäre es eventuell möglich, eine Jugendgruppe zu gründen. In der Siedlung erzählte ich meinen Freunden Michael und Stefan davon. Sie reagierten mit verständlicher Skepsis. Sie wollten sich das noch einmal durch den Kopf gehen lassen.

Während einer Altpapiersammlung der Thomaskapelle tauchte das Problem des Transports auf. Es wurde gesagt, daß das Technische Hilfswerk den Transport übernehmen würde. Das erzählte ich Michael. So kam es, daß wir zum erstenmal mit einem THW-Fahrzeug fuhren. Die Fahrt gab uns den letzten Anstoß. Begeistert erzählten wir Stefan alles. Auch seine Neugierde war geweckt. Wir fuhren später noch öfter mit Herrn Beyer zum Dienst. Inzwischen sind die ersten Mitglieder der Bonner Jugendgruppe dem THW beigetreten.

Botho Neumann

„Tag der offenen Tür“ in Mönchengladbach

Zum 25jährigen Bestehen des THW-OV Mönchengladbach wurde ein „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Nicht nur mit Zeitungsartikeln, auch mit Plakaten, die der Förderverein des OV Mönchengladbach drucken ließ und die freundlicherweise von der Stadt Mönchengladbach verteilt und in den öffentlichen Gebäuden angebracht wurden, wurde die Bevölkerung auf den „Tag der offenen Tür“ beim THW aufmerksam gemacht. Einige THW-Kameraden machten mit aufgeklebten Werbezetteln an ihren Privatwagen zusätzlich Werbung für die Veranstaltung, die das THW bei der Arbeit zeigen sollte.

Daher wurde der Tag als Ausbildungsveranstaltung für alle sieben Züge angesetzt. In den Kfz-Hallen, die freigemacht worden waren, wurde ein Zug im Umgang mit Beleuchtungskörpern unterrichtet. Je ein

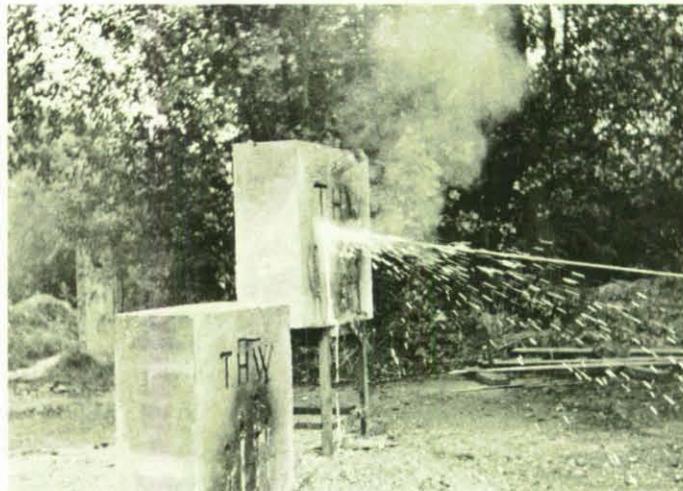
weiterer Zug erstellte eine Tonnenfahre und eine feste Brücke. Die E-Gruppen der I-Züge richteten Masten auf und stellten eine Stromverbindung her. Der Hauptanziehungspunkt waren die Vorführungen mit der Sauerstofflanze. Erwartungsgemäß versammelte sich dort sehr schnell eine große Menschenmenge.

Einen weiteren Anziehungspunkt bildete die Feldküche, die so stark frequentiert wurde, daß die Köche mit der Ausgabe der Erbsensuppe kaum nachkamen. Insgesamt konnten über 450 Liter Erbsensuppe – dank entsprechender Unterstützung – kostenlos ausgegeben werden. Schließlich war ein teilweise zusammengebauter Bailey-Brückenbausatz zu sehen. Dieser war dem THW-OV Mönchengladbach als erstem Ortsverband in Nordrhein-Westfalen übergeben und auf dem THW-Gelände stationiert worden.

E. P.



Auch in Mönchengladbach am „Tag der offenen Tür“ eine Attraktion: der Einsatz der Sauerstofflanze.



Wie Butter schmolz der Beton dahin.



THW und Warndienst üben

„Sprengstoffanschläge“ beschädigten Einrichtungen des Warnamts VI bei Usingen im Taunus. Diese Annahme war Grundlage einer Wochenendübung von Warnamtspersonal und THW-Ortsverband Frankfurt. Zum Einsatz kamen dabei aus Frankfurt zwei Bergungszüge, die Helfer der Fernmeldezentrale und der Verpflegungstrupp des Versorgungszuges mit Feldküche sowie das Personal des Warnamts VI.

So reparierten im Rahmen dieser Wochenendübung die Helfer der beiden Bergungszüge den verrotteten Schutzzaun des Warnamtes auf einer Länge von rund 250 Metern unter Verwendung von Holz aus einem Windbruch. Da die Pfähle geschnitten und angespitzt werden mußten, bot sich eine gute Gelegenheit für die Bergungshelfer, den Umgang mit der Kettensäge zu üben. Und den Helfern der Fernmeldezentrale des OV Frankfurt diente das Wochenende als Training, optimalen Nachrichtenfluß zwischen den Einheiten, der Einsatzleitung sowie der Bunkerverwaltung herzustellen.

Ein weiterer Grund für die gemeinsame Übung war die Erprobung der Zusammenarbeit zwischen dem Warndienst und dem Technischen Hilfswerk. Auch galt es, im Verlauf der Übung die Funktion der „Führungsgruppe Bereitschaft“, der Einsatzleitung mit Bereitschaftsführer, einem Verbindungsmann zum Warndienst sowie einem Fernmelder und zwei Helfern des Stabes, zu testen. Diese zentrale „Schaltstelle“, von der sämtliche Einsatzbefehle ausgingen, bewährte sich.

Übungsziel war zudem, die Belastbarkeit der einzelnen Helfer zu ermitteln. Dazu zählte die Unterbringung sämtlicher Teilnehmer auf relativ engem Raum, ein straff gegliederter Tagesablauf sowie Geländebewegungen ausschließlich in geschlossener Formation und korrekter Einsatzbekleidung.

Bilanz der ersten gemeinsamen Übung von Warndienst und THW in Hessen: Für Statistiker: 463 Helferstunden mit 62 Personen; für Taktiker: Förderung nach einheitlicher Sprache in beiden Organisationen sowie intensive Führungsschulung.

K. L.

25 Jahre THW Fulda

Endlich war es soweit, der THW-Ortsverband Fulda konnte seinen großen Tag feiern.

In der Reithalle, die dem Ortsverband Fulda als Unterstellplatz für Fahrzeuge und Geräte sowie als Übungsstätte dient, wurde eine Behelfsbrücke für 25 t Last gebaut. Auch wurde ein Mastkran errichtet und das Bohrgerät zur Demonstration aufgebaut.

Der Empfang der Gäste erfolgte in der Orangerie. Dieses herrliche Bauwerk, ein Schmuckstück der Barockstadt Fulda, war der würdige Rahmen für den offiziellen Teil der 25-Jahr-Feier. In seiner Festansprache begrüßte THW-Ortsbeauftragter Wolfgang Biel zahlreiche Gäste, darunter den THW-Landesbeauftragten Dr. Rees, die Vertreter der Ortsverbände Neuhaus, Hünfeld, Omberg, Hersfeld und Rotenburg sowie die Abordnungen der Feuerwehr, des DRK, des Landratsamtes und natürlich den

Bürgermeister der Barockstadt, Dr. Bündler.

Die Gründung des Ortsverbandes erfolgte 1952 in einem leerstehenden Kellerraum! Unter den ersten tatkräftigen Helfern waren noch viele Angehörige der Technischen Nothilfe, darunter der Fuldaer Berufsschuldirektor Feldmann. Während man heute über ausgezeichnete Räumlichkeiten in der Ludwig-Beck-Straße verfügt, mußte man am Anfang sehr viel improvisieren.

Zu Beginn der 60er Jahre erfolgte der Umzug in die heutige Unterkunft. In diesen Gebäuden, einem ehemaligen Pferde-Kranken-Stall und einer riesigen Reithalle der damaligen Kaserne, fand der THW-Ortsverband Fulda ein ideales Heim, viel Platz für seinen weiteren Ausbau, geeignete Unterstellmöglichkeiten für Fahrzeuge und technisches Gerät und ein fabelhaftes Gelände für Übung und Ausbildung. Es begann ein langer, mehrjähriger und mühsamer Auf- und Umbau in unzähligen freiwilligen Helferstunden.

Heute, 25 Jahre nach seiner Gründung, zählt der Ortsverband 90 aktive und eine große Zahl passive Helfer und verfügt über einen Bergungszug mit Ausrüstung, eine Instandsetzungsgruppe Gas-Wasser mit Ausrüstung, einen Versorgungstrupp mit Ausrüstung und zahlreiches Sondergerät.

Nach dem Festakt begab man sich in die Unterkunft in der Ludwig-Beck-Straße. Dem ausgezeichneten Mittagessen aus der Feldküche – man hatte auf die obligatorische Erbsensuppe verzichtet! – schloß sich eine Besichtigung der Unterkunft an.

H. F.

Rheinland~Pfalz



OV Koblenz macht mit beim „Tag der Umwelt“

Auf Initiative der Stadtverwaltung Koblenz beteiligte sich, zusammen mit dem Stadtreinigungsamt, dem Technischen Überwachungsverein, der Feuerwehr und dem Malteser-Hilfsdienst, auch der THW-Ortsverband Koblenz an einer „umweltbezogenen“ Fahrzeug- und Geräteschau. Diese gut vorbereitete Demonstration

hatte den Zweck, das Umweltbewußtsein der Bevölkerung zu stärken.

Der OV Koblenz konnte hierbei auf seine Erfahrungen hinweisen, die er bei früheren Aktivitäten und Einsätzen auf diesem Gebiet unter Beweis gestellt hatte. Hier sei nur die Aktion „Sauberes Rheinufer“ und der Einsatz zum Einsammeln vieler Tonnen toter Fische beim großen Fischsterben in der Mosel erwähnt.

Ausgestellt und teilweise in Tätigkeit vorgeführt wurde folgende Ausstattung: Trinkwasseraufbereitungsanlage, Gerätekraftwagen, Mehrzweckboot und eine Schlauchbootfähre.

Neben den vielen interessierten Bürgern ließ sich auch der Oberbürgermeister von Koblenz, Willi Hörter, die ausgestellten Geräte erklären. Er zeigte sich besonders beeindruckt von der Leistung der Trinkwasseraufbereitungsanlage.

H. P.

Wochenendübung des OV Freisen

Um den Ausbildungsstand und die Einsatzbereitschaft der Helfer des OV Freisen zu überprüfen, hatte OB Hubertus eine Übung angesetzt, deren Gesamtleitung in den Händen von Zugführer Schumacher lag.



Eine der Übungsaufgaben: Bergung aus Höhen mit Hilfe der Seilbahn.

Vielfältige Aufgaben aus dem Bereich Bergung aus Höhen und Tiefen einschließlich Abstützen, Aussteifungen und Mauerdurchbrüchen wurden geübt. Auch wurde im Rahmen dieser Übung erstmals vom Bergungszug des OV ein Steg aus Teilen eines Stahl-Rohrbaugerüsts errichtet, das mit Hilfe einer Spende angeschafft worden war. Die Vorteile dieser Bauart gegenüber der herkömmlichen Errichtung von Stegen aus Rundholz sind unverkennbar: erhebliche Zeitgewinne.

Viel Freude bereitet die Wochenendübung den Junghelfern, sie konnten sich erstmals voll entfalten. G. F.

Nächtlicher Einsatz des OV Illingen

Kurz vor Mitternacht kam ein Pkw-Fahrer mit seinem Fahrzeug zwischen Illingen und Wemmetsweiler von der Straße ab und landete in der Ill. Der auslaufende Kraftstoff und das Motorenöl drohten erhebliche Umweltverschmutzungen hervorzurufen.

Von der Polizeistation Illingen wurde Zugführer Schmitt um Hilfe gebeten, der mit einem Trupp von fünf Helfern ausrückte, zuvor aber fernmündlich beim benachbarten OV Elbersberg einen Lkw mit Seilwinde anforderte.

Mit dessen Hilfe wurde der verunglückte Pkw über eine Länge von 40 m und einen Höhenunterschied von 8 m innerhalb kurzer Zeit geborgen. G. F.

Übung mit Zeltlager

Einen idealen Platz hatten sich die Verantwortlichen des THW-OV Elversberg ausgesucht, um eine zweitägige Übung durchzuführen. Im Naherholungsgebiet Ruhbachtal – zwischen Elversberg und St. Ingbert, nahe Schüren – schlug das THW in einer Lichtung die Zelte auf.

Schwerpunkt der Übung unter Leitung von Zugführer Müller und der Gruppenführer Ganz und Lehnen war der Bau eines 75 m langen Hängesteges über den Ruhbach. Hierzu war die vorherige Errichtung einer Material-Transportseilbahn notwendig. Weitere Maßnahmen waren das Niederbringen eines Feldbrunnens und der Bau eines Dammes im Ruhbach. Neben einer Bergungsübung und dem Transport der Verletzten über die Seilbahn, die am Vortage dem Materialtransport diente, wurde den Zuschauern auch der Kombi für die Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen und die Zweimann-Motorsäge vorgeführt. LB Reimann und HSGL Faß, die neben OB Meyer an beiden Tagen die Übung beobachteten, sprachen Zugführer Müller und den Helfern für die gezeigte Leistung Lob und Anerkennung aus. G. F.

15 Jahre OV Nonnweiler

Groß war der Andrang der Bürger von Nonnweiler und Umgebung: Der THW-Ortsverband Nonnweiler, 1962 als 19. Ortsverband des LV Saarland gegründet, feierte sein 15jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß war die Bevölkerung zu einem „Tag der offenen Tür“ mit Geräte- und Fahrzeugausstellung sowie zu Einzelvorführungen eingeladen.

Bereits Wochen vorher hatten die Helfer des OV unter der Gesamtleitung von OB Kaspar und den beiden Zugführern Krämer und Feiß die notwendigen Vorbereitungen getroffen, so daß am Veranstaltungstag die Unterkunft neben den dazugehörigen Einrichtungen in einer vorbildlichen Weise vorgestellt werden konnten.

Da der Schulungsraum der Unterkunft, die Garagenhalle sowie der Unterkunftsvorplatz für die vielen Besucher zur Einnahme des Erbseneintopfs zur Verfügung stand, erfolgte

die Ausstellung der Gerätesätze und der Modelle verschiedener Brücken und Stege sowie der Anschauungstafeln in den Werkräumen oder dem angrenzenden Freigelände. Ferner wurden fortlaufend Filme über die



Am „Tag der offenen Tür“ demonstrierte der OV Nonnweiler auch den Einsatz der hydraulischen Rettungsschere.

Arbeit des THW gezeigt. Die Einsatzfahrzeuge des OV bildeten eine weitere Ausstellungseinheit.

Von besonderem Interesse waren der Betrieb der Sauerstofflanze, der Einsatz der Hydroschere und Beispielspiele aus der Arbeit der Jugendgruppe. Anhand von Arbeitsbeispielen und der ausgelegten Arbeitsmappen der Junghelfer konnten die Besucher die Folge der Ausbildung des THW-Nachwuchses verfolgen und sich auf diese Weise einen Überblick über die Lernziele der Helfer von morgen verschaffen.

LB Reimann, der neben Vertretern von Kommunalverwaltungen, Polizei, Feuerwehr und DRK die Veranstaltung besuchte, zeigte sich erfreut über die gute Leistung des OV Nonnweiler. Bürgermeister Becker überbrachte dem OV Nonnweiler als Gastgeschenk einen Wappenteller. G. F.

Nachruf

Durch einen tragischen Verkehrsunfall hat der Ortsverband Saarwellingen den Helfer

Manfred Irsch

verloren.

Wir haben einen ehrlichen und treuen Helferkameraden verloren, den wir immer in guter Erinnerung behalten werden.

Ortsbeauftragter und Helfer des Ortsverbandes Saarwellingen

Sitzbänke für müde Spaziergänger

Sie bauen nicht nur Brücken oder helfen bei Katastrophen, die Männer des Technischen Hilfswerks, sondern kümmern sich auch um Rastplätze für müde Spaziergänger. So stellten zehn Helfer des THW-Ortsverbandes Wangen, dessen Mitglieder aus dem ganzen Altkreis Wangen kommen, an verschiedenen Punkten in Herlazhofen Sitzbänke auf. Das Holz, roh zugeschnitten von der Ortschaft gestellt, war zuvor noch bearbeitet worden.



„Holzbearbeitung“ beim OV Wangen: Sitzbänke für Spaziergänger.

Bereits im letzten Jahr hatte das THW schon zwei Bänke und drei Tischgruppen für Herlazhofen geschaffen. Diese Aktion an den Wanderwegen wurde vom OV Wangen im Rahmen der Ausbildung in Holzbearbeitung durchgeführt.

U. K.

Behelfsbrücke wieder abgebaut

Ende Juni 1975 wurde durch Hochwassereinwirkung die für das zentrale Hauptpumpwerk „Hammer“ (Landkreis Tuttlingen) als Zufahrt wichtige Brücke über die Bära zerstört und weggerissen. Das THW errichtete damals kurzfristig aus Sd-Oberbaugerät eine Grabenbrücke in 6-Trägerbauweise (Tragfähigkeit für den öffentlichen Verkehr begrenzt auf 8 t, Länge 17,60 m und Breite 3,15 m). Dadurch wurde der betriebsnotwendige Verkehr zu dem Hauptpumpwerk „Hammer“ wieder ermöglicht. Das Hauptpumpwerk ist für die Wasserversorgung zahlreicher Gemeinden mit insgesamt 72 000 Einwohnern der Landkreise Rottweil, Tuttlingen und des Zollernalbkreises von entscheidender Bedeutung.

Nachdem der Neubau einer Stahlbetonbrücke endgültig geregelt war, konnte kürzlich der Ersatzübergang über die Bära durch Kräfte des THW-Bergungszuges Tuttlingen an einem Samstag abgebaut werden. Das Oberbaugerät wurde von hauptamtlichen Mitarbeitern des Geschäftsführerbereichs Pforzheim, die auch dem Zugführer des Bergungszuges Tuttlingen beim Rückbau als fachtechnische Berater zur Verfügung standen, übernommen und dem Ortsverband Pforzheim (Lagerstätte der Sd-Ausstattung) zugeführt.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes, der das Hauptpumpwerk betreibt, hat in einem Schreiben an das THW nach Beendigung der Hilfeleistung u. a. mitgeteilt: „... Das Technische Hilfswerk hat seinerzeit sehr schnell und unkompliziert durch die Montage einer Behelfsbrücke geholfen. Dadurch war es uns möglich, den Betrieb rund um die Uhr ohne Schwierigkeiten abzuwickeln und die Versorgung ohne Störungen aufrechtzuerhalten...“

GK

THW mit „Volldampf“

Mit „Volldampf“ geht es jetzt beim THW-Ortsverband Böblingen zur Gerätepflege: Dank einer Spende der WAP-Maschinenfabrik in Bellenberg verfügt das THW jetzt über ein hochmodernes Dampfstrahlgerät. Mit diesem Gerät lassen sich Geräte und Fahrzeuge von grobem Schmutz, Ölrückständen usw. befreien. Diese Arbeit, die bisher in mühevoller Handarbeit geleistet werden mußte, kann jetzt in wenigen Minuten erfolgen; so bleibt noch mehr Zeit für die Ausbildung der Helfer.

Das fünf Zentner schwere Gerät, das Wasser bis auf 140 Grad erhitzt, läßt sich jedoch auch bei vielen Hilfeleistungen einsetzen: Verschmutzte Straßen können schneller als mit anderen Mitteln gereinigt werden, stark verunreinigte Fahrzeuge – man denke nur an Überschwemmungen – können von ihrer Schmutzschicht befreit werden. Im Einsatzfall muß das benötigte Wasser, in der Minute etwa 16 Liter, aus einem mitzuführenden Tank entnommen werden, der dem Böblinger Ortsverband jedoch derzeit nicht zur Verfügung steht. Doch bereits jetzt ist das Dampfstrahlgerät – sofern kein Was-



Das Reinigen von Geräten ist jetzt beim OV Böblingen ein Kinderspiel – dank des gespendeten Dampfstrahlgerätes.

seranschluß zur Verfügung steht, z. B. in Verbindung mit einem Tanklöschfahrzeug der Feuerwehren – einsatzbereit. Die Stromversorgung wird auch im Einsatzfalle durch ein Notstromaggregat des THW-Ortsverbandes gewährleistet.

Das 7000 Mark teure Gerät entwickelt einen Wasserdruck von 90 Atmosphären, dies entspricht dem 15fachen Druck einer normalen Wasserleitung. Bei größeren Seuchenfällen läßt sich durch die Beimischung spezieller Desinfektionsmittel auch die Säuberung und Desinfektion von Tierställen, Krankenhäusern und sanitären Anlagen vornehmen.

Dank der Spende der WAP-Maschinenfabrik verfügt der Böblinger Ortsverband des THW über ein weiteres Gerät, das im Regelfall nicht aus Bundesmitteln finanziert werden kann und daher auch in kaum einem Ortsverband vorhanden ist.

L. U.

Tag der Esslinger Hilfsorganisationen

Zusammen mit den weiteren Katastrophenschutzorganisationen veranstaltete der THW-Ortsverband Esslingen eine Ausstellung anlässlich der 1200-Jahrfeier der Stadt Esslingen.

Auf dem Marktplatz der Stadt konnte sich die Bevölkerung über die Aufgaben und Möglichkeiten des THW informieren. Aufgebaut und ausgestellt wurden ein 10-Tonnen-Hydroheber, ein Bergungsboot mit Außenbordmotor, ein GWK und ein VW-Gerätebus für technische Unfallhilfe. Im Modell wurde ein Tonnensteg gezeigt. Das allgemeine Interesse der Besucher war groß; es hat sich gezeigt, daß solche Veranstaltungen notwendig sind.

Wahrzeichen der Ramsau neu errichtet

Der vom Hochwasser fortgerissene Schusterhäuslsteg (Ertlsteg) in der Ramsau/Oberbayern – er stand als Wahrzeichen der Ramsau unter Denkmalschutz – wurde vom THW-Ortsverband Freilassing – genau nach dem Abbild des alten Steges – wieder neu errichtet.

14 Helfer unter Leitung von OB Wessmann standen zur Verfügung, die fachliche Leitung lag in Händen von Sylvester Enzinger.

Am Samstagmorgen gegen 6 Uhr traf das THW mit drei Lastwagen in der Ramsau ein. Nachdem als erstes die Pylonen verstrebt und die Zementsockel, um sie dem Gestein am Ufer anzupassen, abgemeißelt waren, begannen die Helfer mit dem Zuschneiden und Legen der Stegbohlen. Schon hier war zu sehen, daß jeder Handgriff „saß“, man konnte die Freude an der Arbeit spüren. Bereits gegen 10.30 Uhr – die Gemeinde Ramsau hatte in der Zwischenzeit eine kräftige Brotzeit gestiftet – waren die Stegbohlen gelegt. Noch vor dem Mittagessen hatte man, genau nach der Photovorlage, das Geländer angebracht und einen Richtbaum aufgerichtet.



Der vom THW-OV Freilassing neuerrichtete Schusterhäuslsteg ist eine exakte „Kopie“ des seinerzeit vom Hochwasser fortgerissenen „Originals“.

Nicht einfach war das Herausbrechen der alten Pylonen-Enden, das notwendig wurde, um die Verschalung an den neuen, den Steg tragenden Pylonen anzubringen. Doch mit Hilfe des schweren Gerätekraftwagens (GKW), seines Seilzuges und schwerer Ketten wurde auch dies geschafft.

Schon um 14 Uhr konnte das THW dem Bürgermeister der Gemeinde Ramsau, Georg Graßl, den wiederhergestellten Steg übergeben. H. W.

Plötzlich gab die Straße nach

15 Meter tief stürzte ein Holztransport-Lastwagen bei Unterwössen von der Forststraße in den Wald. Das mit langen Holzstämmen beladene Fahrzeug war von dem 1000 m hoch gelegenen Holzfäller-Lager zum Sägewerk unterwegs.



Aus dem mit den Rädern nach oben liegenden Fahrzeug wurde der Fahrer unverletzt geborgen. Helfer des THW-Ortsverbandes Rosenheim waren von Mittag bis tief in die Nacht hinein mit der Bergung des Wracks beschäftigt. A. A.

Der Schwan war schneller

Warm wurde es den Insassen eines THW-Schlauchbootes des Ortsverbandes Schwandorf, die auf der Naab einen „gefesselten“ Schwan fangen wollten.

Der Vogel war gegen 14 Uhr aufgefallen: Um einen Flügel und den Hals war eine Angelschnur gewickelt, von der er sich vergeblich zu befreien versuchte.

Zunächst verständigten Tierfreunde die Polizei, die dann wiederum das THW auf den Plan rief. Vier Helfer des THW-OV Schwandorf ruderten auf die Naab hinaus, um das behinderte Tier einzufangen. Doch trotz aller Anstrengungen gelang es ihnen nicht, des Vogels habhaft zu werden: Mehrere Male ruderten sie hinter ihm die Naab aufwärts und wieder abwärts, mal mit größerem, mal mit kleinerem Abstand, der Schwan war stets ein Stück voraus. Nach 20 Minuten wurde Verstärkung geholt. Mit sechs Mann Besatzung war das Schlauchboot etwas schneller, doch

immer noch nicht schnell genug für den Schwimmvogel. Schließlich setzte man eine Fangstange ein. Einmal hatte man den Schwanenhals schon fast in der Schlinge, doch dann schlug das Tier einen Haken. Nach einiger Zeit stieg der Schwan am Volksfestplatz aus dem Wasser. An Land gelang es endlich, mit der Fangstange den Hals des Vogels in die Schlinge zu ziehen.

Von der Angelschnur konnten die Helfer ihn nicht befreien, da er einen Angelhaken verschluckt hatte, an dem die Schnur hing. Man brachte ihn daher zum Tierarzt. Auch dieser konnte nichts weiter unternehmen, als die Schnur abzuschneiden, ihm die Flügel zu stutzen, seine Einweisung ins Tierheim zu veranlassen und die Hoffnung aussprechen, daß er den Angelhaken „verdaut“. – pn –

25jähriges Dienstjubiläum

Am 1. Oktober 1977 konnte Elfriede Kradl von der Dienststelle des THW-Landesbeauftragten für Bayern das 25jährige Dienstjubiläum feiern. In einem kurzen Rückblick schilderte die Jubilarin den Aufbau der THW-Landesstelle, die 1952 in einem durch Bomben beschädigten Haus untergebracht war, bis hin zum heutigen Landesverband Bayern mit Sitz im Zentrum für Katastrophenschutz der Landeshauptstadt München.



THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz überreichte der Jubilarin als Geschenk der Mitarbeiter drei Keramik-teller.

Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schwarz würdigte die Leistungen der Angestellten und übergab als Geschenk der Mitarbeiter drei buntbemalte Keramik-teller, zugleich sprach Schwarz die besten Wünsche für weitere gute Zusammenarbeit aus. Schr.

Die Unterbringung von WD-Leitmeßstellen

Erfahrungen aus dem Modellversuch im Warnamt V

Das Bundesamt für Zivilschutz hat in einem Modellversuch im Schutzraum des Unterkunftsgebäudes des Warnamtes V (Welz) eine Leitmeßstelle aufbauen lassen und sie so ausgestattet, wie es nach der neuen Einsatz- und Betriebsanweisung und der jetzigen Personalstärke notwendig ist.

Ausgehend von den vorhandenen Räumen wurden

- 1 Auswerteraum (ca. 15 m²)
- 1 Aufnahme-Weitergaberaum (ca. 16 m²)
- 1 Schlafräum (ca. 14 m²)
- 1 Aufenthaltsraum (ca. 17 m²)
- 1 Küchenraum (ca. 12 m²)
- 1 Vorrats- und Lagerraum (ca. 12 m²)

eingerichtet.

Der Betrieb in diesen Räumen und die Simulation verschiedener Belegungs- und Arbeitszustände lassen zur Ausstattung einer WD-Leitmeßstelle folgende Schlüsse zu:

Funktionsräume

Auswerteraum

In diesem Raum arbeiten ständig vier bis fünf Kräfte. Sie haben die eingehenden Meldungen auszuwerten, auf Karten darzustellen und die ausgewerteten Daten einem bestimmten Empfängerkreis zuzuleiten. Des weiteren ist in diesem Raum der Warnstellen- und Rundfunkempfang zu überwachen, auszuwerten und auf der Lagekarte für die Warnstellen bzw. der Alarmierungslagekarte des Leitmeßbezirkes laufend darzustellen. Je nach Lage kann eine Dokumentation von wichtigen Warnstellendurchsagen oder Rundfunkdurchsagen auf Tonband bzw. Cassettenrecorder mit späterer Auswertung notwendig werden.

Dieser Raum muß daher ausreichend Platz für die Arbeit der einzelnen Funktionsgruppen bieten.

Es sind vorzusehen

- Arbeitsbereich ABC-Auswertung mit ABC-Grundkarte 1 : 250 000 UTM
ABC-Auswertekarte 1 : 50 000 UTM
ABC-Übersichtstafel
ABC-Auswertetisch
Betriebsuhr (digital, Netz/Batterie)
3 Drehstühle.
- Arbeitsbereich Alarmierungslage mit Lagekarte für die Warnstellen 1 : 750 000 GEOREF
Karte der Sirenauslösebereiche 1 : 250 000
Warnstellenapparat
Rundfunkgerät (Netz/Batteriebetrieb) LMKU
Cassettenrecorder (Netz/Batterie)
2 Drehstühle.
Räume unter 30 m² sind zur Unterbringung nicht geeignet.

Fernmelde- und Meßgeräte-raum

In diesem Raum arbeiten ständig fünf bis sechs Kräfte. Sie haben den Fernmeldeverkehr der Leitmeßstelle abzuwickeln, die Zentralstation für die Meßwertabfrage und die Meßgeräte für die Dosisleistung zu bedienen und bestimmte Wettererscheinungen am Ort zu beobachten und abzulesen. Der Raum muß einen direkten Zugang und möglichst auch Durchreichen zum Auswerteraum haben.

Es wären auszustatten:

- Arbeitsbereich Fernsprechbetrieb mit 3 schalldichten Fernsprechboxen
3 Fe-Apparaten
3 Drehstühle.
- Arbeitsbereich Meßwertabfrage mit
1 zentrale Abfragestation für das Fernmeßsystem zu den WD-MST
1 Strahlungsmeßgerät mit Warnpegel (Außenmessung am Standort)

1 Dosisleistungsmesser (tragbar, Innenmessung)

1 Windmeßgerät (Außenmessung mit Fernübertragung)

1 Sprechverbindung (OB) zum Außenbeobachter

3 Digitaluhren (Netz/Batterie)

3 Drehstühle.

Der Raum hat trotz der schalldichten Fernsprechboxen einen hohen Geräuschpegel und dürfte nicht kleiner als 36 m² sein.

Schlaf- und Aufenthaltsräume

Der Schlafräum und der Aufenthaltsraum müssen schallsicher voneinander getrennt sein. In den Schlafräumen sollten außer den Betten keine weiteren Möbel vorgesehen werden. Spinde stören, da erfahrungsgemäß die Dienstschrift bei einem Zweischicht-Betrieb an ihre Spinde herankommen muß. Betten mit konventionellen Matratzen und Bezügen haben sich nicht bewährt, es werden Liegen und Schlafsäcke bevorzugt.

Die Räume sollten folgende Ausstattung erhalten:

Schlafraum

10 Bunkerliegen (2-3fach übereinander)

1 Wandregal für 20 Schlafsäcke (kann auch im Flur stehen)

Größe nicht weniger als 12 m².

Aufenthaltsraum, zugleich Unterrichtsraum

21 Kleiderschränke

4 Tische

12 Stühle

1 Bücherregal

1 Lehrmittelschrank

1 Wandtafel.

Der Raum sollte mindestens 26 m² groß sein.

Küche und Vorratsräume

Es wird davon ausgegangen, daß das Personal der WD-Leitmeßstelle so lange wie möglich durch Vertragsgaststätten oder Anhängung an ZS- oder KatS-Versorgungseinrichtungen fremdverpflegt wird. Erst wenn die Lage dies nicht mehr zuläßt, muß

auf die eingelagerte Notverpflegung zurückgegriffen werden. Diese Notverpflegung (BW-Einmannpackungen) ermöglicht zweimal täglich die Zubereitung einer in Folie verschweißten Mahlzeit im Warmwasserbad. Die KÜcheneinrichtung kann daher einfach und nur auf diesen Notbetrieb abgestellt sein. Vorrats- und Lageräume sind ebenfalls nur für die Einlagerung der Notverpflegung und kleinerer Vorräte an Betriebsmitteln erforderlich. Besondere Forderungen (Klima) werden an diese Räume nicht gestellt.

Die Ausstattung sollte enthalten:

Küche

- 1 Platten-Kocher (elektr.)
- 1 Kochgefäß zum Aufwärmen der Fertignahrung (ca. 20 l)
- 1 Heißwasserboiler (5 l)
- 1 Abwaschbecken bzw. Waschbehälter
- 1 Geschirrschrank
- Geschirrausstattung für 21 Personen (überwiegend Wegwerfgeschirr)
- Größe ca. 8 m².

Vorratsraum

- Regale
- Größe ca. 12 m².

Sanitärräume

In der Regel werden in den auszusuchenden Liegenschaften bereits Sanitärräume vorhanden sein. Ist dies nicht der Fall, sollten mindestens

- 1 Klosett
- 2 Urinale
- 1 Dusche

eingerrichtet werden. Die Benutzung von Chemical-Toiletten sollte die Ausnahme bleiben.

Heizungs-/Klima-Räume

In den anzumietenden Liegenschaften sollten nach Möglichkeit bereits geeignete Heizungs-, Belüftungs- bzw. Filteranlagen vorhanden sein. Als zusätzlicher Ausbau käme dann nur der nachträgliche Einbau von Filter- bzw. Notbelüftungseinrichtungen gegen C-Kampfstoffe in Frage.

Außenbedingungen

Die Standorte der Leitmeßstellen werden sich nicht immer so auswählen lassen, daß sie optimal taktischen Gesichtspunkten entsprechen. Zur



Auswertung der Warnstellenreportage in einer WD-Leitmeßstelle. Links im Bild die Warnstelleneinrichtung, rechts Rundfunkgerät und Tonbandaufzeichnung.

Anmietung geeignete Liegenschaften (Schutzräume in Schulen, Ämtern, Krankenhäusern, Mehrzweckbunkern usw.) werden oft in dicht bebauten Gegenden liegen. Die damit verbundene größere Gefährdung durch Waffenerwirkungen, die geringe Sichtweiten für die Außenbeobachtung und die verfälschten Meßwerte am Standort bei Radioaktivitätsbestimmungen und Wetterbeobachtungen müssen wohl in Kauf genommen werden, zumal sie – abgesehen von der besonderen Gefährdungssituation – Nebenaufgaben sind und die Hauptfunktionen der Leitmeßstellen nicht beeinträchtigen. Die Lage in Wohngebieten bringt wiederum für die Versorgung der Helfer Vorteile.

Auf jeden Fall sollten aber Standorte vermieden werden, die durch besondere Trümmer- und Brandgefährdung bereits bei konventionellen Waffenerwirkungen den Leitmeßstellenbetrieb gefährden. Ebenso ist bei der Auswahl auf eine relativ sichere Fernmelde-, Wasser- und Stromzuführung zu achten. Oberirdische Zuleitungen scheiden aus.

Beurteilung des Modellversuches

Der Modellversuch wurde in einer Liegenschaft durchgeführt, die bereits im Grundschutz ausgebaut war. Kosten für entsprechende bauliche Maßnahmen waren nicht erforderlich. Die vorgefundenen Raumgrößen, insbesondere die der Funktionsräume, erwiesen sich als zu klein. Eine Vergrößerung war nicht möglich, dieser Nachteil beeinträchtigte den Betrieb.

Der im Modellversuch ermittelte Raumbedarf für eine Leitmeßstelle einschließlich der Sanitär- und Bewegungsflächen lag bei ca. 180 m². Es dürfte nicht einfach sein, in vorhandenen Liegenschaften geeignete Raumflächen dieser Größe zu finden.

Ebenso werden die Einzelflächen der Räume auch abweichende Maße haben. Hier müssen dann Abstriche an den Forderungen gemacht werden. Nicht verzichtet werden sollte jedoch auf die beiden großen Funktionsräume und den abgetrennten Schlafräum.

Die Erfahrungen des Modellversuches werden bei der Erarbeitung der Stärke- und Ausstattungsnachweisung für WD-Leitmeßstellen und der Richtlinien für Standortauswahl und Einrichtung von WD-Leitmeßstellen Berücksichtigung finden.

Es bleibt zu hoffen, daß die finanzielle Situation eine baldige Stufenplanung für den Leitmeßstellen-Aufbau zuläßt und die jetzige, oftmals unbefriedigende Unterbringungssituation schrittweise abgebaut wird. Dabei sollte vielleicht nicht nur an die Anmietung vorhandener Liegenschaften gedacht, sondern evtl. auch die Unterbringung von Leitmeßstellen in Neubauten von THW-Unterkünften für Ortsverbände oder anderen ZS-Einrichtungen eingeplant werden.

So könnten die WD-Leitmeßstellen z. B. im Frieden auch als Ausbildungs- und Einsatzstellen für überörtliche KatS-Führungstäbe dienen und durch diese Mehrfachnutzung zur Kosteneffizienz des Warndienstes und letztlich auch des Zivilschutzes beitragen.

Jürgen H. Schulz

ZS-MAGAZIN an die Feuerwehren

Seit Jahresanfang arbeitet der Deutsche Feuerwehrverband durch eigene Beiträge auf zwei Verbandsseiten am ZS-MAGAZIN mit. In diesen Monaten hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Redaktion und dem DFV erfreulich positiv gestaltet. Dieses kann an dieser Stelle festgestellt werden.

Der Deutsche Feuerwehrverband hat sich in letzter Zeit darum bemüht, allen Feuerwehren (je Gemeinde/Stadt) der Bundesrepublik das ZS-MAGAZIN zugänglich machen zu können. Da die Feuerwehren einen sehr bedeutenden Faktor im Katastrophenschutz darstellen, ist eine Information über diese Zeitschrift von Bedeutung. Der DFV kam zu einer Lösung, daß ab Ausgabe Oktober 1977 bereits die Feuerwehren in einigen Bundesländern (Bayern, Saarland, Berlin, Rheinland-Pfalz) die Zeitschrift über den Postversand kostenlos zugestellt bekommen. Die anderen Bundesländer werden in den nächsten Wochen in die Verteilung aufgenommen.

Der Deutsche Feuerwehrverband ist sicher, hierdurch den deutschen Feuerwehren eine weitere wichtige Informationsquelle zugänglich gemacht zu haben.

Deutscher Feuerwehrverband
Bundesgeschäftsstelle
R. Voßmeier

Deutscher Jugendfeuerwehr-Tag in Hamburg

Der „7. Deutsche Jugendfeuerwehr-Tag“ fand in der Zeit vom 18. bis 21. August 1977 in Hamburg/Harburg statt. Verbunden war er mit einem einwöchigen Zeltlager in der Zeit vom 14. bis 21. August.

Die Organisation dieser Bundesveranstaltung lag in den Händen der Hamburger Jugendfeuerwehr, unterstützt von den Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr Hamburg. Bundesjugendleiter Kühn sprach den Organisatoren für die geleistete Arbeit den Dank der Deutschen Jugendfeuerwehr aus.



Bundesjugendleiter Georg Kühn bei seinem Vortrag auf dem Deutschen Jugendfeuerwehr-Tag in Hamburg



Der Deutsche Jugendfeuerwehr-Ausschuß auf dem Delegiertentag in Hamburg.



Rund 100 Delegierte und weitere 100 Zuhörer folgten den verschiedenen Programmpunkten auf dem Jugendfeuerwehr-Tag.

Eingeleitet wurde die mehrtägige Veranstaltung mit der Sitzung des Deutschen Jugendfeuerwehr-Ausschusses.

Alle Anträge von Jugendfeuerwehren für Maßnahmen im Rahmen internationaler Jugendbegegnungen und des Deutsch-Französischen Jugendwerkes müssen über den zuständigen Landes-Jugendfeuerwehrwart bei der Deutschen Jugendfeuerwehr beantragt werden. Für diese Maßnahmen bewilligte Zuschüsse werden erst nach Genehmigung der Abrechnungsunterlagen und nach Eingang

des Zuschusses bei der DJF von dieser an die beantragende Stelle ausbezahlt. Eine Vorschußzahlung seitens der DJF wird nicht mehr vorgenommen.

Die bisherigen Bescheinigungen für Abnahmeberechtigte in der Deutschen Jugendfeuerwehr werden zum 31. 12. 1977 ungültig. Ab 1. Januar 1978 werden neue Bescheinigungen mit der befristeten Laufzeit von jeweils einem Kalenderjahr ausgestellt. Als Abnahmeberechtigter wird in der DJF ab diesem Termin beauftragt, wer die jährlichen Lehrgänge für Abnahmeberechtigte besucht hat.

Die Richtlinien für den Bundeswettkampf der DJF wurden aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre in einigen Positionen verändert. Wesentlichste Änderung hierbei ist, daß künftig die Jahrgänge vom 12. bis 18. Lebensjahr an diesem Bundeswettkampf teilnehmen können.

Die Verleihungsrichtlinien für die Ehrennadel der DJF wurden um Beantragungsrichtlinien erweitert. Danach können die Ehrennadeln der DJF nur noch teilweise zum Quartalsende beantragt werden. Diese Anträge sind grundsätzlich an den zuständigen Landes-Jugendfeuerwehrwart zu richten, wobei die entsprechenden Antragsvordrucke zu verwenden sind.

Erstmals fand im Rahmen eines DJF-Tages auch eine ganztägige Diskussionsrunde statt. Das Motto dieser Diskussion (in fünf Arbeitsgruppen und einer anschließenden Podiumsdiskussion) war „Jugendfeuerwehrarbeit in der Bundesrepublik“. Teilnehmer an dieser Diskussion waren alle Delegierten des Jugendfeuerwehr-Tages, wobei sich die Landes-Jugendfeuerwehrwarte und die Bundesjugendleiter an dieser Diskussion nicht beteiligten, um die Meinungsbildung der Basis nicht zu beeinflussen. Ein Aufruf zu dieser Diskussion lautet:

„Über dem 7. Deutschen Jugendfeuerwehr-Tag in Hamburg steht das Motto: JUGENDFEUERWEHRARBEIT IN DER BUNDESREPUBLIK. Unter diesem Leitgedanken werden wir gemeinsam den derzeitigen Stand unserer Arbeit diskutieren – zwei Jahre nach Verabschiedung des Bildungsprogramms der DJF und wenige Monate nach der Erarbeitung

einer darauf aufbauenden Lehrgangskonzeption.
JUGENDFEUERWEHRRARBEIT IN DER BUNDESREPUBLIK – dieses Motto soll aber darüber hinaus zu kritischer Prüfung und Besinnung anregen!

- Sind die Akzente richtig gesetzt?
- Führt der eingeschlagene Weg zu einer Vertiefung und thematischen Ausweitung unserer Arbeit?
- Oder muß da und dort korrigiert, müssen Weichen anders gestellt werden?

Die Delegierten werden in Hamburg diese Fragen diskutieren und gewiß Meilensteine in der Jugendfeuerwehrrarbeit der Zukunft setzen."

Nachdem fünf Arbeitsgruppen am Vormittag die verschiedensten Themen diskutiert hatten, fand am Nachmittag unter Leitung von OBR Herbert Rust (Hamm/Fachreferent „Ausbildung“ im DFV) eine mehrstündige Podiumsdiskussion statt.

Im Mittelpunkt des 7. Delegiertentages des DJF standen Regularien und zwei Referate. Bei der Behandlung der verschiedenen Regularien wurde der Haushaltsplan 1975/1976 genehmigt. Der Kassenführung und dem DJF-Ausschuß wurde Entlastung erteilt. Im weiteren Tagungsablauf wurden der Haushaltsplan des Jahres 1977 sowie der Doppelhaushalt 1978/1979 genehmigt.

Bei den anstehenden Neuwahlen für den Bundesjugendleiter und seine zwei Stellvertreter gab es folgende Ergebnisse:

Bundesjugendleiter:

Georg Kühn, 45 Jahre (Marburg/Hessen)

Stellvertreter:

Karl Binai, 37 Jahre (Kempten/Bayern)

Dieter Schwarze, 40 Jahre (Hodenhagen/Nds.)

Alle drei Kandidaten wurden für zwei Jahre gewählt.

Als Vertreter der DJF im Deutschen Feuerwehrausschuß wurden die beiden stellvertretenden Bundesjugendleiter Binai und Schwarze gewählt. Als Delegierte der DJF für den Delegiertentag des DFV wurden die neun amtierenden Landes-Jugendfeuerwehrwarte sowie die beiden Fachreferenten gewählt.

Der „8. Deutsche Jugendfeuerwehrtag 1979“ wurde durch Beschluß



Mit dem Jugendfeuerwehrtag in Hamburg der Deutschen Jugendfeuerwehr war auch ein einwöchiges Zeltlager verbunden. Hier besichtigen einige Gäste das Lager.

an das Land Nordrhein-Westfalen vergeben. Die nächstjährigen Bundesausscheidungen zum Internationalen Jugendfeuerwehrtwettkampf finden am 10. Juni 1978 im Rahmen des Landes-Feuerwehrtages Baden-Württemberg in Böblingen statt.

Interschutz 80 – Der Rote Hahn Publikumsnaher Einblick in den Feuerwehrralltag

Der Brand- und Katastrophenschutz steht im Mittelpunkt der internationalen Ausstellung „Interschutz 80 – Der Rote Hahn“, die vom 4. bis 12. Oktober 1980 auf dem Messegelände in Hannover stattfinden wird. Der industrielle Teil dieser weltweit bedeutsamen Veranstaltung mit einem Angebot auf voraussichtlich über 70 000 m² wird von einem ideellen Part begleitet, der einen Einblick in die vielschichtige Alltagsarbeit der Feuerwehren und Organisationen des Katastrophenschutzes geben soll. Zum selben Termin wird der 25. Deutsche Feuerwehrtag zu einem Treffpunkt von mehreren zehntausend Feuerwehrleuten aus der Bundesrepublik und dem Ausland werden.

Die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten des für den ideellen Teil der Interschutz zuständigen Deutschen Feuerwehrverbandes – mit Unterstützung der Feuerwehr Hannover, die 1980 ihr 100jähriges Bestehen feiert – nehmen bereits erste Formen an. Alle Aktivitäten sollen unter das Motto „publikumsnah“ gestellt werden, um Besuchern und Zuschauern möglichst wirkungsvoll die breite Aufgabenpalette des Brand- und Katastrophenschutzes aufzuzeigen. So sind Einsatzvorführungen vorgesehen, Brandbekämpfung aus der Luft sowie

historische Vorführungen. Weiter werden die vielfältigen technischen Hilfeleistungen der Feuerwehr bei Bergungen, Öleinsätzen, Rettungsmaßnahmen aus dem Wasser oder beim Einfangen von Tieren (Katze auf dem Baum, verirrte Bienen-schwärme) vorgestellt.

Besonderes Interesse dürften Vorführungen mit komplexer Problemstellung finden, wie etwa die Abwehraktionen bei einem Heidebrand oder die besonderen Sicherheitsmaßnahmen rund um den Strahlenschutz. In Sonderschauen mit internationaler Beteiligung werden u. a. die Themen „vorbeugender und abwehrender Brandschutz“ sowie „Aus- und Weiterbildung“ berücksichtigt, aber auch historische Modellschauen, Briefmarken-, Medaillen-, Abzeichen- und Helmausstellungen werden zu sehen sein.

Der Deutsche Feuerwehrverband wendet sich in diesem Zusammenhang an seine 945 000 Mitglieder in der Bundesrepublik und die Feuerwehrleute im Ausland, an alle Organisationen und private Stellen, die mit großen und kleinen Beiträgen den ideellen Teil der Interschutz anzureichern bereit sind, sich möglichst bald an folgende Adresse zu wenden: Feuerwehr Hannover, Feuerwehrstraße 1, 3000 Hannover. Außerdem werden Fachverbände, die in irgendeiner Form vom Brand- und Katastrophenschutz tangiert werden, gebeten, ihre Tagungen nach Hannover zu vergeben, um damit einen Besuch der Interschutz 80 zu verbinden.

Auch für den 25. Deutschen Feuerwehrtag liegt das Programm im großen Rahmen bereits fest. Danach werden die Schwerpunkte auf die beiden Wochenenden gelegt, wobei der erste Höhepunkt bereits in der gemeinsamen feierlichen Eröffnung von Interschutz und Feuerwehrtag am 4. Oktober vorgesehen ist. Musikwettbewerbe mit 30 000 Beteiligten, Festveranstaltungen, eine öffentliche Kundgebung des Deutschen Feuerwehrverbandes sowie ein Festumzug am Sonntagmorgen, zu dem mehr als 50 000 Feuerwehrleute erwartet werden, schließen sich an. In der folgenden Woche finden die Fachtagungen der einzelnen Organisationen statt, am zweiten Wochenende bilden der Landesfeuerwehrtag Niedersachsen, internationale Feuerwehrtwettkämpfe und eine bundesweite Veranstaltung der Jugendfeuerwehr den festlichen Abschluß des 25. Deutschen Feuerwehrtages.

Berichte aus den Ortsverbänden

Übungen verbessern die Einsatzbereitschaft des ASB

Vom Chemie-Unfall bis zum Flugzeugabsturz

Die ständige Einsatzbereitschaft der KatS-Einheiten des Arbeiter-Samariter-Bundes kann nur durch Übungen aufrecht erhalten werden. Was sich ASB-Ortsverbände dazu alles einfallen lassen, schildern folgende Berichte.

Für den Ernstfall gerüstet

Seine Jahresübung absolvierte der Kreisverband Schweinfurt des Arbeiter-Samariter-Bundes auf einem Lagerplatz der Gemeinde Gochsheim und demonstrierte damit seine von Ausbildung und Ausrüstung her gegebene Einsatzbereitschaft als Katastrophenschutzinheit.

Unter der Einsatzleitung des Technischen Leiters Klaus Popp hatte der erste Sanitätszug des Arbeiter-Samariter-Bundes der Stadt Schweinfurt mit seinem Zugführer Franz Schmitt am Samstagfrüh das Übungszeit am Rande eines angenommenen Katastrophengebietes aufgeschlagen,

in dem ausströmende Chemikalien Vergiftungen bei Menschen verursacht hatten. Die Aufgabe der Übung bestand darin, das von Giftschwaden berührte Gebiet nach Menschen mit Vergiftungserscheinungen abzusuchen, diese zu bergen und zur ärztlichen Behandlung ins Krankenhaus zu bringen.

In Form eines Geländemarsches wurde das Gebiet nach Opfern durchkämt. Aufgefundene Opfer mußten von den Helfern, die mit Atemschutzmasken ausgerüstet waren, aus dem Gelände herausgetragen und bis zu einer Straße oder einem befestigten Weg gebracht werden, wo sie von der Besatzung des Krankenwagens übernommen werden konnten. Den Rückweg zum Lager mußten danach die Such- und Bergungstrupps an Hand von Karten selbst finden, was bei dieser ernstfallmäßigen Übung der Ausbildung in Gelände- und Kartenkunde diente.

Für die Verpflegung der Sanitäter im Übungseinsatz, der bis Sonntag

nachmittag dauerte, sorgte das Technische Hilfswerk, das mit seinem Küchenwagen an dieser Übung teilnahm.

„Jumbo-Crash“ als Übungsaufgabe

Die Katastrophe war angenommen, die imaginäre Absturzstelle des Jumbo-Jets lag irgendwo im Dunkel des Waldes bei Offenbach. Die Vision des Schreckens erdacht – die Betriebsamkeit im umliegenden Waldgebiet jedoch echt: Kürzlich probten Teile des Katastrophenschutzes der Stadt Offenbach den Ernstfall, sich bewußt, daß ein solches Ereignis im Offenbacher Gebiet, das bereits 1962 vom Bund als besonders gefährdeter Bereich erkannt wurde, durchaus denkbar sei, wie die Offenbacher-Post, die größte Tageszeitung in Stadt und Kreis Offenbach, berichtete.

An der Nachtübung nahmen eine Sanitätseinheit des dem Katastrophenschutz angegliederten Arbeiter-Samariter-Bundes und zwei Fernmeldezüge als selbständige Regieeinheiten des Offenbacher Katastrophenschutzes teil.

Zweck der Übung war, den Helfern – teils ehrenamtlich, teils zivildienstleistende – nicht nur im theoretischen, sondern auch im praktischen Bereich die erforderliche Routine und Übersicht zu vermitteln. Die Notwendigkeit einer solchen Übung, die jährlich etwa einmal „abrollt“, bekräftigt auch der geschäftsführende Leiter des Katastrophenschutz-Stabes, Obermagistratsrat Erich Vath, der sich zusammen mit dem Hauptverwaltungsbeamten, Oberbürgermeister Buckpesch, dem Leiter des Offenbacher Katastrophenschutzes und dem Abteilungsleiter der Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz der Offenbacher Ordnungsbehörde und Aufstellungsleiter für die Einsatzeinheiten, Georg Wolf, an Ort und Stelle über den Ablauf der Fernmelde- und Rettungsübungen informierte.

Man müsse, so Vath, jederzeit in der Lage sein, die Situation im Ernstfall schnellstens in den Griff zu bekommen, um eine optimale Versorgung der Betroffenen gewährleisten zu können. Dies sei jedoch nur möglich,



Die Schweinfurter ASB-Helfer standen in ihrer Jahresübung vor dem Problem eines angenommenen Chemie-Unfalls.

wenn die vorhandenen Kräfte neben ihrer Ausbildung in den bundeseigenen Katastrophenschutzschulen und im örtlichen Bereich auch mit der Praxis vertraut gemacht werden.

Test im Äther

Die Tücken der Praxis galt es also zu erkunden, und die beiden Offenbacher Regieeinheiten, 53 Mann stark und zum größten Teil aus Zivildienstleistenden bestehend, die sich für zehn Jahre anstelle der Bundeswehr dem Katastrophenschutz verschrieben haben, gingen mit Elan daran, Funkbrücken entstehen zu lassen und über den Kanal der Offenbacher Berufsfeuerwehr im Äther „Ernstfall zu spielen“. Die Funkzentrale, ansonsten im Bunker neben dem Offenbacher Rathaus installiert, hatte man in das Dickicht des Waldes verlegt und vier Funkkommandowagen in den Kreis und in das Stadtgebiet geschickt, um aus wechselnden Positionen die Funkverbindungen zu testen.

„Strippenzieherkommandos“ stapften durch das Laub, hier und da blitzte eine Taschenlampe auf, Kabel wurden kilometerweit verlegt und im grellen Schein einer Lampe knatterte ein Generator.

Von der Bezeichnung „Spiel“ will der zuständige Abteilungsleiter, Georg Wolf, nichts hören. „Wir nehmen die Sache sehr ernst“, betonte er und wies auf die möglichen Probleme und deren Folgen bei der Unterhaltung eines im Ernstfall notwendigen Funknetzes hin. Es bestünde immer die Möglichkeit atmosphärischer, witterungsbedingter und geographisch bedingter Störungen, Funk Schatten zum Beispiel, die im Falle einer Katastrophe den reibungslosen Ablauf einer Rettungsaktion empfindlich stören könnten. Mit dieser Übung, so Wolf weiter, wollte man Erfahrungen über diese Störfaktoren und ihrer Behebung sammeln. Auch seien der Stab und die Helfer bestrebt, einen echten Schutz für die Bevölkerung aufzubauen und nicht nur auf dem Papier einen funktionsfähigen Katastrophenschutz zu haben. Auf „Karteileichen“, so Wolf, könne der Offenbacher Katastrophenschutz verzichten.

In der Tat hatten die Männer der funkenden Truppe auch mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen, die zum Teil technische, zum Teil Ursachen „höherer Gewalt“ hatten. Verärgert



Die Übung in Offenbach: Einrichtung eines Notlazaretts nach einem Flugzeugabsturz.

darüber waren die Männer jedoch nicht; schließlich, so einer der Funker, sei dies ja der Zweck der ganzen Sache.

„Blutige“ Übung

Als kurz nach 22 Uhr Oberbürgermeister Buckpesch als oberster Leiter des Offenbacher Katastrophenschutzes an der Schweinehecke eintraf, war die Übung, die bis morgens gegen 10.00 Uhr lief, schon im vollen Gange, und auch die beiden Funk-Sankas des ASB in den Funkkreis der Regieeinheiten eingegliedert.

Die Sanitätseinheit hatte ein Notlazarett mit zwei großen Zelten innerhalb einer knappen Stunde aus dem Boden gestampft, mit der Funkzentrale durch Feldtelefon verbunden. Vier ASB-Krankenwagen und ein „Vier-Tragen-Wagen“ des Offenbacher Katastrophenschutzes waren aufgefahren, und die etwa 20 Aktiven bemühten sich um die zehn freiwilligen „Opfer“, allesamt Zivilpersonen, die sich für diese Übung zur Verfügung gestellt hatten.

Anleitung zu den Hilfsmaßnahmen gab der Offenbacher Arzt Dr. Axel Borgnis, der sich mit einer Gruppe von weiteren sechs Ärzten dem Offenbacher Katastrophenschutz verpflichtet hat. Es ging schier „blutig“ zu, und obgleich nur eine Übung, waren die Helfer mit Feuereifer dabei, die „Atemstillstände“, „Bein-, Rippen- und sonstige Knochenbrüche“,

„Verbrennungen“ und andere denkbare „Verletzungen“ zu versorgen.

Auch der Oberbürgermeister, der sich zuvor an der Feldküche mit Frikadellen und Kartoffelsalat gestärkt hatte, war von dem Ernst und Eifer seiner Katastrophenhelfer sichtlich beeindruckt. Sinniger und gleichermaßen sinnvoller Kommentar: „Üben, üben, üben.“



Offenbachs Oberbürgermeister Buckpesch verfolgte die Nachtübung des ASB; hier informiert er sich in der Fernmeldezentrale. Neben Buckpesch der Leiter der Abteilung „Zivil- und Katastrophenschutz“ der Stadt, Georg Wolf, und der Leiter der Polizei- und Ordnungsbehörde, Erich Vath.

Veronika Besau

KATASTROPHE!

Bericht über eine Übung

1. Oktober 1977, 14.22 Uhr:

Im Anflug zur Gefechtsübung mit scharfem Schuß auf einem Schießplatz im nordbadischen und südhessischen Raum stürzt ein Kampfflugzeug der NATO-Streitkräfte während eines Notlandeversuches im östlichen Bebauungsgebiet der Stadt Ladenburg ab. Kurz vor der Bruchlandung nimmt der Pilot einen nicht mehr berechenbaren Bombenabwurf vor. Verschiedene Gebäude des Max-Planck-Instituts werden zerstört, das Schadensausmaß ist noch nicht bekannt.

Nach dem anfänglichen Bereitstellungsalarm löst der Hauptverwaltungsbeamte Katastrophenalarm aus, um 14.32 Uhr folgt die Anweisung der TEL, die Einsatzbereitschaft des Sanitätszuges der JUH schnellstens herzustellen.

Soweit der theoretische Hintergrund zu einer längst fälligen, internen JUH-Übung in Mannheim.

Dem praktischen Ablauf waren drei Schwerpunkte gesetzt:

1. Erprobung der neu erstellten Alarmpläne.
2. Überprüfung des fachlichen Könnens vor Ort und des Materialnachschubsystems.
3. Kontrolle der Kommunikationsmöglichkeiten und -mittel im Katastrophenfall.

Erprobung der Alarmpläne

Das Alarmieren, Sammeln und Heranführen der Einheiten zum Aufstellungsort an der Rettungswache verlief reibungslos und ohne Zeitverlust. Die Alarmpläne erwiesen sich als lückenlos und das angewandte Schneeballsystem als bewährt und zweckentsprechend.

Überprüfung des fachlichen Könnens

Bei unwirtlich kaltem Herbstwetter warteten 62 „Verletzte“ in einem

ausgebrannten dreistöckigen Gebäude auf ihre Retter.

Die Löscharbeiten der eingesetzten Wehren gingen zügig voran, aus dem 3. Obergeschoß mußten mehrere Verletzte abgeseilt werden, da die Treppenaufgänge unpassierbar geworden waren.

Bei planmäßigem Übungsablauf sollte jetzt die Sichtung und Versorgung der Katastrophenopfer durch eine Arztgruppe bzw. den San.-Zug beginnen.

Doch infolge kleiner, sehr realistischer Mißverständnisse kam es zur Einsatzverzögerung. Endlich belebten eintreffende Sanitäter die groteske Szene und erlösten die frierenden „Opfer“. Umsichtig und unbeirrbar verschaffte sich die Arztgruppe einen ersten Überblick und setzte die nötigen Prioritäten. Die Helferschaft arbeitete zügig und mit erfreulichem persönlichen Einsatz.

Viele Hilfsmaßnahmen mußten sich jedoch auf ein Minimum beschränken, da nicht genügend Übungsmaterial vorhanden war. Da die JUH aus Platzgründen zu dezentralisierter Lagerhaltung gezwungen ist und alle Vorstellungen bei den betreffenden Behörden bisher auf taube Ohren stießen oder mit zu hohen Selbstkosten verbunden waren, gestaltete sich der Nachschubweg schwierig.

Ein ebenso bekanntes, bisher ungelöstes Problem ist die Helferkleidung beim Katastropheneinsatz. Es ist die Uniform ebenso unzweckmäßig wie die Weißkleidung unzureichend ist.

Richtig wäre eine robuste Arbeitskleidung für alle Helfer der Katastrophenschutz-Organisationen, finanziert – oder zumindest bezuschußt – vom Bund, damit die, die helfen sollen und wollen, das auch uneingeschränkt können.

Der San.-Zug setzte diesen Mängeln erhöhte Leistungsbereitschaft entgegen und bemühte sich, den Zeitverlust wieder auszumergen. Sicher ein Grund für die hin und wieder unterbliebene Verletztenregistrierung.

Parallel dazu organisierte der Verbandplatzzug ein gut durchdachtes Lager zur Aufnahme und Sekundärbehandlung aller Opfer. Der Verletztentransport von der Schadensstelle zum Verbandplatz wurde mit RTW, KTW und zwei Großraumkrankenwagen ordnungsgemäß abgewickelt.

Kontrolle der Kommunikationswege

Die technischen Kommunikationseinrichtungen, Feldfernsprechverbindungen, Drahtverbindung zur Schadensstelle, Verlängerung eines Amtsanschlusses und Errichtung zweier Funkverkehrskreise funktionierten reibungslos.

Als weitaus schwieriger erwies sich die Verständigung der Führungskräfte. Mangelnder Informationsfluß, Kompetenzunsicherheit und daraus resultierende Fehlbeurteilungen der Lage führten streckenweise zu Zeitverlusten und Handlungsvakuum.

Fazit: Die organisatorischen und schriftlichen Vorbereitungen waren von der Übungsleitung lückenlos und klar konzipiert. Doch grau ist alle Theorie . . . Der Übungsablauf zeigte deutliche Kommunikations- und Materialschwächen. Fachlich gute Arbeit leistete die Helferschaft auf allen praktischen Gebieten. Die eigentlichen „Helden“ der Übung waren die Jugendlichen der JUH-Nachbarverbände, die trotz Kälte und in teilweise sehr unglücklicher Lage ihre Verletztenpflicht bis zum Schluß heroisch aufrecht erhielten.

Die begangenen Fehler sind mit Sicherheit kein Einzelfall. Sie werten den Übungsgedanken nicht ab sondern auf. All denen, die sich dem Katastrophenfall gewachsen fühlen, sei gesagt: „Übt mal wieder . . .“

Der Wille zum Helfen und die Einsatzbereitschaft aller Beteiligten ist unbestritten, aber, wie der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober im April 1977 bei der 25-Jahr-Feier der JUH in Bonn-Bad Godesberg formulierte: „Die gute Absicht allein ist freilich oft zu schwach . . .“

R. Kauffmann

28 „NEUE“

Vier-Wochen-Kursus der JUH für Schwesternhelferinnen

„Was gehört zur Pneumonieprophylaxe?“ „Wie führen Sie die Spitzfußprophylaxe durch?“ oder: „Erklären Sie, was Sie im Umgang mit der Eiskrawatte beachten.“ Das waren drei der Aufgaben, die von den 28 Absolventinnen eines Schwesternhelferinnenkurses in Heidelberg gelöst werden mußten. Vier Wochen lang führte die Johanniter-Unfall-Hilfe, die dem Diakonischen Werk angeschlossen ist, diesen Kursus – einen von jährlich zehn in Baden-Württemberg – im Theologischen Studienhaus der Landeskirchen durch.

Eine gelockerte und heitere Atmosphäre kennzeichnete den Prüfungstag, denn jede der 28 Frauen und Mädchen konnte bereits sicher sein, daß sie die Prüfung bestanden hatte. Lehrschwester Brigitte Trefz: „Wer nach je 100 Stunden Theorie und Praxis keine ausreichenden Kenntnisse besessen hätte, wäre gar nicht erst bis zur Prüfung gelangt.“ So konnten die Prüflinge ihre Aufgaben ohne Nervenbelastung erfüllen.

Vier Wochen lang wurden die angehenden Schwesternhelferinnen – hauptsächlich Abiturientinnen und junge Hausfrauen, aber auch Frauen im mittleren Alter – in allen Bereichen der Krankenpflege geschult. Dabei

wurde ihnen aber auch deutlich gemacht, daß sie mit ihrem Wissen längst noch nicht mit der examinieren Krankenschwester konkurrieren können. Susanne von Haber (Heidelberg), in Baden-Württemberg für die Schwesternhelferinnenausbildung der Johanniter-Unfall-Hilfe verantwortlich, erinnerte bei der Überreichung der Abschlusssertifikate daran:

„Ihre Aufgabe ist es, die Schwester in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie können dabei viel im Sinne des Johanniterordens tun und Bedürftigen in der Not helfen.“ Schwesternhelferinnen könnten dem Patienten menschliche Wärme vermitteln, die im hektischen Betrieb der Krankenhäuser oft verloren gehe.

Schwesterhelferinnen könnten auch als Bindeglied zwischen Patienten und Umwelt dienen, sie könnten in der Klinik sogar die Familie ersetzen, sagte Günter Ibscher, der Landesgeschäftsführer der JUH, nach der Prüfung. Er gab in einer kurzen Ansprache auch einen Überblick über Geschichte und Wirken des Johanniterordens und der seit 1952 bestehenden Johanniter-Unfall-Hilfe. Er appellierte auch an die frischgeprüften Schwesternhelferinnen, in Zukunft den Kontakt zur JUH nicht ab-

reißen zu lassen. Im Rahmen der Arbeit der Rettungsorganisation könnten sie ihr Wissen anwenden.

Nach ihrer Prüfung haben die 28 Schwesternhelferinnen nun die Möglichkeit, zum Praktikum in Kliniken aufgenommen zu werden. Darauf hat allerdings, wie Susanne von Haber sagte, die JUH keinen Einfluß mehr. Der JUH gehe es bei ihren Kursen darum, Starthilfe zu geben und junge Menschen zu befähigen, Hilfsbedürftige zu unterstützen. Ein großer Prozentsatz nützt das in den Vier-Wochen-Kursen erworbene Wissen später beruflich. Viele Absolventinnen der Schwesternhelferinnenausbildung gehen in Pflegeberufe.

Bei ausreichendem Interesse kümmert sich die JUH aber auch um eine weiterführende Ausbildung. Regelmäßig, so Susanne von Haber, werden den ehemaligen Kursteilnehmerinnen Fortbildungstage angeboten.

Junge Menschen, die praktische Nächstenliebe unter Beweis stellen und sich im diakonischen Bereich engagieren wollen, können sich mit der Referentin für die Schwesternhelferinnenausbildung der Johanniter-Unfall-Hilfe in Verbindung setzen.

Die Adresse: Meta Waldhart, Johanniter-Unfall-Hilfe, Bundesgeschäftsführung, Johanniterstr. 11, 5300 Bonn, Tel.: 0 22 21 / 23 30 71.

(Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus „Aufbruch“, Evangelische Kirchenzeitung für Baden, Nr. 34)



Zu den alltäglichen Pflichten der Schwesternhelferinnen gehört das Messen des Blutdrucks.



Aufgabe: „Eiskrawatte anlegen“. Lehrschwester Brigitte (links) prüft den richtigen Sitz.

Peter Alefelder

Hilfseinsatz des MHD in der Türkei

Krankenpflegestationen und Schulen für die vom Erdbeben betroffene Bevölkerung

Wie schon früher bei Katastrophen im Ausland wurde der Malteser-Hilfsdienst vom Deutschen Caritasverband (DCV) und Diakonischen Werk darum gebeten, bei Wiederaufbaumaßnahmen in dem türkischen Erdbebengebiet mitzuhelfen. Das Hilfsprogramm sah vor, zusammen mit der Stuttgarter Fertigbaufirma Barth in der stark betroffenen Region um die osttürkische Ortschaft Muradiye Schulen, Wohnhäuser für Lehrpersonal, Dispensarien und sanitäre Anlagen zu errichten.

Nachdem sich Herr Hürtgen vom MHD-Auslandsdienst zuvor an Ort und Stelle von dem Ausmaß der Zerstörungen und den Hilfsnotwendigkeiten überzeugen konnte, wurde als Abreisetermin für das Malteser-Team der 9. August 1977 festgelegt.

Die Mannschaft bestand aus 13 MHD-Angehörigen – darunter gelernte Maurer, Schreiner, Elektromechaniker und Sanitärinstallateure.

Motor fing Feuer

Die Fahrtroute, die mit sechs Fahrzeugen, darunter einem Montagewagen, in zehn Tagen bewältigt wurde, führte von Köln aus durch Österreich, Jugoslawien und Bulgarien zum Zielort Muradiye. An der türkischen Grenze wurde der Konvoi sechs Stunden festgehalten. Waren die Straßen bis Ankara noch einigermaßen gut befahrbar, so kamen später Strecken, die an Fahrzeuge und Wagenbesetzungen hohe Anforderungen stellten: Schotterbelag, Löcher, Staub und nochmals Staub. Die Motoren einiger Fahrzeuge waren den Pässen, die bis in Höhen von 3000 Metern führten, nicht gewachsen: sie streikten. Der Kübelwagen erlitt einen Getriebeschaden und konnte nur noch im 1. und 3. Gang gefahren werden.

Die Motorbremse des Lastkraftwagens fiel schon kurz hinter Ankara aus. Doch es kam noch schlimmer: Bei Malatya kochte die Batterie des Lkw über, und der Motor fing Feuer.

Zahlreiche Bewohner des Ortes halfen bei der Brandbekämpfung, indem sie Wasser heranschleppten. Doch zum Glück sah alles viel schlimmer aus als es tatsächlich war. Der Lastwagen konnte, nachdem das Feuer gelöscht war, in zwei Stunden instandgesetzt werden, wobei besonders der Mechaniker durch fachliches Können seine „Bewährungsprobe“ bestand. Die Wagenbesetzung, die sich eine leichte Verätzung der Atemwege zugezogen hatte, war nach einer Behandlung mit Sauerstoff wieder fit.

Abenteuerliche Paßfahrten

Die Fahrt ging weiter durch unbewohnte Gebirgslandschaften. Schafe und Rinder, die auf fast vertrockneten Wiesen ihre karge Kost suchten, gaben der Einöde ein wenig Leben. Einige der bei den Herden wachenden Kinder fanden daran Gefallen, die Fahrzeuge mit Steinen zu bewerfen, doch die meisten winkten freundlich.

Zwar gibt es auch in der Türkei eine

Straßenverkehrsordnung, doch scheinen die Bestimmungen nicht allzu ernst genommen zu werden. Viele Lastkraftwagen wurden von Jugendlichen – nicht älter als 14 Jahre – gesteuert. Auffallend viele Fahrzeuge waren auf den Paßstraßen von der Fahrbahn abgeraten und die Steilhänge hinabgestürzt. Man hatte sie einfach dort liegen gelassen, wo sie nach dem Absturz als Schrottknäuel zum stehen gekommen waren. Die MHD-Helfer selbst hatten Gelegenheit, nach einem Unfall Erste Hilfe zu leisten.

Am 18. August traf der Konvoi in Tatwan am Van-See ein. Von hier aus sollten die Fahrzeuge mit dem Fährschiff nach Van übergesetzt werden. Aber die Fähre beförderte, wie sich herausstellte, nur Güterzüge. Längere Verhandlungen waren erforderlich, um zu erreichen, daß wenigstens der defekte Lkw auf dem Schiff mitgenommen wurde. Es blieb nichts anderes übrig, als mit den anderen Fahrzeugen den See zu umfahren und damit weitere Stunden strapazierter Fahrt auf sich zu nehmen. Am Abend erreichte die Gruppe



Verabschiedung der MHD-Gruppe durch Generalsekretär Georg von Truszczyński.

Van und startete am nächsten Morgen zur letzten Etappe über 85 km nach Muradiye.

Bald eingewöhnt

Die Begrüßung am Zielort durch Behördenvertreter, Bevölkerung und die Mitarbeiter schon anwesender Baufirmen war herzlich. Da die Bauteile aus Deutschland noch nicht eingetroffen waren, fanden die Helfer in den folgenden Tagen Zeit und Muße, sich von den Anstrengungen der Reise zu erholen und in Ruhe an die klimatischen Verhältnisse und das türkische Essen zu gewöhnen. Gerade letzteres bereitete einigen erhebliche Schwierigkeiten, doch hatte man durch Mitnahme entsprechender Medikamente auch für diese Fälle vorgesorgt. Weniger erfolgreich war der Kampf gegen Mücken, Flie-

gen und Spinnen vor allem in den Zelten. Hinzu kam die Angst vor Skorpionen. Einer der Mitarbeiter machte aus der Not eine Tugend: Er fing geradezu leidenschaftlich große Fliegen und Spinnen und präparierte sie.

Nach fünf Tagen hatte der „Müßiggang“ sein Ende. Die ersten Sattelschlepper der deutschen Speditionsfirma waren endlich angekommen, nun galt es, tatkräftig anzufassen.

Schneller Baufortschritt

Das erste Bauprojekt war eine Schule, die in Caldıra, 30 km von Muradiye entfernt, errichtet wurde. Es folgten Wohnhäuser und weitere Schulen in benachbarten Ortschaften. Die Bauarbeiten schritten zügig fort, ohne daß es große Probleme zu bewältigen

gab. Schwierigkeiten brachten andere Ereignisse. So hatte ein junger Deutscher, als Fahrer bei einer österreichischen Speditionsfirma tätig, auf der Hinfahrt einen Auffahrunfall, der eine Reparatur seines Lkw dringend erforderlich machte. Ersatzteile waren nicht erhältlich. Die MHD-Helfer nahmen ihn auf, benachrichtigten per Telex seine Firma und schafften es schließlich, daß die Besatzung eines Sattelschleppers einer anderen Speditionsfirma ihn samt Lkw auflud und bis nach Ankara mitnahm.

Jeder der Lkw-Fahrer, der ankommt, sagt, daß er keine Lust mehr habe, nochmals diese gewaltige Strecke zurückzulegen. Zu den Strapazen, die die Fahrt an sich schon bedeutet, kommt das Problem der Kraftstoffversorgung. Auf normalem Wege ist zur Zeit in der gesamten Türkei kein Tropfen Dieselmotorkraftstoff zu erhalten, da eine Verteuerung in Aussicht steht. Die Tankwarte weisen die Kunden oft in schroffer Manier ab. Lediglich offiziellen Stellen hat der MHD es zu verdanken, daß die Fahrzeuge bisher nicht wegen Kraftstoffmangel stehenbleiben mußten.

Alles in allem kann die MHD-Gruppe jedoch mit den vorgefundenen Einsatzbedingungen zufrieden sein. Es läßt sich schon heute feststellen, daß die Malteser einen wirksamen Beitrag zum Wiederaufbau geleistet haben, einen Beitrag, der unmittelbar der einheimischen Bevölkerung, die schwere Zeiten durchstanden hat, zugute kommt.

Soweit der Situationsbericht eines MHD-Mitarbeiters „vor Ort“.

Ein 3-Millionen-Programm

Hintergrund dieses Einsatzes ist die Übergabe einer Reihe von Gemeinschaftseinrichtungen im türkischen Erdbebengebiet Van durch den Deutschen Caritasverband und das Diakonische Werk an die betroffene Bevölkerung. Dabei handelt es sich um zwei Krankenpflegestationen und um sieben dreiklassige Schulen, jeweils mit den zugehörigen Wohnungen. Weitere fünf Schulen sind noch in Bau. Hervorzuheben ist, daß türkische und deutsche Fachleute, darunter die Angehörigen des Malteser-Hilfsdienstes, sehr gut zusammengearbeitet haben.

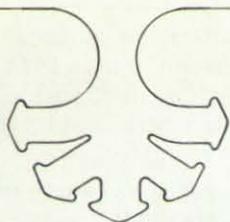
Der Wert des gesamten Programms, das nach Winterende 1978 fortgesetzt wird, beträgt drei Millionen DM.



Lager der MHD-Helfer im türkischen Hochland.



Abwechslung im Lager: interessierte Türken kommen zu Besuch.



Presseschau des Inlands

Rettung zwischen Ost und West

Bei einer dramatischen Rettungsaktion wurden die Grenzen zwischen Ost und West schnell und unbürokratisch überwunden. Dies gelang dank der Mitwirkung der Alliierten und der DDR. Der 22jährige Peter Pietsch aus Gütersloh wurde durch die Mithilfe der DDR-Behörden, der Ost-Berliner Fluggesellschaft Interflug und der westlichen Alliierten sowie der Deutschen Rettungsflugwacht vor dem sicheren Tode bewahrt.

Pietsch hatte bei einer Gasexplosion in Gütersloh lebensgefährliche Verbrennungen erlitten, die in einer speziell ausgerüsteten Klinik behandelt werden mußten.

Der Chefarzt der städtischen Kliniken in Gütersloh, Dr. Hentschel: „... Es blieb nur das Urban-Krankenhaus in Berlin. 60 Prozent der Haut des Verunglückten waren verbrannt; ein schnelles Handeln war die einzige Überlebenschance für ihn.“

Von Gütersloh nach West-Berlin zu fliegen, bringt normalerweise beinahe unüberwindliche Probleme, entsprechende Abkommen machen ein solches Vorhaben innerhalb weniger Stunden fast unmöglich. Hentschel schaltete die Rettungsflugwacht ein, die die Aktion sofort in Angriff nahm. Sie besorgte eine Maschine mit Schweizer Kennzeichen, die von Stuttgart aus nach Gütersloh beordert wurde. Die Alliierten prüften, ob ein eigenes Flugzeug gestellt werden konnte; Ergebnis: negativ.

Stuttgart bemühte sich unterdes um eine Landegenehmigung in Ostberlin. Entgegen allen Erwartungen reagierten „Interflug“ und die DDR-Behörden schnell. Als die Stuttgarter Maschine in Gütersloh landete, lag die Genehmigung bereits vor.

Nachdem zuerst noch der Personalausweis des Verletzten aus den Trümmern des Hauses herausgesucht worden war, startete die Maschine, flog über Prag (der Vorschrift wegen) und landete in Ost-Berlin. Von dort aus wurde der Verletzte mit dem Krankenwagen ins West-Berliner Urban-Krankenhaus gebracht.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Zivilschutzanlage im U-Bahnhof

Im Bauabschnitt der Berliner U-Bahn in Spandau wird eine Zivilschutzanlage eingeplant, deren Rohbau bereits fertiggestellt ist.

Der vom Innensenator vorgesehene Zivilschutzraum, eine Erweiterung des U-Bahnhofes Siemensdamm, soll im Katastrophenfall 4000 Menschen aufnehmen. Die Anlage wird für eine Überlebensdauer von vierzehn Tagen ausgerüstet.

Zwei riesige, hydraulisch schließbare Hubschwenktore riegeln den Schutzraum hermetisch ab. Die Sicherheitseinrichtungen verdoppeln die Kosten des „normalen“ U-Bahnhofes auf rund 10 Millionen DM.

(Spandauer Volksblatt, Berlin/West)

Ein Provisorium ging zu Ende

Für mehr als 400 Helfer der Organisationen im Braunschweiger Katastrophenschutz geht nach über zehn Jahren ein Provisorium zu Ende. Ihr Ausbildungszentrum wurde völlig renoviert und vom Oberstadtdirektor jetzt seiner Bestimmung übergeben. Verständlich, daß sich diese Übergabe gewissermaßen zu einem Familienfest gestaltete.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter des Rates, der Verwaltung, des Landes Niedersachsen sowie zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Organisationen erinnerte Oberstadtdirektor Weber daran, daß die Stadt an dieser Stelle im Jahre 1967 ein Trümmergebäude übernommen habe. Dies sei nach und nach mit erheblichen finanziellen Mitteln instandgesetzt worden.

Dank und Anerkennung sprach Weber den Helfern aus, die in mehr als

4000 freiwilligen Arbeitsstunden fast alle Abbrucharbeiten und in nicht unerheblichem Umfang auch alle Ausbaurbeiten durchgeführt hätten. Oberbürgermeister Glogowski lobte: „Es ist Ihnen gelungen, mit beschränkten Mitteln – für 180 000 DM kann niemand mehr ein Eigenheim bauen – eine Ausbildungsstätte zu schaffen, die sich sehen lassen kann.“

Die Helfer des Katastrophenschutzes sind überwiegend vom Wehrdienst freigestellte Männer, die sich zu 10jähriger Dienstleistung für mindestens 100 Stunden jährlich an arbeitsfreien Tagen verpflichtet haben.

(Braunschweiger Zeitung)

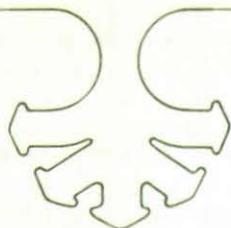
Rettungsflug-Hilfe der US-Luftwaffe

Eine ähnliche Einrichtung wie den deutschen Such- und Rettungsdienst in Goch unterhält auch die US-Luftwaffe, das JRCC-joint rescue coordinator center. Bei ihm arbeiten auch Angehörige der US-Armee mit; das Center liegt in Ramstein und steht mit dem Such- und Rettungsdienst in Goch in ständiger Fernmeldeverbindung.

Stehen dem deutschen Dienst in Goch keine Rettungsmittel zur Verfügung, so geht ein Notruf mit allen wichtigen Einzelheiten – Unfallort, Art der Verletzung, nächstes anzufliegendes Krankenhaus usw. – an das JRCC in Ramstein. Von hier aus geht ein „heißer Draht“ zum Army flieght operations detachment (AFOD) auf dem US-Heeresflugplatz in Heidelberg. Dies nimmt sofort mit einer dem Unfallort am nächsten gelegenen Heeresfliegereinheit Verbindung auf und erteilt Einsatzbefehl mit einer Genehmigungsnummer des JRCC.

Für solche Einsätze stehen der Heidelberger Flugleitstelle Heeresflieger-einheiten in Nellingen, Schweinfurt, Darmstadt, Gablingen, Landstuhl, Fürth und Grafenwöhr zur Verfügung. In der Regel stehen auf diesen Heeresflugplätzen immer ein Rettungshubschrauber und seine Crew in Bereitschaft. Nach dem Einsatzbefehl überwacht die Heidelberger Leitstelle alle weiteren Phasen des Rettungsfluges bis zur Rückkehr des Hubschraubers auf den Heimatflugplatz.

(Soldat im Volk, Bonn)



Presseschau DES AUSLANDS

Zivilschutz in Neuseeland



Internationale Zivilverteidigung
Mitgliedstaat der Internationalen Organisation für Zivilverteidigung

In Neuseeland ist die Verantwortung für den Schutz und die Sicherheit der Zivilbevölkerung einem besonderen Ministerium übertragen worden. Der Zivilschutz ist so organisiert, daß die von der Natur und von Menschen verursachten Katastrophen bekämpft werden können, jedoch nicht die Auswirkung von Atomangriffen. Eine Broschüre „The Facts of Civil Defence“ wurde vom Zivilschutzministerium herausgegeben.

„Zivilschutz ist die vorsorgliche Vorbereitung von Maßnahmen, die für den Schutz im Katastrophenfall notwendig sind. Seine Ziele:

Den Verlust von Menschenleben durch Rettung von Personen und deren Evakuierung an sichere Orte zu vermeiden;

die rasche ärztliche Behandlung Verletzter sicherzustellen;

die Leiden der Betroffenen zu lindern. Der Zivilschutz ist nicht mit der Rettung und dem Schutz von Eigentum beauftragt.

Bei jeder größeren Katastrophe muß die betroffene Bevölkerung zunächst mit verfügbaren Mitteln bis zum Eintreffen der Hilfe von außen für sich selbst sorgen. Die erste Verantwortung liegt bei den Gemeindebehörden. Deren Personal wird durch Personal der Rettungsdienste und Freiwillige ergänzt, bis Hilfsmittel und Personal der Regierungsdienste eintreffen und eine leistungsfähige Organisation bilden. Das Ministerium koordiniert – wo erforderlich – die Hilfsarbeiten. Ein Nationaler Zivilschutzausschuß ist für die Überwachung aller ZS-Maßnahmen und die Beratung der Minister verantwortlich.“

(Genf, Nr. 262)

Zivilschutz müßte jeden angehen

ZIVILSCHUTZ

INFORMATIONSDIENST DES ÖZSV



Beim Kärntner Zivilschutzverband wird – mit eigentlich beschämend geringen Mitteln – Optimales mit großem Elan geleistet. Das wurde offensichtlich, als von einem Vertreter dieser Organisation in der Klagenfurter Handelskammer ein Vortrag gehalten wurde.

Zum Thema Bevorratung war zu hören, daß Österreich im Jahre 1945 noch über insgesamt mehr Vorräte verfügte als heute in Zeiten der Hochkonjunktur. Vorräte, die sich zu einem wesentlichen Teil aus lebendem Vieh in Kleinlandwirtschaftsbetrieben rekrutierten und dazu noch – im Gegensatz zur heutigen Kühlhauswirtschaft – elektrizitätsunabhängig waren.

Man muß bedenken, daß zwar Lebensmittelkarten für eine eventuelle Krise gedruckt sind, es aber mindestens 14 Tage dauern würde, bis – bei gestopptem Verkauf – alle Vorräte amtlich erfaßt und rationalisiert wären. Etwa 100 000 Gastarbeiterfamilien müßten im Falle einer militärischen Krise in unserem neutralen Staat interniert und gepflegt werden. Gastarbeiter aus den NATO-Staaten würden versuchen, nach Süden in ihre Heimat zurückzukehren. Österreich ist außerdem verpflichtet, die Grenzen für Flüchtlinge in einer Anzahl von 20 % der eigenen Bevölkerungsstärke – also 1,4 Millionen Menschen – zu öffnen und diese im eigenen Lande aufzunehmen.

(Wien, Nr. 5/1977)

Wachpersonal in Schutzräumen

Civiltforsvars Bladet

Zivilschutzinspektor Erik Frost, Arhus, war von 1964 bis 1974 Mitglied eines Ausschusses, der für das Zentrale Amt für Zivilverteidigung bestimmte Fragen im Zusammenhang mit der endgültigen Einrichtung öffentlicher

Schutzraumbauten behandeln sollte. Dieser Ausschuß wurde 1974 aufgelöst; ein Extrakt der Berichte, die er abgeliefert hatte, wurde jedoch herausgegeben.

In der norwegischen Fachzeitschrift „Civiltforsvars Bladet“ wurde die Frage des „Wachpersonals in öffentlichen Schutzraumbauten“ behandelt – dies war Anlaß für Erik Frost, dazu einmal Stellung zu nehmen. „Der dänische Ausschuß war seinerzeit der Meinung, daß in den dänischen Schutzraumbauten Wachpersonal eingesetzt und dieses Wachpersonal bereits in Friedenszeiten rekrutiert und ausgebildet werden sollte. Provisorische Anlagen, Deckungsgräben beispielsweise, wären nach Meinung des Ausschusses kaum längere Zeit funktionsfähig, wenn kein Wachpersonal vorhanden ist.

Zudem wären auch noch andere Aufgaben wahrzunehmen. Abgesehen davon, daß Diebstähle von Einrichtungsgegenständen verhindert werden müßten, sei es Aufgabe des Wachpersonals, Wasser, Verpflegung, Decken u. a. auszuteilen und – vor allem – Unruhe und Panik zu verhindern. Ohne Zweifel sollte man dieses Problem auf jeden Fall in solchen Anlagen, die über 100 Menschen fassen, bereits im Frieden lösen.“

(Kopenhagen, Nr. 1/1977)

Vorsorge-Maßnahmen bewährten sich

HSINHUA

Die nördlichen chinesischen Provinzen Honan und Schantung haben in diesem Jahr zunächst rund 200 Tage lang keinen Regen gehabt und die längste und härteste Dürre-Periode seit zwanzig Jahren erlebt. Danach traten Überschwemmungen auf, die die schlimmsten seit vier Jahrzehnten waren.

Dank weitsichtiger Vorsorge konnten die Krisen jedoch gemeistert werden. Die bis zu einer Tiefe von 400 Metern in die Erde hineinreichenden Brunnen, die von den Volkskommunen erbaut und ausgebaut wurden – es sind über 1,8 Millionen Brunnen –, sicherten während der Trockenperiode eine ausreichende Wasserversorgung und eine gute Sommerernte. Vor der Kulturrevolution gab es weit weniger als eine Million solcher Brunnen.

(Peking, 20. September 1977)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Eigene „Feuerwehr“ in der Wohnung

Allein in der Bundesrepublik Deutschland sterben jährlich 350 Menschen bei Brandunglücken im häuslichen Bereich. Groß sind die Schäden, die hier entstehen. Das brachte einen Hersteller auf die Idee, ein einfaches Löschgerät zu entwickeln, das schnell an jeden Wasserhahn angeschlossen werden kann.

Das Löschgerät besteht aus einem 10 m langen Kunststoffschlauch (20 mm Durchmesser), einem Anschlußstück und einer aufgesteckten Kunststoffdüse. Im Brandfall wird das Gerät leicht unterzubringenden Tragetasche entnommen, Wasserhahn und Gummimanschette werden angefeuchtet und die Manschette so weit wie möglich auf den Wasserhahn geschoben. Ein Kunststoffband wird um den Wasserhahn geschlungen und gut eingehakt. Nun braucht man nur noch den Wasserhahn aufzudrehen, zum Brandherd zu gehen und zu löschen. Die aufgesteckte Kunststoffdüse am Ende des Schlauchs erzeugt einen bis max. 6 m langen geschlossenen Löschrstrahl, darüber hinaus einen bis max. 8 m langen aufgelösten Wasserstrahl, den man mit leichtem Daumendruck auf den Wasserstrahl erreicht.

Das Gerät kann auch von Laien bedient werden. Es eignet sich zur Bekämpfung von Entstehungsbränden in Haushalt, Werkstätten, Büros, Hotels und ähnlichen Stätten, wo Wasseranschlußstellen vorhanden sind.

Löschschaum wird nicht mehr angegriffen

Auf dem Gelände einer Ingolstädter Raffinerie betätigten sich Feuerwehrmänner als „Brandstifter“. Für eine Löschdemonstration entzündeten sie in einem Becken 2500 Liter Treibstoff. Innerhalb von 50 Sekunden gelang es ihnen, die 30 Meter



hohe Feuerwand wieder zu löschen. Sie bekämpften den Brand mit einem neuartigen „Light Water“, einem filmbildenden Schaumlöschmittel zur Bekämpfung von Bränden der Klasse B.

Wie alle AFFF-Schäume eignet sich „Light Water“ jedoch nur bedingt zum Löschen brennender wasserlöslicher, polarer Lösungsmittel, Alkohol etc. Hierfür wurde jetzt vom Hersteller eine Weiterentwicklung auf den Markt gebracht: Light Water AFFF Type „ATC“. Dieses alkoholbeständige Schaumlöschmittel bildet auf der Oberfläche wasserlöslicher, brennbarer Flüssigkeiten eine Polymerschicht. Diese Schicht verhindert einen direkten Kontakt zwischen dem wässrigen Schaum und dem Brandgut, so daß der Schaum nicht angegriffen werden kann.

Die Einsatzbereiche des neuen „ATC“ liegen vor allem in der chemischen und petrochemischen sowie in der Spirituosenindustrie. Vor allem dort wird „ATC“ interessant, wo Produkte wie Aceton, Methanol, Alkohol hergestellt, gelagert oder umgeschlagen werden.

Mehr Sicherheit für den „Langen Eugen“

Der 104 m hohe „Lange Eugen“, das Abgeordneten-Hochhaus in Bonn, soll sicherer werden. Gewarnt durch folgenschwere Hochhausbrände in aller Welt hat Krupp Industrie- und Stahlbau gemeinsam mit Ernst Achilles, dem leitenden Branddirektor von Frankfurt, einen feuer- und rauchsicheren neuartigen Treppenturm aus wassergekühlten, verschweißten Stahl-Hohlprofilen entwickelt, für „Eugen“ ein Vorprojekt berechnet und im Werk Goddelau erstellt.

Der Sicherheitstrepenturm kann auf leichtem Fundament und um etwa 5 m von dem Gebäude entfernt neben jedem der bis jetzt rund 1500 Hochhäuser in der Bundesrepublik

nachträglich montiert werden. Seine vier Stahl-Hohlprofil-Stützen, mit horizontalen und geneigten Hohlprofil-Riegeln verstrebt, bilden kommunizierende Röhren. Da im Brandfall sich die beiden, dem Haus am nächsten stehenden Stützen erwärmen, wird auch das Wasser in den Stützen warm. Es dehnt sich aus, beginnt zu steigen und damit zu zirkulieren, wobei immer wieder kaltes Wasser nachdrückt und die Konstruktion kühl hält. Wenn man will, können Umwälzpumpen den Kreislauf beschleunigen. Es sind auch mehrere Kühlabschnitte möglich.

Kosten und Zeit werden beim Bau dieses Treppenturms durch Vorfertigung der Bauteile gespart. Für die Treppen und die Zugänge zu den Stockwerken sind Betonfertigteile vorgesehen. Die ganze Anlage bleibt offen. Sie kann nicht brennen und verqualmen. Zwei außen laufende Aufzüge – in Notfällen für die Feuerwehr und für Rettungsaktionen – könnten Besucher zum Dachrestaurant des „Langen Eugen“ befördern und so die Aufzüge im Abgeordnetenhaus entlasten.

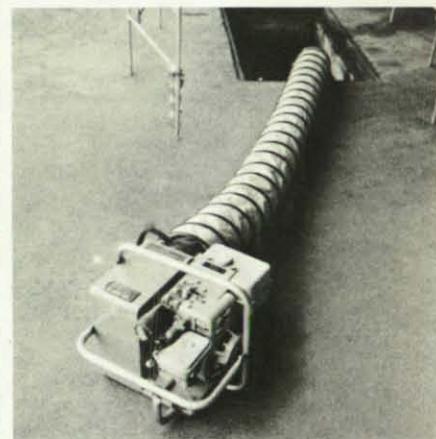
Neues Belüftungsgerät

Mit dem neuen Belüftungsgerät können Räume oder Schächte in kurzer Zeit mit Frischluft versorgt werden. Das kompakte Gerät besteht aus einem Belüftungsaggregat und einem formstabilen, aber dennoch flexiblen Belüftungsschlauch.

Die Belüftungszeit ist von der Größe des zu belüftenden Raumes (bzw. Schachtes), der Gebläseleistung des Gerätes und der Art der Gase abhängig.

Die Gebläseleistung beträgt ca. 1200 m³/h.

Länge des Belüftungsschlauches: 4750 mm.



Der Untergang Dresdens

Von David Irving
C. Bertelsmann Verlag, München

Aus dem Vorwort von Luftmarschall
Sir Robert Saundby:

„Daß die Bombardierung Dresdens eine erschütternde Tragödie war, kann niemand leugnen. Daß sie militärisch notwendig war, werden nach der Lektüre dieses Buches nur noch wenige glauben. Sie war eines jener furchtbaren, durch eine unglückliche Verkettung von Umständen hervorgegerufenen Ereignisse, wie sie zuweilen im Kriege vorkommen. Die ihr zustimmten, waren weder böse noch grausam, wenngleich es sehr gut möglich ist, daß sie von den Grausamkeiten des Krieges zu weit entfernt waren, als daß Sie in vollem Umfange die verheerende Zerstörungskraft der Luftangriffe im Frühjahr 1945 begreifen konnten.“

„Die Befürworter der nuklearen Abrüstung scheinen zu glauben, wenn sie ihr Ziel erreichen könnten, würde der Krieg erträglich und anständig werden. Sie täten gut daran, dies Buch zu lesen . . .“

Am 13./14. Februar 1945 wurde Dresden vernichtet. Die Zerstörung übertraf alles, was deutsche Städte sonst im Zweiten Weltkrieg erlitten. „Wer das Weinen verlernt hat“, schrieb Gerhart Hauptmann zur Stunde der Tragödie, „der lernt es wieder beim Untergang Dresdens“.

Dieses Buch ist eine Anklage gegen eine Operation, die militärisch unstritten bleibt.

Der Jüngste Tag blieb aus

Von Joachim Rehork
Econ Verlag GmbH, Düsseldorf –
Wien

In den Zeiten extremer Not, in Kriegen, aber auch bei gewaltigen Naturkatastrophen glaubten die Menschen – ja sogar ganze Völker – an den bevorstehenden „Weltuntergang“.

Auch heute ist, wenn die Rede auf einen möglichen Atomkrieg kommt, oft die Einstellung erkennbar, es sei doch alles so sinnlos, es sei dann eben „das Ende“ gekommen.

Rehork schildert in seinem Buch an Hand vieler Beispiele, warum es in der Geschichte immer wieder Katastrophen gab, der so oft prophezeite Weltuntergang jedoch nicht stattgefunden hat. Es sind ganze Kulturen untergegangen, ganze Völkerstämme – doch das Leben auf der Erde ging weiter. Manches aus diesem Geschehen ist Sage geworden, vieles haben Angehörige der jetzt lebenden Generationen selbst erlebt.

So grausam mancher Untergang auch gewesen sein mag, aus der Zerstörung des Alten sind neue Kulturen entstanden.

Der Autor verknüpft in seinem Buch Untergänge und Ursachen, Neubeginn und Hoffnungen zu einem neuen Aspekt unserer Geschichte.

Ein Buch für jeden, der kulturgeschichtlich interessiert ist.

Handbuch für Brandschutz und Feuersicherheit im Industriebetrieb

Von Brand-Ing. Fritz Isterling,
Vulkan-Verlag, Essen

Der betriebliche Brandschutz ist im Laufe der letzten Jahre immer schwieriger geworden. Neue Brandrisiken, bedingt durch neuartige Stoffe und Verarbeitungsmethoden, sind entstanden und bedürfen zwangsläufig neuer Brandbekämpfungstechniken. Jährlich werden in der Industrie Milliardenwerte durch Feuer vernichtet. Deshalb kann man den Brandschutz nicht ernst genug nehmen.

Die für den Brandschutz in den Betrieben Verantwortlichen brauchen

soviel Information und so viele „heiße Tips“ wie nur möglich. Mit dem vorliegenden Buch veröffentlicht der Autor eine Zusammenfassung von Ratschlägen, die er selbst in seiner langjährigen Tätigkeit als Brandschutz-Sachverständiger und Berater sammeln konnte.

Unter vielen, in alphabetischer Reihenfolge angeordneten Stichworten wird auf Brandgefahren und -ursachen hingewiesen. Ebenso wird erläutert, wie solche Gefahren beseitigt und Brandrisiken vermindert werden können. Es ist ein Handbuch, von dem sowohl Unternehmer als auch Brandschutzverantwortliche und -helfer profitieren können.

„Fibel des Technischen Hilfswerks“

Herausgegeben von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk im Bundesamt für Zivilschutz
Erstauflage 1977
Verlag Goerres Druckerei GmbH,
Koblenz

Mit Erscheinen der „Fibel des Technischen Hilfswerks“ wurde dem langjährigen Wunsche der Helferschaft nach einem auf den Dienst im THW ausgerichteten technischen Nachschlagewerk entsprochen.

Als „Handbuch des Helfers“ informiert die Fibel im Teil I über Themen der Allgemeinen Ausbildung und gibt einen Überblick über die in der Bundesrepublik Deutschland geltende Zivilschutzgesetzgebung, insbesondere soweit gesetzliche Regelungen den Katastrophenschutz und das Technische Hilfswerk berühren.

Der Teil II befaßt sich ausschließlich mit Themen der Grundausbildung im Technischen Hilfswerk. Der überdurchschnittlich hohe Bildanteil soll dem Helfer die Möglichkeit eröffnen, gewisse technische Einrichtungen außerhalb seines Dienstes mit Hilfe der Fibel nachzuvollziehen und somit seine Fertigkeiten und Kenntnisse zu vertiefen.

Außerdem soll die Fibel dazu beitragen, die bundesweit einheitliche Ausbildung im Technischen Hilfswerk zu ergänzen und zu festigen.

Die Fibel kann vom Verlag ab Oktober 1977 bezogen werden.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Feiertage sind Feuertage

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Einsatzstatistiken der Feuerwehren und des Unfallrettungsdienstes jedes Jahr im Dezember eine rapide Zunahme in der Zahl der Brandbekämpfungen und Hilfeleistungen aller Art verzeichnen? Auch der vor uns liegende Monat wird wieder für viele Bürger unangenehme Überraschungen bringen. Schuld daran ist u. a., daß sie nicht mit dem frühen Einbruch der Dunkelheit, extremen Witterungen wie Schnee und Glatteis, den Gefahren rund um den Weihnachtsbaum und zu Silvester fertig werden. Spiegelglatte Straßen werden für alle Verkehrsteilnehmer schnell zur tödlichen Rutschbahn. Massen-Karambolagen gefährden nicht nur Kraftfahrer; Fußgänger sind auch durch Dachlawinen und von Dachrinnen herunterfallenden Eiszapfen gefährdet. Bereiten Sie sich rechtzeitig darauf vor, um streuen und Eis und Schnee beseitigen zu können, wo Rutschgefahr besteht. Für Hauseigentümer besteht Streupflicht!

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . der bei uns so beliebte Weihnachtsbaum durch unsachgemäßes Aufstellen und die Folgen schon manches Fest verdorben hat? Der Weihnachtsbaum muß mit Überlegung aufgestellt werden: Abstand von Heizkörpern halten, aber auch von Gardinen, Stores und Wandbehängen. Er soll sicher und fest in einem schweren Ständer stehen. Es gibt übrigens Ständer mit kleinen Wasserbehältern. Trockene Bäume erst gar nicht aufstellen. Bei starkem Abfallen der Nadeln den Baum entfernen. Kerzen, die mit offenen Flammen brennen, müssen so befestigt werden, daß sie nicht kippen und nach oben keine Zweige in Brand setzen können. Keine Kerzenhalter aus Kunststoff verwenden. Beim Anzünden der Kerzen mit den oberen beginnen, beim Löschen mit den unteren. Befestigen Sie den Weihnachtsbaum so, daß Kinder ihn nicht umreißen können. Lassen Sie die Kinder nicht unbeaufsichtigt, wenn am Baum die Kerzen brennen. Fängt ein ausgetrockneter Baum Feuer, so brennt er explosionsartig und ruft ausgedehnte Wohnungs-

brände hervor. Wenn Sie nach dem Fest den trockenen Baum zerhacken und im Ofen verbrennen wollen, bedenken Sie, daß die Tannennadeln harzreich sind und nur allzuleicht verpuffen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Feiertage oft Feuertage sind? Häufig werden die Feuerwehren an Festtagen gerufen, weil es in den Küchen brennt. Weil die Hausfrau, oder wer immer in der Küche schaltet und waltet, durch den Festtagstrubel abgelenkt wird, kommt es zu dem sogenannten Fettbrand. Er entsteht, wenn Fett und Öldämpfe mit Feuer in Berührung kommen oder allein schon durch zu starke Erhitzung des Fetts, das sich dann am Sauerstoff der Luft entzündet. Wer hier falsch handelt, beispielsweise versucht, mit Wasser zu löschen, vergrößert nur die Gefahr. Da heißt es Ruhe bewahren. Feuer aus. Strom abschalten. Gas abdrehen. Behälter vorsichtig vom Herd ziehen. Fett ausbrennen lassen oder ersticken (z. B. Pfanne mit Deckel verschließen).

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . alle Jahre wieder in der Silvesternacht Brände und Explosionen als Folgen leichtsinnigen Umgangs mit Feuerwerkskörpern zahlreiche Verletzte fordern und Millionenschäden verursachen? Besonders viel Schaden entsteht durch selbstgebastelte Sprengkörper, die oft vorzeitig explodieren oder eine größere Wirkung als berechnet haben. Feuerwehr und Polizei wissen von herausgerissenen Türen und Zwischenwänden sowie von schwer verletzten Personen zu berichten. Fehlgeleitete oder verirrte Feuerwerkskörper haben schon manches Anwesen in Brand gesetzt. Diese Hinweise auf einige der Festtagsgefahren sollen Ihnen aber nicht die Freude an Feiern nehmen. Sie sollen nur mahnen und daran erinnern, wie wichtig es auch ist, Vorsorge zu treffen, um die hier beschriebenen brenzligen Situationen zu meistern. Achten Sie darauf, daß niemand in ihrem Lebensbereich Knallkörper, Schwärmer, Raketen o. ä. in Gebäuden verwendet. Bei Raketen, die im Freien gezündet wer-

den, muß die Flugrichtung mit Bedacht und Umsicht gewählt werden, damit sie nicht in offene Fenster fliegen oder auf leicht brennbare Materialien niedergehen können. Zeigen Sie keinen falschen Mut und halten Sie Raketen beim Zünden in den Händen. Feuerwerkskörper, die nicht zünden oder versagen, sind heimtückisch! Nicht sofort kontrollieren oder nochmals zu zünden versuchen, sondern abwarten oder noch besser die Feuerwerkskörper mit Wasser übergießen, um unkontrollierte Zündungen zu verhindern. Werfen Sie keine gezündeten Feuerwerkskörper aus Fenstern oder von Balkonen mehrstöckiger Häuser. Sollte bei aller Vorsicht doch jemand Brandverletzungen erleiden, dann diese sofort mit viel Wasser kühlen und sich ggf. in ärztliche Behandlung begeben. Sollte es zu einem Brand kommen, bewahren Sie Ruhe, rufen Sie die Feuerwehr, aber zögern Sie nicht, selbst mit dem Löschen zu beginnen. Entstehungsbrände sachgerecht bekämpft, haben schon manchen Großbrand verhindert.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . man den vielfältigen Unfallgefahren zu den Festtagen schon dadurch wirksam begegnen kann, wenn sich jeder der drohenden Unfallgefahr bewußt ist? Sorgen Sie in ihrem Lebensbereich dafür, daß Gefahrenzustände durch geeignete Maßnahmen sofort beseitigt werden. Sorgen Sie aber auch dafür, daß jederzeit schnell Hilfe herbeigeholt werden kann. Die Notrufnummern 110 für die Polizei und 112 für die Feuerwehr gelten fast im gesamten Bundesgebiet. Sie stehen zwar vorn auf dem Umschlag eines jeden Telefonbuchs, doch sollte man sie eigentlich auswendig wissen. Desgleichen sollte man den Standort der nächsten Polizeinotrufsäule und des Feuermelders kennen. Dennoch: Da nicht erwartet werden kann, daß die Bedingungen immer so günstig sind, Hilfe rechtzeitig zu erhalten, daß jede Gefahr abgewendet werden kann, sollte sich jeder bestimmte Kenntnisse der Soforthilfe aneignen. Die Hilfsorganisationen stehen zu Ihrer Unterrichtung und Ausbildung bereit.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Das Bergungs-Mehrzweckgerät



Mehr noch als in vielen Bereichen der Industrie spielen im Selbstschutz und Katastrophenschutz bestimmte Anforderungen an Geräte eine bedeutende Rolle: vielseitige Verwendbarkeit, Robustheit, Leichtigkeit und einfacher Transport. Alle diese Voraussetzungen erfüllt ein Bergungs-Mehrzweckgerät, das über einen langen Zeitraum von seinem Hersteller in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilschutz entwickelt wurde. Das bereits an verschiedene Einheiten ausgelieferte Gerät ist für Trenn- und Bohrarbeiten an Holz, Beton, Steinen und metallischen Baustoffen geeignet. Es ist nach dem Baukastenprinzip aufgebaut und für Ein-Mann-Bedienung vorgesehen. Alle Zusatzgeräte lassen sich mit einem Steckschlüssel in kurzer Zeit austauschen. Die drei wesentlichen Elemente sind Trennvorrichtung, Bohrvorrichtung und Sägevorrichtung. Für alle drei Geräte gibt es nur einen Antriebsmotor mit einer Leistung von 2,95 kW (4 PS DIN). Dieser luftgekühlte Einzylinder-Zweitaktmotor mit einem Hubraum von 56 cm³ überträgt seine Antriebskraft über eine Fliehkraftkupplung. Unser Titelbild und die Bilder dieser Seite zeigen das Gerät in der Anwendung.